

V. „Der Wind hat sich gedreht“¹ – die schwierige Ankunft im vereinten Deutschland

1. „Das Ende der Hoffnung“²? Streit um den Sozialismusbegriff

Das vereinte Deutschland der frühen 1990er Jahre ist als Ort von Enttäuschung bereits ausführlich beschrieben. Manfred Görtemaker schildert die wirtschaftlichen Folgen der deutschen Einheit als „größte negative Überraschung“ und die mit ihr verbundenen hohen ökonomischen Erwartungen rückblickend als „Illusion“.³ Jürgen Kocka sprach früh von einer „Vereinigungskrise“,⁴ in der sich Deutschland Anfang der 1990er Jahre befunden habe, und Heinrich August Winkler hält fest: „Der Freude über die wiedergewonnene Einheit folgte schon bald Enttäuschung über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik“.⁵

Hatte die westdeutsche Linke im Prozess der Vereinigung bereits eine tiefe „Anpassungskrise“⁶ durchlaufen, erlebte sie bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl erst recht eine schwere Niederlage. Die Ablösung Helmut Kohls als Bundeskanzler misslang. Die SPD musste Verluste hinnehmen, und die Grünen verpassten gar den Wiedereinzug ins Parlament. Damit wurde die „wiedervereinigungskritische Opposition [...] abgestraft“, obwohl ein Jahr vorher die Sozialdemokraten noch „wie sichere Sieger ausgesehen“ hatten.⁷ Die Auswirkungen schienen sich nicht nur auf (ehemalige) Parlamentsparteien zu beschränken. Renate Damus und ihre Sprecherkollegen vom Bundesvorstand der Grünen betrachteten die „schlimme Wahlniederlage“ als Rückschlag für die Linke überhaupt, die „auch bedrückende Nachteile für die progressiven Kräfte in der Bundesrepublik“⁸ insgesamt bringe. Und das Sozialistische Büro, eine der Säulen der früheren Solidarność-Solidarität, stellte nach der Bundestagswahl fest, dass „die ‚Linke‘ als

¹ Heinrich Albertz: Der Wind hat sich gedreht. Gedanken über uns Deutsche, München 1991.

² Thomas Meyer: Was bleibt vom Sozialismus?, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 9.

³ Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 768.

⁴ Jürgen Kocka: Vereinigungskrise. Geschichte der Gegenwart, Göttingen 1995.

⁵ Heinrich August Winkler: Geschichte des Westens. Die Zeit der Gegenwart, München 2015, S. 62.

⁶ Andreas Rödter: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, Bonn 2010, S. 173.

⁷ Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 1144.

⁸ AGG, B.I.3, 236, Mitgliederrundbrief der Bundesvorstandssprecher Renate Damus, Hans-Christian Ströbele und Heide Rühle, dat. Dezember 1990.

politische Kraft weiteren Boden verloren hat“.⁹ Ein *taz*-Leser hatte schon beim Vollzug der deutschen Einheit „allen, die unter den grausigen Verhältnissen der heutigen Zeit zu leiden haben, vor[geschlagen], den 3. Oktober unter Vollnarkose zu verbringen. (Sauft am besten Wodka ‚Gorbatschow‘, denn dem haben wir ja alles zu verdanken.)“¹⁰ Wie Jan Gerber in seiner politikwissenschaftlichen Dissertation dargelegt hat, verschwanden in der Folge des Umbruchs von 1989/90 zahlreiche linke Gruppen oder sahen sich erheblichen Mitgliederverlusten sowie häufig auch Finanzproblemen gegenüber.¹¹

Aber auch in anderen Ländern Westeuropas bedeutete der Übergang zu den 1990er Jahren einen tiefen Einschnitt. Hartmut Kaelble weist darauf hin, „dass sich auch im westlichen Europa die politische Landschaft 1989/90 tief greifend wandelte. Fast jedes Land war in der einen oder anderen Weise tangiert.“¹² In Italien kollabierte das bisherige Parteiensystem, die (euro-)kommunistische Partei spaltete sich und firmierte fortan mehrheitlich als demokratische Linkspartei (Partito Democratico della Sinistra, heute Partito Democratico).¹³ In Österreich änderte die regierende Mitte-Links-Partei ihren Namen von Sozialistische Partei zu Sozialdemokratische Partei.¹⁴ Linke aus verschiedensten Ländern beklagten sich über die Auswirkungen der Systemtransformationen im östlichen Europa. Als enttäuschend wurde dabei insbesondere vermerkt, dass auch jene Teile der Linken, die den Regimes des sowjetischen Machtbereichs kritisch gegenübergestanden hatten, negativ von den Ereignissen beeinflusst wurden, statt vom Verschwinden des „real existierenden Sozialismus“ zu profitieren, der mit ihrem eigenen Verständnis von Sozialismus wenig gemein gehabt hatte. So beklagte sich der britische Historiker Robin Blackburn, Leiter der *New Left Review*, Anfang 1991, das Ende des Ostblocks habe die Idee des Sozialismus gleich welcher Form beschädigt und lasse scheinbar keinerlei Alternativen zum Kapitalismus mehr zu. Hiervon seien gleichermaßen nicht nur bislang Moskau-orientierte Kommunisten, sondern Linke jeglicher Spielart betroffen:

“As we enter the last decade of the twentieth century, the ruin of ‘Marxist-Leninist’ Communism has been sufficiently comprehensive to eliminate it as an alternative to capitalism and to compromise the very idea of socialism. The debacle of Stalinism has embraced reform-communism, and has brought no benefit to Trotskyism, or social democracy, or any socialist current.”¹⁵

⁹ HIS, Bestand SB 001, Sozialistisches Büro an Joachim Hirsch, Micha Brumlik, Helmut Dubiel, Dietrich Wetzels, Jürgen Habermas, Peter Glotz, Heidemarie Wiczorek-Zeul und Karsten D. Voigt, 07. 01. 1991.

¹⁰ IISG, Die Tageszeitung Archives 65d, unveröffentlichter Leserbrief von R. A., undat. (September 1990).

¹¹ Jan Gerber: Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des „realen Sozialismus“, Freiburg i. Br. 2010, S. 19–26.

¹² Hartmut Kaelble: Kalter Krieg und Wohlfahrtsstaat. Europa 1945–1989, München 2011, S. 271.

¹³ Vgl. ebd., S. 80 ff.

¹⁴ Vgl. Thomas Meyer: Demokratischer Sozialismus – soziale Demokratie. Eine Einführung, 3., überarbeitete und aktualisierte Aufl., Bonn 1991, S. 125.

¹⁵ Robin Blackburn: Fin de Siecle. Socialism after the Crash, in: NLR (Januar/Februar 1991), I/185, S. 5–66, hier S. 5.

Der italienische Reformkommunist Lucio Magri kontrastierte diese negative Erfahrung mit den positiven Erwartungen, die der Umbruch zunächst evoziert hatte, und kennzeichnete das Jahr 1989 damit als Enttäuschung:

“When the Berlin Wall came down the judgement of many people, especially in Europe, was one of euphoria. They saw the coming of a new historical period marked by world cooperation, disarmament and democratic advance, which would provide a clear opportunity for democratic socialism with a human face. Now we can see that the reality is different and much harsher.”

Wie Blackburn betonte auch Magri, dass diese Enttäuschung nicht nur Moskau-fixierte Kommunisten treffe: “For my own part, I am no orphan of actually existing socialism or the Cold War, nor have I ever looked back at them with nostalgia.”¹⁶

Auch die Sozialistische Internationale zog auf einer Konferenz in New York 1990 eine keineswegs bloß positive Bilanz des Umbruchs. So betrachtete der französische Sozialist Jean-Pierre Cot die Ereignisse zwar als Bestätigung: “The failure of Communism is in some sense for us a victory”. Er betonte aber auch, dass die internationale Sozialdemokratie erst noch beweisen müsse, dass nicht sie, sondern der Kommunismus historisch gescheitert sei. Indes konnte Willy Brandt als Präsident der Internationale nur feststellen, dass der Sozialismusbegriff als Namensgeber seiner Organisation schwer beschädigt sei. Und der ehemalige Generalsekretär Hans Janitschek prognostizierte, der Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ werde langfristige Auswirkungen auf die globale sozialistische Bewegung insgesamt haben. “It may, in fact, kill it altogether”, lautete seine wenig frohe Erwartung.¹⁷

1.1 Linke „Orientierungskrise“

Auch in der Bundesrepublik verstanden zahlreiche Linke die Zäsur von 1989/90 als tiefen Einschnitt und Erwartungsbruch. Mitte der 1990er Jahre war etwa von einer tiefen „Orientierungskrise“ und „virtuelle[n] Selbstauserziehung der deutschen Linken“ zu lesen.¹⁸ Dem soll im Folgenden für zentrale Akteure aus dem Umkreis der ehemaligen Solidarność-Solidarität genauer nachgegangen werden. Schon während des Umbruchs 1989/90 war es zu intensiven Diskussionen über die Zukunft des Sozialismus gekommen. So hatte die Wochenzeitung *Die Zeit* mehrere Symposien abgehalten, auf denen Vertreter unterschiedlicher politischer Richtungen aus verschiedenen Ländern miteinander diskutierten. Die Gespräche hatten allerdings nicht für alle Seiten ein befriedigendes Ergebnis hervorgebracht. Statt „Arbeit an der Semantik und Ethik politischer Sprache“ habe eine „Konfu-

¹⁶ Lucio Magri: The European Left between Crisis and Refoundation, in: NLR (September/Oktober 1991), I/189, S. 5–18, hier S. 5 f.

¹⁷ Frank J. Priol: Socialists Ponder a Changed World, in: New York Times vom 11. 10. 1990.

¹⁸ Frank Unger: Die Sozialdemokratie und „das Ende der Geschichte“. Zum Zusammenhang von realsozialistischem Zusammenbruch und Orientierungskrise der westdeutschen Linken, in: Richard Faber (Hg.): Sozialismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 1994, S. 149–160, hier S. 158.

sion der Begriffe“¹⁹ stattgefunden, weil nicht genügend zwischen Sozialismus und Kommunismus unterschieden worden sei, klagte der sozialdemokratische Theoretiker Thomas Meyer.

Die Intensität der Diskussion zeigt sich auch daran, dass die sozialdemokratische Zeitschrift *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* (NG/FH) – zu deren Herausgebern die früheren Solidarność-Unterstützer Günter Grass und Carola Stern gehörten, während dem Redaktionsbeirat Iring Fetscher, Peter von Oertzen, Tomáš Kosta und Susanne Miller angehörten²⁰ – in den Jahren 1990 und 1991 dem „Sozialismus der Zukunft“ einen Heftschwerpunkt und zwei Sonderhefte widmete. Die betreffenden Texte addieren sich auf rund 200 Druckseiten; zu den Autoren gehörten Führungsfiguren der internationalen Sozialdemokratie wie Willy Brandt,²¹ Ralph Miliband²² und Alfonso Guerra.²³ Doch reichte das Spektrum der Beiträge weit über die Sozialistische Internationale hinaus. Eröffnen durfte das erste Sonderheft bezeichnenderweise *der Reformkommunist* schlechthin – Michail Gorbatschow.²⁴ Gorbatschow hatte mit Willy Brandt bereits bei einem Treffen in Moskau Ende 1989 über eine gemeinsame Publikation gesprochen. „Es gebe viel Gerede, dass der Sozialismus am Ende sei, dass das Jahrhundert des Sozialismus seinem Ende entgegen ginge“, hatte der Generalsekretär in Moskau festgestellt. Dieser Erwartung gemeinsam mit Brandt öffentlich entgegenzutreten, könne „ein wichtiges Signal“ sein, so Gorbatschow. „Historisch gesehen, fange er [der Sozialismus] [...] neu an, er gewinne eine neue Qualität und er sei auf einen grösseren Teil unserer Erde bezogen.“²⁵ Gorbatschow und Brandt beabsichtigten somit ein gemeinsames öffentliches Erwartungsmanagement zugunsten des Sozialismus.

Mit Giorgio Napolitano, dessen Beitrag zugleich den Titel der Heftreihe lieferte,²⁶ kam zudem ein prominenter Eurokommunist zu Wort. Zum Redaktionsbeirat der Sonderhefte wiederum zählten Zdeněk Mlynář, Jiří Pelikán und Ota Šik, drei prominente Ex-Reformkommunisten,²⁷ die sich Anfang der 1980er Jahre hinter Solidarność gestellt hatten. Aus dem Kreise der internationalen Solidarność-

¹⁹ Meyer, Was bleibt vom Sozialismus?, S. 24.

²⁰ Vgl. etwa NG/FH 38 (1991), Sonderheft 2, S. 1.

²¹ Willy Brandt: Die Zukunft des demokratischen Sozialismus, in: NG/FH 37 (1990), Sonderheft 1, S. 7–24.

²² Ralph Miliband: Was kommt nach den kommunistischen Regimen?, in: NG/FH 38 (1991), Sonderheft 2, S. 17–25.

²³ Alfonso Guerra: Der alte und der neue Sozialismus, in: NG/FH 37 (1990), Sonderheft 1, S. 24–34.

²⁴ Michail Gorbatschow: Die Welt der Zukunft und des Sozialismus, in: NG/FH 37 (1990), Sonderheft 1, S. 8–16.

²⁵ AdsD, WBA A 19, 86, fol. 1–11, Zusammenfassendes Protokoll des Gesprächs von Willy Brandt mit Michail Gorbatschow am 17. 10. 1989 in Moskau, hier fol. 5 u. 8. Die Rede war dort zunächst von der spanischen Zeitschrift *Die Zukunft des Sozialismus* (fol. 8).

²⁶ Giorgio Napolitano: Der Sozialismus der Zukunft, in: NG/FH 37 (1990), Sonderheft 1, S. 96–101.

²⁷ Vgl. Peter Glotz: Editorial, in: NG/FH 38 (1990), Sonderheft 1, S. 3 f., hier S. 4.

Solidarität durfte sich zudem der deutsch-belgische Trotzki Ernest Mandel²⁸ äußern. Im Editorial hieß es, der Autorenkreis umfasse „die gesamte europäische Linke“ und damit auch „Leninisten unterschiedlicher Spielart“.²⁹ Ohne hier *en détail* auf die einzelnen – dann doch erheblich divergierenden – Positionen eingehen zu können, lässt sich an der *Programmatischen Erklärung*, die dem ersten Sonderheft vorangestellt wurde, verdeutlichen: Die breite linke „Plattform“,³⁰ die sich hier zu formieren suchte, hatte nicht weniger als die Rettung des Sozialismus zum Ziel. Man wolle „ein Brainstorming auslösen“, um die „große Hauptfrage: *Wie sieht der Sozialismus der Zukunft aus?*“, zu klären, hieß es in dem gemeinsamen Text. Damit solle „gewissen Tendenzen zum Stillstand“ entgegengetreten werden, die innerhalb der Linken bereits einer „offenen Krise“ zustrebten. Wenn es gelinge, „in breiten Kreisen der Bewegung, die für den Sozialismus kämpft, und vor allem bei den Staatsmännern der Linken ein lebhaftes Interesse zu wecken“, sei es möglich, „dem sozialistischen Denken einen neuen Impuls zu geben“.³¹ Erkennbar handelte es sich hierbei um die Weiterführung des Versuchs, die historisch gespaltene Arbeiterbewegung wieder zusammenzubringen. Integrativer Leitbegriff sollte hierbei nach wie vor der Sozialismus sein. Hierin zeigt sich die transnationale Dimension im „Kampf um die Semantik“³² am Beginn der 1990er Jahre. Bezeichnend für die angestrebte Plattform ist, dass sie bewusst davon absah, sich „auf eine einzige Sicht des Sozialismus zu beschränken“.

Auch unterhalb der Ebene der Publizistik lassen sich intensive Diskussionen über den Sozialismus feststellen. Nimmt man allein die Veranstaltungen, zu der frühere Solidarność-Unterstützer Iring Fetscher – als „einer der besten Marxismus-Kenner“³³ oder „der beste Ideengeschichtler des Sozialismus und Kommunismus im deutschen Sprachraum“³⁴ – um 1990 (ausweislich seines Nachlasses) eingeladen wurde, so legt dies Zeugnis ab von dem allgemein großen Rede- und Orientierungsbedarf angesichts der mittel- und osteuropäischen Systemtransformationen. So widmete sich die Evangelische Akademie Tutzing im Juni 1990 dem Thema: „Ist der Sozialismus noch zu retten? – Krisengeschichte und Therapie einer Ideologie“,³⁵ und das Evangelische Bildungswerk Stuttgart stellte im Frühjahr 1991 die Frage: „Konsumismus statt Kommunismus und Sozialismus?“³⁶ Die Arbeitsgemeinschaft Sozialpädagogik und Gesellschaftsbildung e. V. lud neben Fetscher auch Erhard Eppler und Rolf Reißig, also drei Teilnehmer der SPD-SED-Gespräche,

²⁸ Ernest Mandel: Zur Lage und Zukunft des Sozialismus, in: NG/FH 37 (1990), Sonderheft 1, S. 76–96.

²⁹ Glotz, Editorial. S. 3.

³⁰ Ebd., S. 3.

³¹ [o. V.]: Programmatische Erklärung, in: NG/FH 37 (1990), Sonderheft 1, S. 5–7, hier S. 6 f.

³² Iring Fetscher: Die Stunde der Genossenschaften, in: Michael Heine u. a. (Hg.): Die Zukunft der DDR-Wirtschaft, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 229–234, hier S. 229.

³³ AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000032, Helmut Gehrke an Iring Fetscher, 09. 10. 1990, S. 1.

³⁴ AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000032, Kurt Salamun an Iring Fetscher, 10. 10. 1990.

³⁵ AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000031, Paul Noack an Iring Fetscher, 05. 04. 1990.

³⁶ AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000031, Helmut A. Müller an Iring Fetscher, 29. 03. 1990.

zu einer Veranstaltung im September 1990 ein. Sie sollte unter der Überschrift: „Was ist Sozialismus, was wird? Brauchbarkeit, Korrektiv, Utopie“, stehen.³⁷ Die Evangelische Akademie Hofgeismar fragte April 1991: „Ist Marx widerlegt?“,³⁸ und die Universität Graz wollte im März 1991 klären: „Warum ist der Kommunismus in Osteuropa gescheitert?“³⁹

Zwei weitere Veranstaltungen, zu denen Fetscher eingeladen wurde, lassen die Schwierigkeiten erkennen, denen sich das Erwartungsmanagement westdeutscher Linker nach 1989/90 gegenüber sah. Der Solidaritätskreis des DGB veranstaltete im Dezember 1989 ein Treffen unter dem Titel „Die Reformprozesse in Osteuropa – Rolle und Bedeutung der Gewerkschaften“. Eingeladen war ein sowjetischer Gast und ein Vertreter der polnischen Solidarność. Hinzu kamen mit Fetscher, Stefan Heym, Ursel Schmiederer vom Sozialistischen Büro und dem DGB-Auslandssekretär Erwin Kristoffersen vier Personen, die sich der Solidarność-Hilfe der frühen 1980er Jahre zuordnen lassen. DGB-Chef Ernst Breit nahm in der Einladung die Frage der *Zeit*: „Hat der Kapitalismus den Sozialismus besiegt“ auf und erinnerte daran, dass der DDR-Schriftsteller Christoph Hein diese Frage als „albern“ bezeichnet hatte. Breit deutete dies als Zeichen einer allgemeinen Ratlosigkeit (nicht nur) auf der (deutsch-)deutschen Linken: „Die Reformprozesse in Osteuropa bringen in Praxis und Theorie so vieles in Bewegung, daß es schon Schwierigkeiten macht, zwischen vernünftigen und albernen Fragen zu unterscheiden; von eventuellen Antworten ganz zu schweigen.“⁴⁰

Die Jungsozialisten im Bezirk Niederrhein zeichneten ein ähnlich dramatisches Bild, wenn zu einer Veranstaltung im Oktober 1990 unter dem Titel: „Keine Demokratie ohne Sozialismus – kein Sozialismus ohne Demokratie“, neben Fetscher Jiří Kosta, Ulrike Poppe und Wolfgang Ullmann einluden. Vertreten waren damit zwei frühere Solidarność-Unterstützer, zwei Unterzeichner der blockübergreifenden *Erklärung für den Frieden* aus den 1980er Jahren und zwei Unterstützer des *Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder*, das weiter unten vorgestellt wird. „Durch die PDS und die Konservativen in beiden Teilen der Republik ist der Begriff ‚Demokratischer Sozialismus‘ wieder einmal Diskreditierungsversuchen ausgesetzt und dadurch z. T. auch in den eigenen Reihen in die Defensive geraten. Wir halten es daher für dringend notwendig, den Begriff des demokratischen Sozialismus nicht nur zu verteidigen, sondern ihn offensiv in seiner inhaltlichen Ausgestaltung positiv zu besetzen“,⁴¹ hieß es in der Einladung.

1.2 Die SPD im „Kampf um die Semantik“

An der Veranstaltung der Jungsozialisten zeigt sich, dass mit dem Ende der DDR die semantischen Auseinandersetzungen keineswegs beendet waren. Vielmehr blieb

³⁷ AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000031, Hans-Friedrich Hölters an Iring Fetscher, 17. 05. 1990, S. 1.

³⁸ AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000032, Helmut Gehrke an Iring Fetscher, 9. 10. 1990, S. 1.

³⁹ AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000032, Kurt Salamun an Iring Fetscher, 10. 10. 1990.

⁴⁰ AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000032, Ernst Breit an Iring Fetscher, 31. 10. 1989, S. 1.

⁴¹ AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000032, Paolo Lavista an Iring Fetscher, 12. 09. 1990, S. 1.

der Sozialismusbegriff auch in den 1990er Jahren umkämpft und als Instrument der politischen Auseinandersetzung in Gebrauch. Dazu trug, wie der Einladungstext andeutet, auch bei, dass sich die ehemalige Herrschaftspartei der DDR von SED in PDS umbenannt und damit den sozialdemokratischen Leitbegriff des „demokratischen Sozialismus“ für sich reklamiert hatte. Zudem erfolgte die geschichtspolitische „Aufarbeitung“ der DDR-Vergangenheit, wie neuere Arbeiten betonen, im vereinten Deutschland nicht nur nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten, sondern auch entlang politischer Frontlinien.⁴² Besonders im „konservativen Lager“ habe man „die DDR-Vergangenheit als Instrument gegen die Linke nutzen“ wollen, so die Einschätzung Ulrich Herberts.⁴³ Dabei ging es „Konservativen und Liberalen in (partiell) Zusammenwirken mit dem politisch-moralischen Potential ehemaliger ostdeutscher Oppositioneller außer um die Verurteilung der DDR selbst [...] stets um die *Verurteilung des Sozialismus per se* bzw. seiner marxistischen Grundlagen und somit auch der *altbundesrepublikanischen Linken*“, konstatiert Sebastian Richter.⁴⁴

Diese Tendenz lässt sich auch in den bundesrepublikanischen Wahlkämpfen erkennen. In der Nachkriegszeit hatte die SPD noch offensiv mit dem Sozialismus als ihrem „Fahnenwort“⁴⁵ geworben, so auch auf Plakaten.⁴⁶ In den 1990er Jahren dagegen findet sich der Begriff wenn überhaupt, dann als „Stigmawort“⁴⁷ der Unionsparteien, also als ein Mittel der Delegitimierung und Ausgrenzung der politischen Konkurrenz. Schon in den Wahlkämpfen 1976 und 1980, als Meinungsumfragen starke antisozialistische Gefühle bei den Bundesbürgern diagnostiziert hatten, waren CDU und CSU mit dem Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ angetreten.⁴⁸ (Demgegenüber war es der SPD zumindest nach eigener Einschätzung im Wahlkampf 1972 noch gelungen, „den Sozialismusbegriff positiv zu besetzen“.⁴⁹) Blickt man auf die Zeit nach 1989, so finden sich in der Plakatsammlung der Friedrich-Ebert-Stiftung nur wenige Wahlkampfplakate, die den Begriff verwendeten.

⁴² Vgl. Andrew H. Beattie: The Politics of Remembering the GDR. Official and State-Mandated Memory since 1990, in: David Clarke/Ute Wölfel (Hg.): Remembering the German Democratic Republic. Divided Memory in a United Germany 2011, S. 23–34, hier S. 32.

⁴³ Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, S. 1205.

⁴⁴ Sebastian Richter: Der Umgang mit „1989“ im vereinigten Deutschland, in: Peter Skyba/Sebastian Richter/Stefan Schönfelder (Hg.): Himmelweit gleich? Europas '89. 4 Ausstellungen in Dresden, Wrocław, Prag und Bratislava/Žilina, Dresden 2010, S. 26–35, hier S. 28 (Hervorhebung: K. S.).

⁴⁵ Wilfried Korngiebel/Jürgen Link/Rolf Parr: Aktuelle Konnotationen von „Sozialismus“, in: Richard Faber (Hg.): Sozialismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 1994, S. 13–33, hier S. 13 (im Original kursiv).

⁴⁶ Vgl. die Beispiele bei Dieter Felbick: Schlagwörter der Nachkriegszeit 1945–1949, Berlin 2003, S. 501.

⁴⁷ Korngiebel/Link/Parr, Aktuelle Konnotationen von „Sozialismus“, S. 13 (im Original kursiv).

⁴⁸ Vgl. Thomas Mergel: Zeit des Streits. Die siebziger Jahre in der Bundesrepublik als eine Periode des Konflikts, in: Michael Wildt (Hg.): Geschichte denken. Perspektiven auf die Geschichtsschreibung heute, Göttingen 2014, S. 224–243, hier S. 239.

⁴⁹ So Volker Riegger (AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000138, Protokoll der Sitzung der Programmkommission am 10. 12. 1985, dat. 17. 12. 1985, S. 2).

Darunter ist kein einziges Plakat sozialdemokratischer Provenienz, das mit dem Sozialismus geworben hätte – obwohl der „demokratische Sozialismus“ nach wie vor im Grundsatzprogramm verankert war (und ist) (s. u.). Gleichzeitig weist die Datenbank der Stiftung jedoch mehrere Plakate der konservativen Konkurrenz aus, die den Sozialismusbegriff als Stigmawort verwendeten. (Dass es sich hierbei nicht allein um ein deutsches Phänomen handelte, belegen zwei Motive aus Österreich.)⁵⁰ Dazu passt, dass noch im Bundeswahlkampf 1998, den Sozialdemokraten und Grüne dann für sich entscheiden sollten, die Unionsparteien auf den Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ setzten.⁵¹ Vielleicht in Reaktion hierauf erklärte SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder im Vorfeld jener Wahl, dass für ihn „der Weg in die Zukunft eben nicht über den Sozialismus führt“.⁵² Damit distanzierte er sich allerdings ausdrücklich von einem zentralen Erwartungsbegriff⁵³ seiner Partei.

Der Niedergang des traditionsreichen Fahnenwortes der Sozialdemokratie spiegelt sich auch in den Graphen des Ngram Viewers der Firma Google.⁵⁴ Dieser weist für „Sozialismus“ Spitzen der publizistischen Verwendung in der Zwischenkriegszeit und in den 1970er Jahren – dem Jahrzehnt der „Stärke der Linken“⁵⁵ – aus (s. Abb. 4). Ein rückläufiger Gebrauch ist dagegen ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zu beobachten. Eine ähnliche Verlaufskurve ergibt sich für den Begriff des Kapitalismus. Dessen „publizistischen Niedergang“⁵⁶ als „Begriff der Kritik“⁵⁷ hat Christof Dejung kürzlich mit dem Aufstieg des sogenannten Neo-Liberalismus in Verbindung gebracht (ebenfalls unter Nutzung des Ngram Viewers).⁵⁸ Dass die Begriffsverwendung des Sozialismus ab Mitte/Ende der 1970er Jahre eine ähnlich fallende Tendenz aufweist wie der des Kapitalismus, kann als Indiz für eine wechselseitige Bezogenheit beider Begriffe genommen werden, wie sie manche Sozial-

⁵⁰ Siehe für die Ergebnisse der Datenbankabfrage die Auflistung im Anhang, Tabelle 1.

⁵¹ Vgl. [o. V.:] Der Platz in der Mitte, in: Der Spiegel 41/1998, S. 22–32, hier S. 23; [o. V.:] Chronik, in: Der Spiegel 36/1998, S. 229.

⁵² „Das Eintreten für die Schwachen der Gesellschaft, die Bereitschaft, mich dafür auch mit starken Interessengruppen anzulegen, ist mir, August Bebel und Willy Brandt sei Dank, erhalten geblieben, auch wenn der Weg in die Zukunft eben nicht über den Sozialismus führt.“ ([o. V.:] „Von der Wirklichkeit belehrt“, in: Der Spiegel 29/1998, S. 52–62, hier S. 54).

⁵³ Zum Sozialismus als Erwartungsbegriff notieren Hannes Leidinger und Verena Moritz (Sozialismus, Wien/Köln/Weimar 2008, S. 100): „Er [der Sozialismus] bezieht in allen Epochen, es kann nicht genug betont werden, seine Kraft weniger aus der Realisierung als aus der Vision.“

⁵⁴ Dieses Online-Tool findet vermehrt Einsatz in der Geschichtswissenschaft und kann grobe Einblicke in die Begriffs- und Diskursgeschichte vermitteln, wie Philipp Sarasin Ausführungen zum „Kalten Krieg“ als historischem Konstrukt eindrücklich zeigen (Philipp Sarasin: Die Grenze des „Abendlandes“ als Diskursmuster im Kalten Krieg. Eine Skizze, in: David Eugster/Sibylle Marti [Hg.]: Das Imaginäre des Kalten Krieges. Beiträge zu einer Wissens- und Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa, Essen 2015, S. 19–44).

⁵⁵ Mergel, Zeit des Streits, S. 225.

⁵⁶ Christof Dejung: Rezension zu Jürgen Kocka: Geschichte des Kapitalismus, München 2013, in: H-Soz-Kult, 04.09.2014, <http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-21077> [02.09.2015], Anm. 2.

⁵⁷ Jürgen Kocka: Arbeit im Kapitalismus. Lange Linien der historischen Entwicklung bis heute, in: APuZ 35–37/2015, S. 10–17, hier S. 10.

⁵⁸ Vgl. Dejung, Rezension, Anm. 2.

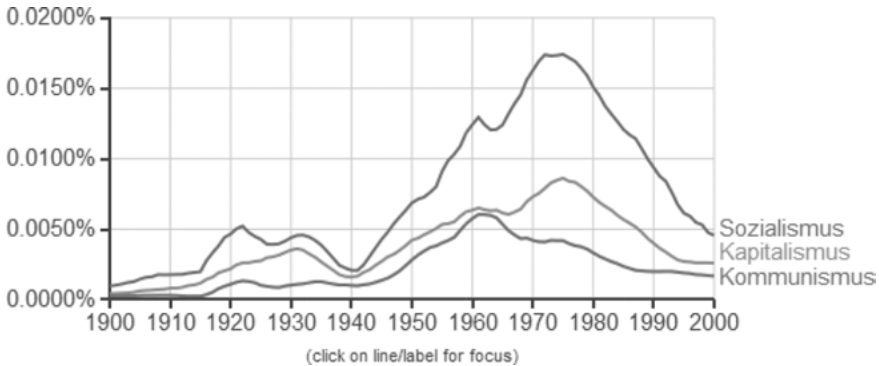


Abb. 4: Begriffskonjunkturen des Sozialismus, Kapitalismus und Kommunismus 1900–2000
 Quelle: Suche mit dem Ngram Viewer in deutschsprachigen Publikationen, ausgeführt am 02. 09. 2015
 (Google Books Ngram Viewer, URL: <http://books.google.com/ngrams>)

demokraten bereits zeitgenössisch konstatierten.⁵⁹ (Ein Zusammenhang zwischen den Begriffen des Sozialismus und Kommunismus findet sich in dieser Phase dagegen *nicht*, was eine zunehmende semantische Unterscheidung beider vermuten lässt.)

Der Bruch von 1989/90 wiederum erscheint für die Begriffskonjunktur des Sozialismus zwar nicht als Zäsur, sondern die 1990er Jahre setzten den fallenden Trend des vorangegangenen Jahrzehnts fort. Doch steht eben diese Entwicklung mit damaligen Erwartungen führender Sozialdemokraten im Widerspruch. Schließlich hatten SPD-Politiker wie Willy Brandt im DDR-Umbruch von einer „Renaissance des demokratischen Sozialismus“⁶⁰ gesprochen, also von einem Aufschwung des eigenen Programms und des eigenen Fahnenwortes. Konfrontiert mit solchen Hoffnungen der Zeitgenossen, lassen die Graphen des Ngram Viewers eine beträchtliche Diskrepanz zwischen (positiver) Erwartung und (negativer) Erfahrung erkennen, die 1989/90 einmal mehr als Moment der Enttäuschung ausweist. Willy Brandt konzidierte Anfang der 1990er Jahre denn auch, viele Sozialdemokraten hätten mit Blick auf die Chancen des demokratischen Sozialismus im zerfallenden Ostblock „zu früh und zu pauschal von einer Renaissance der Sozialdemokratie gesprochen“ – und schloss sich dabei ausdrücklich auch selbst ein.⁶¹ Wenn Bernd Rother feststellt: „Willy Brandt reconnaît bientôt avoir été trop

⁵⁹ Siehe unten zu den Diskussionen in der SPD-Grundwertekommission.

⁶⁰ So Brandt Ende 1989, zit. nach „Das ist das Wunder dieser Revolution“. AZ sprach mit dem Deutschlandpolitiker Egon Bahr, in: Abendzeitung vom 24. 11. 1989.

⁶¹ Willy Brandt: „Zu früh zu pauschal von einer Renaissance gesprochen“. Kritische Anmerkungen von Willy Brandt zur Zukunft der Sozialdemokratie und des freiheitlichen Sozialismus [Rede anlässlich des 125. Geburtstages der SPD Nürnberg], in: FR vom 17. 09. 1991, S. 14 f., hier S. 15.

optimiste en ce qui concerne les chances de succès du socialisme démocratique en Europe de l'Est.“⁶² so dürfte dies auf ein Eingeständnis von Enttäuschung verweisen, dessen Bedeutung weit über die Person des SPD-Ehrenvorsitzenden hinaus reicht. Dass allerdings der Niedergang des Sozialismusbegriffs nicht erst 1989/90 einsetzte, sondern bereits in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre begann, passt wiederum zu der in Kapitel II entwickelten These, dass bereits um 1979 tiefgreifende Erwartungstransformationen bei westdeutschen Linken zu beobachten sind.

Diskussionen in der Grundwertekommission

Angesichts dieser Situation, in der mit dem Sozialismus ein zentraler Erwartungsbegriff der Sozialdemokratie vollends desavouiert schien, beschäftigte sich mit dem jüngsten „Kampf um die Semantik“⁶³ auch die SPD-Grundwertekommission. In diesem Gremium waren mit Erhard Eppler, Iring Fetscher, Johano Strasser und Helga Grebing mehrere frühere Solidarność-Unterstützer und mit Thomas Meyer und Susanne Miller (sowie Eppler, Fetscher und Strasser) mehrere Teilnehmer der SPD-SED-Gespräche vertreten.⁶⁴ Noch vor der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 legte die Grundwertekommission ein Papier mit dem Titel „Soziale Demokratie und Demokratischer Sozialismus in Deutschland“ vor. Der erkennbare Zweck des Dokuments bestand darin, erstens den Begriff des demokratischen Sozialismus zu verteidigen und sich zweitens gegen eine Stigmatisierung der SPD anzugehen. Die Autoren bekundeten zunächst ihre „Freude“ über die deutsche Einheit und reklamierten ihren Anteil an der Gründung der – nun erweiterten – Bundesrepublik: „Wir Sozialdemokraten haben das Grundgesetz und den Staat des Grundgesetzes mitgeschaffen.“ Mit dieser (auch emotionalen) Zugehörigkeitserklärung und Loyalitätsbekundung suchten sie sich gegen die „Neigung der Konservativen, Konkurrenten aus der Gemeinsamkeit der Demokraten auszuschließen“,⁶⁵ zu verwehren. Es ging ihnen also um mehr als nur um die Identität der eigenen Partei. Auf dem Spiel stand für sie auch die Reputation der SPD als legitime demokratische Kraft im vereinten Deutschland.

Den „demokratischen Sozialismus“ verteidigte die Grundwertekommission unter Verweis auf den Kapitalismus. Dies macht erneut die wechselseitige Bezogen-

⁶² Bernd Rother: Willy Brandt à la tête de l'Internationale socialiste, 1976–1992, in: Corine Defrance/ Ulrich Pfeil/Andreas Wilkens (Hg.): Willy Brandt. Un projet pour l'Allemagne (1913–1992), Berlin 2014, S. 93–101, hier S. 101.

⁶³ Fetscher, Die Stunde der Genossenschaften, S. 229.

⁶⁴ AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000024, Protokoll der Sitzung der Grundwertekommission am 16. 04. 1993, Liste der Mitglieder der Grundwertekommission (Anlage). Zur Beteiligung der genannten Personen an der Solidarność-Solidarität bzw. an den SPD-SED-Gesprächen s. o., Kap. II und III.

⁶⁵ AdsD, Dep. Engholm, 1/BEAA000118, Protokoll der Sitzung des Parteivorstands am 25. 09. 1990, Anlage „Soziale Demokratie und Demokratischer Sozialismus in Deutschland“ [S. 2 fehlend], S. 1 u. 4.

heit beider Begriffe deutlich, die schon an den Graphen des Ngram Viewers deutlich wurde. Von Kapitalismus sprach die Kommission dabei, wie von Jürgen Kocka als typisch erachtet,⁶⁶ in kritischer Weise: „Die friedliche Revolution in der DDR meinte nicht den Kapitalismus, sondern die freiheitliche Demokratie. Kapitalismus ist ohne beständige soziale Korrektur für die Mehrheit der Bevölkerung unerträglich und auf die Dauer nicht existenzfähig.“ Die Autoren des Papiers reklamierten damit eine anhaltende Legitimität und Notwendigkeit von Kapitalismuskritik auch über den Bruch von 1989/90 hinweg. Aus dieser Kapitalismuskritik leiteten sie wiederum die Notwendigkeit politischer Maßnahmen ab, für die sie eben den Begriff des demokratischen Sozialismus gebrauchten. Diesen bestimmten die Autoren wie folgt: „Für Sozialdemokraten bedeutete Sozialismus stets zu Ende gedachte und zu Ende geführte Demokratie. [...] Demokratischer Sozialismus will Demokratie zum allgemeinen Prinzip erheben – auch in der Wirtschaft.“

Die Autoren definierten den Sozialismusbegriff also einerseits (negativ) über den Begriff des Kapitalismus und andererseits (positiv) über den Begriff der Demokratie. Was die positive Seite dieser Bestimmung angeht, mussten sie insofern konzedieren: „Demokratischer Sozialismus‘ ist daher eine Verdoppelung, notwendig geworden als Abgrenzung.“ Mit dieser Abgrenzung wiederum zogen sie eine klare Trennlinie zwischen „Demokratie und Diktatur“. Wenn sie betonten, hier dürfe es „keinen Kompromiß“ geben, so verwies dies nicht nur auf die DDR-Vergangenheit, sondern auch auf die PDS – eine neue Konkurrentin der Sozialdemokraten um den Begriff des demokratischen Sozialismus. Die Umbenennung der SED in PDS interpretierten die Autoren als Bestätigung dafür, „daß es nur einen Sozialismus geben kann: den demokratischen Sozialismus der Sozialdemokratie“.⁶⁷ Damit erhoben sie einen Exklusivanspruch auf den Sozialismusbegriff und exkludierten damit die PDS als undemokratisch – zumindest solange sie nicht das Begriffsverständnis der SPD übernehme und sich damit gewissermaßen selbst überflüssig mache. Einen solchen Exklusivanspruch zu erheben, ist Wolfgang Schieder zufolge typisch für Kombattanten im „semantische[n] Kampf“,⁶⁸ zugleich jedoch – wie sich in begriffsgeschichtlicher Perspektive zeige – kaum durchzuhalten.⁶⁹

In der Tat verschwand die PDS nicht einfach als politische Konkurrentin, und auch die CDU/CSU ließ nicht davon ab, den Sozialismus als Stigmawort zu verwenden (s. o.). Vor diesem Hintergrund befasste sich die SPD-Grundwertekommission 1993 erneut mit dem Sozialismusbegriff. Die neuerliche Diskussion sollte der „Selbstvergewisserung in der Kommission“ dienen und möglicherweise in eine

⁶⁶ Vgl. Kocka, Arbeit im Kapitalismus, S. 10.

⁶⁷ AdsD, Dep. Engholm, 1/BEAA000118, Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 25. 09. 1990, Anlage „Soziale Demokratie und Demokratischer Sozialismus in Deutschland“ [S. 2 fehlend], S. 3–5.

⁶⁸ Reinhart Koselleck: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main 1979, S. 113.

⁶⁹ Vgl. Wolfgang Schieder: Der Mythos vom „wahren Sozialismus“, in: Helmut Liede/Jean-Paul Lehnert (Hg.): Sozialismus – das Ende einer Utopie?, Luxembourg 1994, S. 123–130.

„Handreichung für die Partei“ münden, erklärte der Kommissionsvorsitzende Wolfgang Thierse. Es bestand demnach erheblicher Klärungsbedarf, welche Zukunftsperspektiven noch mit dem Begriff verbunden werden durften. Entsprechend konnte sich auch die Grundwertekommission auf kein gemeinsames Erwartungsmanagement einigen: Einige Mitglieder erachteten das 1990 vorgelegte Papier für ausreichend, andere hielten eine weitergehende Erklärung für nötig. Wieder andere Kommissionsmitglieder plädierten sogar für einen – vorübergehenden oder gänzlichen – Verzicht auf den Sozialismusbegriff. Die Beweggründe und Argumente waren vielfältig. Auf der Seite der Kritiker stellte Thomas Meyer fest, der Sozialismusbegriff sei „in unserem Sinne nicht prägnant“ und umreißt „auch konzeptionell keine klare Alternative“ mehr. Fritz Scharpf und Wolf-Michael Catenhusen erklärten, sie hätten die SPD und sich selbst von jeher *nicht* als sozialistisch verstanden. Auf der Seite der Befürworter hingegen fand es Johano Strasser „[u]m der historischen Identität willen“ unumgänglich, am Sozialismus festzuhalten, zumal man den Begriff ohnehin „nicht loswerden“ könne. Auch Wolfgang Thierse hielt es für nötig, „den Begriff im Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Tradition anzusprechen“ und die „Grundwerte, die im Sozialismus immer tradiert worden sind, herauszustellen“. Helga Grebing wiederum argumentierte, dass „ein Verzicht unsererseits die mißbräuchliche Inanspruchnahme durch die Kommunisten im nachhinein legitimieren würde“. Und Peter von Oertzen verwies auf die Gefahr „völkischer Inhaltsfüllung des Begriffs im Osten“, wenn die SPD ihn aufgebe. Im Versuch, die Diskussion zu resümieren, stellte Erhard Eppler fest, die „Frage nach einem regulativen Prinzip oder nach Gegengewichten“ zum Kapitalismus habe sich nicht erledigt, zumal sich immer deutlicher zeige, „was Kapitalismus pur bedeute“. Doch sei eben, „[w]ie diese dann benannt werden“, [...] „klärungsbedürftig“. Letztlich konnte die Kommission keine Übereinkunft erzielen. Nichtsdestotrotz beschloss sie, ein neues Papier zum Sozialismusbegriff zu erarbeiten. Eine „Skizze“ hierfür sollte Wolfgang Thierse erstellen.⁷⁰

Die Uneinigkeit und Ratlosigkeit unter führenden sozialdemokratischen Theoretikern und Programmatikern ließ sich nicht leicht ausräumen. „Von den Schwierigkeiten im Umgang mit einem Begriff“ war denn auch das neue Papier betitelt, das die Grundwertekommission 1994 zum Thema Sozialismus vorlegte. In der Vorbemerkung hieß es, der Text sei als „kleine Handreichung für den Umgang mit einem mehrdeutig und mißverständlich gewordenen Begriff“ gedacht. Die Publikation folgte damit ausdrücklich der Prämisse, dass es der SPD nicht gelungen sei, den „zentrale[n] Begriff“ der Arbeiterbewegung in ihrem Sinne zu prägen (um Thomas Meyers Diagnose vom Vorjahr zu rekapitulieren). Das hieraus resultierende Problem erblickten die Autoren des Papiers in einer Dissonanz zwischen dem Erwartungs- und dem Erfahrungsgehalt des Wortes. Ob der Sozialismus „[e]in Name nur noch für eine böse Erinnerung oder für ein noch nicht erledigtes

⁷⁰ AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000024, Protokoll der Sitzung der Grundwertekommission am 16. 04. 1993, S. 3–6.

Versprechen für eine bessere Welt“, ob er noch „Verheißung“ oder nur noch „Knüppel“ sei, lautete ihre zentrale Frage. Diese Dissonanz zwischen Erwartung und Erfahrung begriffen sie auch als emotionales Problem: „Was tun mit einem Wort, das heute so verschiedene, so verwirrende Gefühle auslöst? ‚Sozialismus‘ – das ist ein Reizwort, das bei den einen Abwehr, bei den anderen Nostalgie erzeugt, trotzig Identifikation oder achselzuckendes Desinteresse hervorruft.“⁷¹ Das Erwartungsmanagement, zu dem sie mit ihrer „Handreichung“ beitragen wollten, begriffen sie somit auch als Emotionsmanagement. Denn der Erfahrungs- und Erwartungsgehalt des Sozialismusbegriffs führte zusammen mit dessen emotionaler Qualität für die Autoren ins Zentrum linker „Identität“, handelte also von der Existenzfrage eines politischen Spektrums, dessen führende Partei die Sozialdemokratie traditionell sein wollte:⁷² „Ist der Begriff – so wie früher – auch heute noch wichtig für die Identität, das Selbstverständnis der Linken (und welcher Linken, bitte?)“.⁷³

Zur Verteidigung des Sozialismusbegriffs wandte sich die Grundwertekommission, wie bereits in ihrem Papier von 1990, so auch in der neuen „Handreichung“ sowohl gegen die PDS als auch gegen die Unionsparteien. Sie stellte einerseits fest, dass der „reale Sozialismus“ im sowjetischen Machtbereich „ökonomisch, ökologisch, politisch und moralisch durch und durch versagt“ habe, und kritisierte die neue Parteibezeichnung der Postkommunisten als „gestohlenen Namen“. Andererseits lehnte sie „die propagandistische Formel mancher Konservativer ‚Marx ist tot, Ludwig Erhard lebt‘“ ab. Wie schon 1990, so leiteten die Autoren die Legitimität des Sozialismus erneut aus den Mängeln des Kapitalismus ab: „Die demokratisch-emanzipatorische Grundströmung des Sozialismus stand immer für den Kampf gegen die Mißstände, die den politisch und gesellschaftlich unzureichend kontrollierten Mechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung entspringen.“

Eine einheitliche Antwort auf die bereits intern strittige Frage: „Muß sich die Sozialdemokratie von ihrem Leitbegriff des ‚demokratischen Sozialismus‘ trennen?“, gab die Grundwertekommission jedoch auch in ihrer „Handreichung“ nicht. Vielmehr betonte sie: „Die Antwort auf diese Frage fällt auch innerhalb der Sozialdemokratie verschieden aus.“ Sie gab deshalb einen groben Überblick über die innerhalb der SPD vertretenen Auffassungen:

„Manche halten den Begriff durch den gescheiterten ‚realen Sozialismus‘ für diskreditiert. Er bilde am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts auch die eigene programmatische Zielperspektive nicht mehr ab, da er als politisch-ideologisches Schlüsselwort neben den anderen Großideologien (Liberalismus, Konservatismus) des neunzehnten Jahrhunderts eine Globalalternative sugge-

⁷¹ Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD: „Sozialismus“. Von den Schwierigkeiten im Umgang mit einem Begriff, Bonn 1994, S. 3–5. Mit dem Begriff des Knüppels bezogen sich die Autoren explizit auf Václav Havel, der den Sozialismus als solchen bezeichnet hatte.

⁷² Vgl. etwa Thomas Meyer: Eine historische Bestätigung. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten, in: Detlev Albers/Frank Deppe/Michael Stamm (Hg.): Fernaufklärung. Glasnost und die bundesdeutsche Linke, Köln 1989, S. 13–21, hier S. 20 f.

⁷³ Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD, „Sozialismus“, S. 3.

riere, die die eigentlichen Gemeinsamkeiten wie Differenzen der entsprechenden Parteien heute nicht mehr richtig wiedergebe. Andere verweisen darauf, daß sich eine weltweite historische Bewegung nicht von der in diesem Begriff synthetisierten Erfahrung verabschieden könne. Zudem dürfe der Raub von Begriffen nicht mit deren freiwilliger Aufgabe beantwortet werden, denn dann würde der ‚reale Sozialismus‘ nachträglich doch noch zum eigentlichen Sozialismus stilisiert. Schließlich halte die SPD in ihrem gültigen Berliner Grundsatzprogramm an der zukunfts-fähigen Vorstellung des ‚demokratischen Sozialismus‘ sowohl als alternatives Prinzip zum Kapitalismus als auch als regulativer Idee fest. Der Begriff kennzeichne zugleich die Bewegung selbst.“

Statt im Begriffsstreit Position zu beziehen, verwies die Grundwertekommission abschließend auf einen Beschluss der früheren ostdeutschen Schwesterpartei SDP: Da der demokratische Sozialismus zu Verwechslungen mit dem „real existierenden Sozialismus“ der DDR einlade, sei ihm der Begriff „Soziale Demokratie“ vorzuziehen, hatte deren Strategie gelaute. Dem folgte die Grundwertekommission jedoch nicht vollständig. Vielmehr stellte sie gleichzeitig fest:

„Es gibt keinen überzeugenden Grund, uns den Begriff ‚demokratischer Sozialismus‘ wegnehmen zu lassen. Wir haben uns dagegen zu wehren, daß er von Ex-Kommunisten mißbraucht oder von Konservativen zu einem Schimpfwort gemacht wird. [...] Mit dem Begriff des demokratischen Sozialismus verbindet sich bis in die Gegenwart das Mühen von Generationen um mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität.“⁷⁴

Angesichts seines Erfahrungsgehalts trug die Kommission also einerseits die Idee vor, auf den Sozialismusbegriff künftig zu verzichten. Andererseits hielt sie den Begriff jedoch hinsichtlich seines Erwartungsgehalts für inkommensurabel und riet davon ab, ihn preiszugeben.

Die „Handreichung“ der Grundwertekommission ist insofern als Kompromiss zu verstehen, der zwei konträre Positionen gleichberechtigt nebeneinanderstellte. Dies spiegelt die anhaltende Uneinigkeit und Ratlosigkeit innerhalb des Gremiums wider – die sich nicht nur in dessen Sitzungen zeigte. Denn auch in der Öffentlichkeit vertraten einige Kommissionsmitglieder entgegengesetzte Auffassungen. Ein einheitliches Erwartungsmanagement lässt sich damit weder in der internen noch in der externen Kommunikation erkennen. Vielmehr ist eine semantische Divergenz zu beobachten, die auf Erwartungstransformationen hindeutet, die einige Sozialdemokraten nach 1989/90 vollzogen. Als Beispiel sei der stellvertretenden Vorsitzende der Grundwertekommission und Mitverfasser des SPD-SED-Papiers, Thomas Meyer, angeführt. Meyer bezeichnete das Jahr 1989 als „Ende der Hoffnung“,⁷⁵ womit er die Erwartungen jener Sozialisten verabschiedete, die nicht das sozialdemokratische Begriffsverständnis teilten. Gleichzeitig warb er in den 1990er Jahren nachdrücklich für die „Soziale Demokratie“ als Begriffsalternative zum demokratischen Sozialismus.⁷⁶ Dass sich damit *der* „Theoretiker des Demokratischen Sozialismus“ vom traditionellen Fahnenwort der SPD distanzierte, erregte innerhalb der Partei einige Aufmerksamkeit und stieß teils auch auf Ver-

⁷⁴ Ebd., S. 5–7 f. u. 29.

⁷⁵ Meyer, Was bleibt vom Sozialismus?, S. 9.

⁷⁶ Ebd., S. 137.

ärgerung.⁷⁷ Immerhin hatte Meyer noch in den 1980er Jahren dafür plädiert, am Sozialismusbegriff festzuhalten – obwohl Sozialdemokraten schon damals klagten, dass sich „die negative Belegung des Begriffs durchgesetzt“⁷⁸ habe. Gleichwohl hatte Meyer in der Programmdebatte betont: „je weniger offensiv wir den Begriff Sozialismus bestimmen, um so mehr könne er vom Gegner gegen uns gewendet werden.“ Er war deshalb zu der Empfehlung gelangt, die Begriffe „Soziale Demokratie“, „Demokratischer Sozialismus“ und „sozialdemokratisch“ synonym zu verwenden.“⁷⁹ Auch hatte er Ende der 1980er Jahre noch für ein „gemeinsames Projekt des Demokratischen Sozialismus in Europa mit der Chance einer Rückgewinnung der geistig-politischen Hegemonie“⁸⁰ geworben.

Wenn Meyer Anfang der 1990er Jahre nun den Begriff der Sozialen Demokratie bevorzugte, bedeutete dies eine deutliche Kehrtwende. Zwar blieb er überzeugt, der demokratische Sozialismus sei auch weiterhin „die Alternative zum illiberalen Kommunismus und zum unsozialen Liberalismus“ – auch wenn das Pendel im Osten erst einmal nach rechts ausschwebe.“⁸¹ Doch konstatierte er nun, der Sozialismusbegriff sei durch das Scheitern des Sowjetkommunismus so sehr beschädigt, dass sich selbst „unter denen, die niemals zur Verwechslung der Begriffe neigten und wußten, daß der Unterschied von Demokratischem Sozialismus und dem, was Kommunisten als ‚Sozialismus‘ ausgaben, ein Unterschied ums Ganze ist, [...] Resignation“⁸² ausbreite. Da nütze es wenig, wenn demokratische Sozialisten über „plausible Programme für die Zukunft“ verfügten und die kommunistischen Regimes des Ostblocks von jeher scharf kritisiert hätten. Davon allein sei der Sozialismus keineswegs „gerettet“.⁸³

Allerdings wehrte sich auch Meyer gegen das Narrativ vom Jahr 1989 als Moment der Enttäuschung. Er bestand vielmehr darauf, die Sozialdemokratie habe den „qualvolle[n] Prozeß“, sich von marxistisch geprägten Hoffnungen zu verabschieden, schon lange vor 1989 vollzogen. Meyer verwies dazu primär auf den Revisionismus Bernsteins und auf das Godesberger Programm der SPD. Auch sei der liberale Sozialismus der westdeutschen Sozialdemokratie stets ein „institutionalisierter Zwang zum Lernen“ gewesen. In Meyers Verständnis hatte die SPD die entscheidenden Erwartungstransformationen damit schon lange, bevor sich das sowjetische Imperium aufzulösen begann, vollzogen. Dem Narrativ vom Jahr 1989

⁷⁷ Malte Ristau/Michael Scholing/Johannes Wien: Tanker im Nebel. Zeit zum „Aufklaren“, in: Malte Ristau/Michael Scholing/Johannes Wien (Hg.): Tanker im Nebel. Zur Organisation und Programmatik der SPD, Marburg 1992, S. 7–9, hier S. 9.

⁷⁸ So Volker Riegger (AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000138, Protokoll der Sitzung der Programmkommission am 10. 12. 85, dat. 17. 12. 1985, S. 2).

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ AdsD, WBA, A 19, 86, fol. 447–483, Thomas Meyer: Demokratischer Sozialismus in Europa: Ein Vergleich [Vorträge in Amsterdam Dezember 1988 und Moskau Mai 1989], fol. 460r u. 483r.

⁸¹ [Buchvorstellung:] Meyer, Demokratischer Sozialismus – soziale Demokratie, in: Vorwärts 1/1992, S. 29.

⁸² Meyer, Demokratischer Sozialismus – soziale Demokratie, S. 124.

⁸³ Ebd., S. 13 u. 124.

als Moment der Enttäuschung begegnete er also mit einer Gegenerzählung, die die entscheidende Konversion deutlich vordatierte. Der „Verlust der Versöhnungs-utopie“, ⁸⁴ die zentrale Enttäuschung der sozialistischen Arbeiterbewegung, lag in diesem Narrativ schon Jahrzehnte zurück, als das Jahr 1989 zum „Ende der Illusion“ ⁸⁵ ausgerufen wurde. Allerdings gestand Meyer zu, dass dieses Narrativ, das auch andere Sozialdemokraten lancierten, in der öffentlichen Debatte kaum durchgedrungen sei. Entsprechend befand sich die Sozialdemokratie aus Meyers Sicht in einem Dilemma: „Die Sache ist wie verhext. Die Preisgabe des traditionsreichen Kennworts wird zur Verwirrung und Machtlosigkeit führen. Das Festhalten an ihm nicht weniger. Was also tun?“

Meyers Vorschlag war eine semantische Akzentverschiebung: „Demokratischer Sozialismus hat Zukunft – als soziale Demokratie“, ⁸⁶ lautete seine Einschätzung. Diese Akzentverschiebung vorzunehmen, trage nicht nur der Beschädigung des Sozialismusbegriffs Rechnung, sondern reagiere auch auf dessen Anachronizität: denn der „utopische Überschuß“, der dem Begriff „trotz aller Ernüchterung und Selbstkritik noch immer anhaftet“, habe in komplexen Gesellschaften „seine orientierende Funktion“ verloren, so Meyer. Er sei nur noch „möglich und wünschenswert als regulative Idee der Demokratisierung und als Wächter des Imperativs Gerechtigkeit, damit die komplexen Sozialsysteme nicht dem Selbstlauf überlassen bleiben.“ ⁸⁷

Mit seinem Vorschlag, vom Sozialismusbegriff abzurücken, war Meyer nicht allein. In der Grundwertekommission waren es nach 1989 vor allem ostdeutsche Mitglieder, die sich für einen Verzicht auf den „demokratischen Sozialismus“ aussprachen. ⁸⁸ Viele ihrer westdeutschen Kollegen bestanden dagegen auf den Erhalt des Begriffs. Susanne Miller etwa, wie Meyer Teilnehmerin an den SPD-SED-Gesprächen, war zwar die „Bürde, die durch die Diskreditierung des ‚Sozialismus‘ durch die kommunistischen Diktaturen auch mit auf der SPD lastete und ihre politischen Chancen schmälerte, [...] vollauf bewusst“. ⁸⁹ Ausdrücklich beklagte sie sich über die „Schamlosigkeit“ der Eliten im sowjetischen Machtbereich, „ihre Regime als ‚real existierenden Sozialismus‘ zu deklarieren“. Jedoch forderte sie, statt auf den Begriff der Sozialen Demokratie auszuweichen, eine „Besinnung darauf [...], was ‚Sozialismus in der geistigen und politischen Tradition der Sozialdemokratie bedeutet“. ⁹⁰ Heinrich Potthoff resümiert: „Susanne Miller mochte den

⁸⁴ Ebd., S. 59.

⁸⁵ François Furet: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996.

⁸⁶ Meyer, Was bleibt vom Sozialismus?, S. 24, 132 u. 137.

⁸⁷ Meyer, Demokratischer Sozialismus – soziale Demokratie, S. 125.

⁸⁸ AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000024, Protokoll der Sitzung der Grundwertekommission am 16. 04. 1993, S. 4.

⁸⁹ Heinrich Potthoff: Ein Leben für Freiheit und soziale Demokratie. Susanne Miller (1915–2008), in: Bastian Hein/Manfred Kittel/Horst Möller (Hg.): Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte, München 2012, S. 227–244, hier S. 239.

⁹⁰ Susanne Miller: Sozialismus. Deutungen und Mißdeutungen, in: Malte Ristau/Martin Gorholt (Hg.): Demokratischer Sozialismus. Beiträge zur Verständigung, Marburg 1991, S. 12–23, hier S. 12 f.

vertrauten Begriff des ‚demokratischen Sozialismus‘ ungern preisgeben. Denn auch in einer sich wandelnden Welt blieb[en] für sie die Grundanliegen des ‚demokratischen Sozialismus‘, Menschenwürde, Bürgerrechte, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Völkerverständigung, aktuell.“⁹¹

Die meisten der Kommissionsmitglieder, die sich wie Miller gegen einen Verzicht auf den Sozialismusbegriff wandten, sind als frühere Solidarność-Unterstützer einzuordnen. Johano Strasser etwa war schon in den 1980er Jahren gegen die These Ralf Dahrendorfs vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ zu Felde gezogen, in der er die „Fortsetzung des von Biedenkopf Anfang der 70er Jahre eröffneten ‚semantischen Krieges‘“ erblickte. „Bereits vor zehn Jahren behauptete Biedenkopf in seinem Buch ‚Fortschritt in Freiheit‘, ‚daß der Sozialismus eine konkrete historische Aufgabe hatte, diese Aufgabe aber inzwischen erfüllt ist‘. Schön wär’s, wenn der Sozialismus, der demokratische zumal, seine historische Aufgabe erfüllt hätte. Aber davon kann ja wohl keine Rede sein“,⁹² hatte Strasser Anfang der 1980er Jahre betont. Auch nach 1989 wandte er sich gegen einen Verzicht auf den Sozialismusbegriff.⁹³ Zwar konstatierte er, dass es „schlimm zu stehen [scheine] für die Sache des Sozialismus“, doch war dies für ihn kein Grund, den Begriff zu verwerfen. Damit werde die SPD ohnehin keinen Erfolg haben: „Auch die Geschichte unserer Begriffe ist Teil unserer Geschichte, auch aus ihr können wir nicht willkürlich aussteigen. Versuchten wir es, sie holte uns dennoch ein.“

Zudem wollte Strasser die Erwartungen, die den „demokratischen Sozialismus“ ausmachten, nicht aufgeben, auch wenn sie von der Erfahrung kommunistischer Herrschaft überdeckt würden: „Wir müssen uns damit abfinden, daß das Hoffnungspotenzial, das in Begriffen wie ‚Christentum‘ und ‚Sozialismus‘ gebündelt ist, immer Gefahr läuft, verdunkelt zu werden durch das Schreckliche, das diesen Begriffen anhaftet.“ Es sei deshalb erforderlich, das eigene Sozialismusverständnis und die damit verknüpften Erwartungen gegen andere Begriffsprägungen zu verteidigen: „Also müssen wir uns erklären, als Christen und Sozialisten ebenso wie als Liberale und Konservative, müssen differenzieren, die Begriffe mit Attributen versehen, damit wir nicht allzu leicht, arglos oder böswillig, mißverstanden werden, damit deutlich wird, worin wir uns von anderen unterscheiden, die dieselben Begriffe verwenden.“⁹⁴ Sein Plädoyer untermauerte Strasser mittels eines Erwartungsmanagements, das auf den Kapitalismusbegriff abstellte und Befürchtungen über die Konsequenzen einer möglichen Schwächung sozialistischer Positionen artikulierte: „Es hätte vermutlich fatale Folgen, wenn es dem Kapitalismus und Wirtschaftsliberalismus, die einen weltweiten Triumph zu feiern scheinen, tat-

⁹¹ Potthoff, Ein Leben für Freiheit und soziale Demokratie, S. 239.

⁹² Johano Strasser: Editorial, in: L’80 (Mai 1983), Nr. 26, S. 2 f., hier S. 2. Zur Sprachpolitik der Unionsparteien in den 1970er Jahren und der Rolle Kurt Biedenkopfs vgl. Martina Steber: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980, Berlin/Boston 2017, S. 220 ff.

⁹³ AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000024, Protokoll der Sitzung der Grundwertekommission am 16. 04. 1993, S. 3.

⁹⁴ Johano Strasser: Leben ohne Utopie?, Frankfurt am Main 1990, S. 11 u. 16 f.

sächlich gelänge, das soziale und ökologische Widerspruchspotential – wenn auch nur für eine kurze Phase – lahmzulegen“.

Strassers Sorge galt jedoch nicht nur der Rettung des Sozialismusbegriffs. Vielmehr wandte er sich auch gegen ein „veritables Utopieverbot“, das er von der konservativen Presse und von Büchern wie Joachim Fests *Der zerstörte Traum* ausgehen sah.⁹⁵ Damit lag er auf einer Linie mit Günter Grass, seinem früheren Redaktionskollegen bei *L'76* bzw. *L'80* und ehemaligen Solidarność-Mitunterstützern. Auch Grass beklagte sich nach 1989 über ein „Utopieverbot“,⁹⁶ dem Fürsprecher eines demokratischen Sozialismus und eines „dritten Weges“ ausgesetzt seien. Zwar hatte Jürgen Habermas schon 1984 eine „Erschöpfung utopischer Energien“⁹⁷ konstatiert, doch nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ schien die Kritik an Utopien eine neue Qualität zu erreichen. Strasser drückte dies so aus:

„Wer [...] jenseits der falschen und schon immer das Denken lähmende Alternative ‚Entweder SU-Sozialismus oder US-Kapitalismus‘ nach dritten, vierten, fünften Möglichkeiten Ausschau hält, gilt den meisten als Nörgler, Spielverderber, schlechter Verlierer, zumindest als jemand, der die so schön mediengerecht aufbereitete Weltlage unnötig und bössartig kompliziert.“⁹⁸

Wie schon der Grundwertekommission bezüglich des Sozialismusbegriffs, ging es Strasser auch beim Thema Utopie um die Gefahr einer Stigmatisierung linker Parteien und Positionen. Wie für Grass in seiner *Rede eines vaterlandslosen Gesellen*⁹⁹ war auch für Strasser das Problem der Legitimität bestimmter Erwartungen ein existenzielles. Die Diskussionen um die Zukunft der Utopie und die Zukunft des Sozialismus waren dabei, wie der Utopieforscher Richard Saage feststellt, eng miteinander verbunden. Saage kommt zu dem Ergebnis, „daß die politische Absicht, die hinter dem Versuch stand, das Ende der politischen Utopie zu verkünden, auf das Ziel hinauslief, es zugleich als Ende des Sozialismus auszuweisen“.¹⁰⁰

Gegen eine Abkehr vom Sozialismus wandte sich auch der frühere Solidarność-Unterstützer Peter von Oertzen. Er hatte im Umbruch 1989/90 bereits für Erwar-

⁹⁵ Ebd., S. 9 u. 15. Zum Kontrast zwischen Strasser und Fest vgl. Klaus Vondung: „Wunschträume und Wunschzeiten“. Einige wissenschaftsgeschichtliche Erinnerungen, in: Árpád Bernáth/Endre Hárs/Peter Plener (Hg.): *Vom Zweck des Systems. Beiträge zur Geschichte literarischer Utopien* 2006, S. 183–190, hier S. 184.

⁹⁶ Grass, Günter: *Mein Traum von Europa. Rede in Sevilla anlässlich der bevorstehenden Weltausstellung* [1992], in: *Essays und Reden III. 1980–1997*, Göttingen 1997, S. 340–351, hier S. 346.

⁹⁷ Habermas hielt am 26. 11. 1984 vor spanischen Verfassungsrechtlern und Parlamentariern eine Rede unter dem Titel *Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien* (erstmalig gedruckt als: Jürgen Habermas: *Die Neue Unübersichtlichkeit. Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien*, in: *Merkur* 29 [1985], Nr. 1, S. 1–14; leicht erweitert als Jürgen Habermas: *Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien*, in: *Die Neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V*, Frankfurt am Main 1985, S. 141–163; zu Publikationsablauf und Deutung vgl. Cord Arendes: *Auf der Suche nach dem roten Faden. Jürgen Habermas' Lesarten der europäischen Moderne in unübersichtlichen Zeiten* 7 [2010], Nr. 1, S. 152–157).

⁹⁸ Strasser, *Leben ohne Utopie?*, S. 9.

⁹⁹ Günter Grass: *Kurze Rede eines vaterlandslosen Gesellen*, in: *Die Zeit* vom 7. 2. 1990.

¹⁰⁰ Richard Saage: *Utopische Profile IV. Widersprüche und Synthesen des 20. Jahrhunderts*, Münster [u. a.] 2003, S. 510.

tungskontinuität optiert, wenn er betonte, „sein ganzes Leben“ lang für einen „dritten Weg zwischen Kapitalismus und Stalinismus“ gekämpft zu haben.¹⁰¹ Auf eine solche Kontinuität zurückblickend, sah von Oertzen nach dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ keinen Anlass, seine Erwartungen zu korrigieren. Hierdurch sah er sich Anfang der 1990er Jahre allerdings an den Rand gedrängt und seiner politischen Wirkungsmöglichkeiten weitgehend beraubt. Hatte er in den 1980er Jahren noch erfolgreich „sozialistische Programm-Positionen“¹⁰² im neuen SPD-Grundsatzprogramm verankert, musste er nun in einem Brief an Adam Michnik feststellen: „Wenn wir heute an den Ideen der wirklichen sozialistischen Linken [...] festhalten, stellt man uns mit unseren Todfeinden: den stalinistischen Politbürokraten [...] in eine Reihe.“¹⁰³ Eben noch maßgeblich an der Programmfindung der SPD beteiligt, sah er sich Anfang der 1990er Jahre in einen „alten und uninteressant gewordenen Mann“ verwandelt und berichtete Freunden von seinen Schwierigkeiten, „nicht zu resignieren oder zu verbittern“.¹⁰⁴

Seinem Unmut verschaffte von Oertzen auch öffentlich Gehör. In einem Zeitungsartikel wandte er sich gegen die „Renegaten“ unter den westdeutschen Linken, die er unter dem Begriff „Jynx Tortilla occidentalis“ mit den ostdeutschen „Wendehälsen“ von der SED parallelisierte: „Es wimmelt bei uns im ‚Westen‘ geradezu von Ex-Marxisten, Ex-Leninisten, Ex-Stalinisten, Ex-Maoisten, die mit einem Male das Ende des Sozialismus verkünden.“ Mit dieser Kritik zielte er besonders auf Politiker der Grünen wie Joschka Fischer, Antje Vollmer und Ralf Fücks (s. u.), aber auch auf Teile der SPD. Er sah einerseits im Zusammenbruch des Ostblocks „für Resignation oder gar Kapitulation [...] keinen Grund“. Wie Thomas Meyer wandte er sich also gegen das Narrativ von 1989 als Jahr der Enttäuschung. Andererseits sprach er aber von einer „fast verzweifelten Situation“, sodass sich für Linke nun die Frage stelle: „welchen Weg sollen sie gehen, wenn es scheinbar zum Kapitalismus keine Alternative mehr gibt?“ Die „unerhörte Herausforderung, auch und gerade für die Linke im kapitalistischen ‚Westen‘: für Sozialdemokraten und linke Grüne, für unabhängige Sozialisten und kritische Kommunisten“ sah von Oertzen in dieser neuen Situation darin, sich „an die ursprüngliche Idee des Sozialismus [zu] erinnern – des wirklichen, nicht des ‚realen‘“.¹⁰⁵

¹⁰¹ AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000067, Schreiben von Peter von Oertzen, vom 23. 11. 1989, S. 1.

¹⁰² Thomas Meyer: Im Kampf um sozialistische Programm-Positionen. Peter von Oertzen als sozialdemokratischer Programmatiker, in: Jürgen Seifert/Heinz Thörmer/Klaus Wettig (Hg.): Soziale oder sozialistische Demokratie? Beiträge zur Geschichte der Linken in der Bundesrepublik. Freundesgabe für Peter von Oertzen zum 65. Geburtstag, Marburg 1989, S. 204–214.

¹⁰³ LUH, Akz. 2009/09, Sign. 48/1, Peter von Oertzen an Adam Michnik, 03. 03. 1994.

¹⁰⁴ LUH, Akz. 2009/09, Sign. 48/4, Peter von Oertzen an Wolf-Dieter Narr, 01. 04. 1994.

¹⁰⁵ Peter von Oertzen: Was bleibt von der sozialistischen Vision?, in: Malte Ristau/Martin Gorcholt (Hg.): Demokratischer Sozialismus. Beiträge zur Verständigung, Marburg 1991, S. 37–54 [Ms. Hannover 1990] (vgl. Arno Brandt/Wolfgang Jüttner: Worin die freie Entwicklung eines jeden ... Zur Aktualität des demokratisch-sozialistischen Denkens bei Peter von Oertzen, in: Karin Benz-Overhage/Wolfgang Jüttner/Horst Peter [Hg.]: Zwischen Rätesozialismus und Reformprojekt Lesebuch zum 70. Geburtstag von Peter von Oertzen, Köln 1994, S. 37–46, hier S. 46, gek. erschienen als Peter von Oertzen: Was bleibt von der sozialistischen Vision?, in: Der Freitag vom 16. 11. 1990, S. 7, hier S. 37–39 u. 50 f.).

Auch von Oertzen separierte sein Verständnis des Sozialismus als Erwartungsbegriff somit von der historischen Erfahrung der kommunistischen Herrschaft im sowjetischen Machtbereich.

Außerhalb der Grundwertekommission war es vor allem Horst Heimann, stellvertretender Leiter der Gustav-Heinemann-Akademie, der sich in der Begriffsdiskussion hervortat. Anders als Meyer plädierte Heimann dezidiert für ein Festhalten am „demokratischen Sozialismus“ – einig hierin mit Grebing, von Oertzen, Müller und anderen. Öffentliche Unterstützung erhielt er von Erhard Eppler, der im *Vorwärts* alle jene kritisierte, „die sich für links halten und jetzt in den Chor der Rechten einstimmen: Mit dem, was real existierender Sozialismus zu sein vorgab, seien alle Formen des Sozialismus gescheitert.“ Eppler folgte Heimann in dem Versuch, den Sozialismusbegriff gegenüber den negativen Erfahrungen im Ostblock abzuschotten. Sein Schluss lautete deshalb: „Wer meint, mit dem Marxismus-Leninismus sei alles erledigt, was sich sozialistisch nennt, hat sich auf einen Begriff des Sozialismus eingelassen, der alles ausblendet, was demokratische Sozialisten, seit es sie gibt, getan haben. Er tut so, als hätte es das Godesberger Programm – und das Berliner von 1989 dazu – nie gegeben.“¹⁰⁶ In begriffsgeschichtlicher Perspektive ist evident, dass Eppler damit eine Verkürzung des Sozialismusbegriffs (auf das Sowjetsystem) beklagte und diese als partiell erfahrungsblind (gegenüber der Programmtradition der westlichen Sozialdemokratie) verwarf, eine solche Verkürzung jedoch auch selbst vornahm, indem er umgekehrt die Selbstbeschreibung der Ostblockstaaten als „real existierender Sozialismus“ kritisierte. Er lässt sich insofern jenen zurechnen, die den Sieg des sozialdemokratischen Begriffsverständnisses über das kommunistische ausriefen und damit gleichsam einen Alleinvertretungsanspruch der SPD auf den Sozialismus reklamierten, der in begriffsgeschichtlicher Perspektive wenig aussichtsreich sein musste (wie Wolfgang Schieder denn auch zeitnah einwandte, s. o.).

Somit lässt sich die sozialdemokratische Sozialismusdebatte der 1990er Jahre quer durch das heterogene Feld ihrer Teilnehmer dahingehend kennzeichnen, dass die mit dem eigenen Fahnenwort verknüpften (positiven) Erwartungen gegen die (negativen) Erfahrungen, die sich mit den Ostblockregimes verbanden, abgegrenzt werden sollten – egal, ob man Erstere weiter bewahren oder nunmehr partiell verwerfen wollte. Die Einschätzungen, ob dies gelingen könne, differierten allerdings. Eine solche Trennung von Erwartung und Erfahrung war indes nichts Neues. Schließlich hatte die SPD auch in ihrer Regierungszeit von 1966 bis 1982 am „demokratischen Sozialismus“ festgehalten, obwohl „in ihrer Politik nur noch wenige Momente vom traditionellen Sozialismus-Konzept erkennbar“ waren, wie Bernd Faulenbach feststellt.¹⁰⁷ Demoskopische Umfragen deuten zudem darauf

¹⁰⁶ Ehrhard Eppler: Was ist im Osten gescheitert?, in: *Vorwärts* 1/1992, S. 28.

¹⁰⁷ Bernd Faulenbach: Zur Entwicklung des demokratischen Sozialismus seit dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland, in: Dieter Dowe (Hg.): *Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Referate und Diskussionen einer internationalen Konferenz des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Instituts für Soziale Bewegungen der Universität Bochum in Berlin am 2. Oktober 2000*, Bonn 2001, S. 73–85, hier S. 79.

hin, dass eine Unterscheidung zwischen dem Erfahrungs- und dem Erwartungsgehalt des Sozialismusbegriffs durchaus auf eine gewisse Resonanz stieß. So fragte das Allensbacher Institut für Demoskopie seit 1990 regelmäßig (und fragt bis heute weiter): „Halten Sie den Sozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde?“ 1991 stimmten dieser Aussage in den alten Bundesländern immerhin 36 Prozent der Befragten zu; 42 Prozent jedoch widersprachen ihr. Anders in den neuen Bundesländern: hier bejahten 60 Prozent die Frage; nur jeder vierte Befragte verneinte sie. Interessant ist die Aufschlüsselung nach Parteipräferenz: Im Westen stimmten zwar fast zwei Drittel der Grünen-, aber nur gut zwei Fünftel der SPD-Anhänger zu; unentschieden war je rund ein Fünftel. Folglich konnten die Sozialdemokraten – glaubt man den Demoskopern – mit ihrem traditionellen Fahnenwort selbst unter ihren eigenen Anhängern allenfalls bei einer Minderheit reüssieren. (Im Osten fiel die Zustimmung zum Sozialismus unter SPD- und Grünen-Anhängern allerdings deutlich höher aus.)¹⁰⁸ 1996 hatte sich die Situation insoweit verändert, dass die (unverändert gestellte) Frage inzwischen bundesweit etwas häufiger bejaht als verneint wurde. Dennoch gab weiterhin weniger als die Hälfte der Befragten an, „den Sozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde“ zu halten. 1996 stellten die Allensbacher Meinungsforscher zudem die Frage: „Sollten wir es in Deutschland mit einem neuen Sozialismus versuchen?“ Dies verneinten gut zwei Drittel der West- und die Hälfte der Ostdeutschen.¹⁰⁹ Den demokratischen Sozialismus im Programm zu belassen, mochte insofern aus SPD-Sicht wenig opportun scheinen.

Dieser Auffassung – und damit dem frühen Plädoyer Thomas Meyers – folgte die SPD letztlich auch. In ihrem 2007 verabschiedeten neuen Grundsatzprogramm betont sie den Begriff der Sozialen Demokratie, und in der Kurzfassung des Textes ist der „demokratische Sozialismus“ nicht mehr enthalten.¹¹⁰ (Bei einer früheren Modifikation des Berliner Grundsatzprogramms war der Sozialismusbegriff aber gegen Widerstände noch im Text belassen worden,¹¹¹ und auch das aktuelle Grundsatzprogramm beinhaltet ihn zumindest in der Langfassung weiterhin.¹¹²) Die semantische Neuausrichtung, die das Zurücktreten eines einstmals zentralen Erwartungsbegriffs bedeutete, hat allerdings, wie von Kritikern befürchtet, der politischen Konkurrenz das Feld weiter geöffnet. So nimmt seit 2007 innerhalb der PDS- und damit SED-Nachfolgepartei Die Linke ein forum demokratischer sozia-

¹⁰⁸ Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–92, München u. a. 1993, S. 553.

¹⁰⁹ Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993–97, München u. a. 1998, S. 652 f.

¹¹⁰ Vgl. SPD-Parteivorstand (Hg.): Hamburger Programm. Das Grundsatzprogramm der SPD. Kurzfassung, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/hamburger_programm_kurzfassung.pdf [11. 04. 2016].

¹¹¹ Vgl. [o. V.:] Auf Zack, in: Die Zeit vom 08. 04. 1998.

¹¹² Vgl. SPD-Parteivorstand (Hg.): Hamburger Programm. Das Grundsatzprogramm der SPD, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/hamburger_programm_kurzfassung.pdf [11. 04. 2016], S. 5, 14 u. 16 f.

lismus (fds) den langjährigen Leitbegriff der SPD in Anspruch. Als Begründung wird angegeben, dass die „deutsche Sozialdemokratie, die den Begriff des demokratischen Sozialismus in Auseinandersetzung mit den totalitären Zügen des entstehenden Realsozialismus und vor allem des aufkommenden Stalinismus geprägt, durchgesetzt und lange Zeit verteidigt hat, [...] ihn mittlerweile faktisch aufgegeben und durch die Idee von der sozialen Demokratie ersetzt“¹¹³ habe. Die Organisation steht damit in Konkurrenz zum gleichnamigen Forum Demokratischer Sozialismus (forum ds) innerhalb der SPD, dessen Vorsitzender seit 1994 mit Gert Weisskirchen einer der wenigen Sozialdemokraten ist, der vor 1989 offen Kontakte mit der Dissidenz im Ostblock unterhielt und propagierte, wofür er 2005 die Solidarność-Sondermedaille erhielt.¹¹⁴

Die Akzentschiebung, die die SPD hin zur Sozialen Demokratie vornahm, bedeutete damit einerseits die faktische Preisgabe des eigenen Fahnenwortes. Andererseits trug sie aber dem Tatbestand Rechnung, dass „von einer umfassenden Sozialismusdefinition, wie sie für viele ‚Alt-Linke‘ als Resultat einer allgemeinen Kapitalismuskritik selbstverständlich war, ‚nur‘ die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit übriggeblieben“¹¹⁵ war. Diese Beobachtung, die Parteienforscher schon Anfang der 1990er Jahre machten, findet sich auch in den geschilderten Diskussionen der SPD-Grundwertekommission wieder. Überdies ist die Akzentverschiebung hin zur Sozialen Demokratie in einem größeren Zusammenhang programmatischer und semantischer Neuausrichtung der Sozialdemokratie nach 1989 zu sehen. Sebastian Nawrat hat herausgearbeitet, dass die „Agenda 2010“ unter Bundeskanzler Schröder keineswegs ein „Überraschungscoup“ darstellte, wie sie vielfach aufgefasst wurde. Vielmehr habe, so Nawrat, die SPD sich bereits in den 1990er Jahren wirtschaftsliberalen, angebotsorientierten Positionen zugewandt, nachdem sie in den 1980er Jahren noch einen keynesianischen „Umbau der Industriegesellschaft“ propagiert hatte.¹¹⁶ Erscheint 1989/90 insofern als programmgeschichtliche Zäsur, ist in der Akzentuierung der Sozialen Demokratie zu Lasten des Sozialismusbegriffs die semantische Entsprechung sozialdemokratischer Neuausrichtung zu finden. Hierzu passt, dass die SPD (wie übrigens auch die Grünen und sogar die PDS) ab Ende der 1990er Jahre schließlich sogar den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft übernahmen, den sie zuvor noch „wegen seiner eindeutigen Besetzung als CDU-Konzept vermieden“¹¹⁷ hatte. In der sozialdemokra-

¹¹³ Forum Demokratischer Sozialismus [innerhalb der Linkspartei]: Gründungserklärung, http://forum-ds.de/?page_id=351 [08. 09. 2015].

¹¹⁴ [o. V.]: Prof. Gert Weisskirchen – Biografie (08. 12. 2009), http://www.gert-weisskirchen.de/Biographie_Seite.htm [08. 09. 2015].

¹¹⁵ Oskar Niedermayer/Richard Stöss: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Wiesbaden 1993, S. 185.

¹¹⁶ Sebastian Nawrat: Agenda 2010 – ein Überraschungscoup? Kontinuität und Wandel in den wirtschafts- und sozialpolitischen Programmdebatten der SPD seit 1982, Bonn 2012.

¹¹⁷ Martin Wengeler: Tiefensemantik – Argumentationsmuster – soziales Wissen. Erweiterung oder Abkehr von begriffsgeschichtlicher Forschung?, in: Ernst Müller (Hg.): Begriffsgeschichte im Umbruch? (Archiv für Begriffsgeschichte, Sonderheft 4) 2005, S. 131–146, hier S. 139.

tischen Programmdebatte der 1980er Jahre war sogar noch von „Marktwirtschaft als ideologisch geprägtem Begriff“,¹¹⁸ von dem man sich absetzen müsse, die Rede gewesen.

Insgesamt kann man zwar argumentieren, dass die Sozialdemokratie bereits seit der Nachkriegszeit die „Überwindung des Kapitalismus, das Erreichen einer anderen, sozialistischen Gesellschaftsordnung“ aufgegeben hatte. Doch war das „Fernziel“ einer gesellschaftlichen Alternative, wie die Diskussionen über den Sozialismusbegriff zeigen, bis in die 1980er Jahre hinein durchaus noch präsent. Die Suche nach einer anderen Gesellschaft blieb, wie auch Oliver Nachtwey anmerkt, zumindest in der „Rhetorik, in der volkstümlichen Rede, auf den Parteitag, Versammlungen und geselligen Aktivitäten präsent und zweifellos auch in der Identität vieler Parteifunktionäre wie auch Parteiaktivisten erhalten“.¹¹⁹ Nach 1989 plädierten führende SPD-Theoretiker wie Thomas Meyer jedoch für eine Lösung vom Sozialismusbegriff, und dieser trat tatsächlich zunehmend hinter die Begriffsalternative „Soziale Demokratie“ zurück. Dies ist nur scheinbar eine semantische Kleinigkeit. Es markiert vielmehr eine spürbare Erwartungstransformation, die auch am scharfen Widerstand Erhard Epplers, Johano Strassers und anderer früherer Solidarność-Unterstützer deutlich wird. Dass umgekehrt das Festhalten am Sozialismusbegriff mit einer Marginalisierung der eigenen Wirkungsmöglichkeiten einhergehen konnte, zeigt das Beispiel Peter von Oertzens. Es verweist damit auf die erheblichen Kosten, die aus einer Stabilisierung bisheriger Erwartungen im Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ resultieren konnten.

1.3 Kontinuität und Wandel jenseits der SPD

Sozialistisches Büro

Geradezu existenziell war die Diskussion über die politische Semantik auch für das Sozialistische Büro. Das SB, das sich als Diskussionszentrum der undogmatischen Neuen Linken verstand und eine der Säulen der westdeutschen Solidarność-Solidarität dargestellt hatte (s. Kap. II), war von der Desavouierung des Sozialismusbegriffs schon nominell betroffen. Zwar stellte dies nichts völlig Neues dar, bereits 1985 hatte Oskar Negt geklagt, dass „die prägende und einheitsstiftende Idee des Sozialismus“, die das SB zusammengehalten hatte, „fast vollständig verlorengegangen“¹²⁰ sei. Doch scheinen die Probleme nach 1989 noch einmal deutlich an Dramatik gewonnen zu haben.

¹¹⁸ AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000138, Protokoll der Sitzung der Programmkommission am 31.01.1986, dat. 06.02.1986, S. 3.

¹¹⁹ Oliver Nachtwey: Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009, S. 102.

¹²⁰ Oskar Negt: Politik als Produktionsprozeß, in: Wolf-Dieter Narr/Roland Roth/Hanne Vack (Hg.): „Tradition heisst nicht, Asche aufheben, sondern die Flamme am Brennen erhalten!“. Für und über Klaus Vack, Sensbachtal 1985, S. 51–54, hier S. 53.

In einer Sitzung des Arbeitsausschusses Tage nach der Bundestagswahl 1990 hieß es, dass ein „Umdenken“ erforderlich und zu klären sei, „warum es jetzt so zusammenkracht“. Mehrere SB-Mitglieder gaben zu bedenken, ein „[d]irekter Bezug auf die Utopie des Sozialismus [sei] sehr schwierig“ geworden. Doch sei sein „Sozialismusverständnis“ gerade die „spezifische Differenz des SB zu anderen Projekten“. Damit ging es um den Bestand der Organisation: „Auf welchen Fokus will man das SB zusammenhalten, wenn's nicht der Sozialismus ist“, lautete eine Frage. „Die linke Alternative ist gescheitert“, hieß es von einem weiteren Mitglied, und das SB müsse „den Nachweis seiner Existenzberechtigung bei neuer, veränderter Situation erbringen“. Einigkeit bestand darin, dass das SB sich vollständig neu aufstellen müsse, doch „[k]onkretere Vorschläge wurden nicht gemacht“.¹²¹

An prominente Theoretiker und Politiker wie Jürgen Habermas, Peter Glotz und Karsten D. Voigt wandte sich das SB mit der Frage, ob „Alternativen zum Kapitalismus“ überhaupt noch denkbar seien. Auch wollte es wissen, warum „die ‚Linke‘ als politische Kraft weiteren Boden verloren hat“. Zu konstatieren sei das Fehlen eines „ökonomisch-sozialen Gegenprojekts“ zum Kapitalismus, wofür auch die „Abwendung der Linksintellektuellen von Fragen der politischen Ökonomie“ verantwortlich zu machen sei, nachdem „die in sie gesetzten politischen und theoretischen Hoffnungen sich nicht erfüllten“.¹²² Karsten D. Voigt, von dem die einzige überlieferte Antwort stammt, plädierte für eine „Neubestimmung der Ziele und Methoden eines demokratischen Sozialismus“,¹²³ blieb jedoch ebenfalls konkrete Vorschläge schuldig.

Zahlreiche SB-Theoretiker plädierten auch öffentlich gegen eine Aufgabe des Sozialismusbegriffs. So wandte sich Oskar Negt bereits Anfang 1990 in einem Beitrag für die *Frankfurter Rundschau* gegen die „Verabschiedungslogik“ des damaligen „Zeitgeist[s]“. Wie Peter von Oertzen stellte er sich gegen linke Renegaten (wie von Oertzen sie bezeichnet hatte), denn „tiefer kann eine Idee wohl kaum herabsinken, als auf einen Punkt, wo selbst die, die sich fortwährend auf sie beriefen und in ihrem ganzen Leben sich auf sie verpflichtet glaubten, nunmehr noch die Erinnerungsspuren dieses Namens tilgen möchten“. Er selbst bestand demgegenüber – auch wenn er dem untergehenden Ostblock keine „Träne“ nachweine – darauf, dass „die im ursprünglichen Wahrheitsgehalt der Idee des Sozialismus enthaltenen Vorschläge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme [...] nicht ausgestanden“, sondern, „wie Bloch es ausgedrückt hätte, ‚unabgegolten‘“ seien. So sei auch im vereinigten Deutschland weiterhin „Widerstandspraxis gegen den räuberischen Kapitalismus und die krakenhafte Besetzung der Gesellschaft durch bürokratisierte Parteiapparate“ gefragt. Diese Positionierung ist, einerseits, als Versuch

¹²¹ HIS, SB 001, Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses des SB am Samstag, den 8. 12. 1990 in Offenbach (Büro), S. 2 f.

¹²² HIS, Bestand SB 001, Sozialistisches Büro an Joachim Hirsch, Micha Brumlik, Helmut Dubiel, Dietrich Wetzel, Jürgen Habermas, Peter Glotz, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Karsten D. Voigt, 07. 01. 1991.

¹²³ HIS, Bestand SB 001, Karsten D. Voigt an das Sozialistische Büro, 12. 04. 1991.

der Erwartungsstabilisierung im Angesicht öffentlicher linker Erwartungstransformationen zu interpretieren. Doch räumte Negt, andererseits, durchaus auch Revisionsbedarf ein: Die Linke stehe vor „ganz neuen geschichtlichen Herausforderungen“ und müsse sich etwa von der „Erwartung, als gebe es eine Art Metaphysik der Stufenfolge von Gesellschaftsordnungen“ lösen. „Alles muß“, so schrieb Negt, „neu durchdacht werden“, wenn „die vom fatalen Erbe des Stalinismus befreite sozialistische Utopie ihre Kraft in den Emanzipationsbewegungen der Menschen eigensinnig entfalten“ solle.¹²⁴ Auch Jahre später stellte er unverändert fest:

„Da wir, wenn wir moralisch aufrichtig sein und dem Prinzip intellektueller Redlichkeit folgen wollen, alles *neu* durchdenken müssen, nicht zuletzt auch *unseren Begriff von Sozialismus* und alternativem Handeln, ist die Überprüfung unserer eigenen Vergangenheit, was wir für wichtig und verabschiedungswürdig halten, unbedingte Voraussetzung einer Regeneration linker Politik.“¹²⁵

In Negts Äußerungen ist insofern sowohl Erwartungsstabilisierung als auch das Plädoyer für Erwartungskorrekturen zu erkennen.

Doch nicht nur von der Desavouierung des Sozialismusbegriffs war das SB existenziell betroffen. Auch den Begriff „links“, der den Titel seiner Zeitschrift lieferte, musste es verteidigen, insbesondere gegen die Konkurrenz der SED-Nachfolgepartei PDS. Dies nahm sogar juristische Qualität an. Der PDS-Vorsitzende Gregor Gysi unterzeichnete Ende Dezember 1990 eine Erklärung, die PDS werde es „unterlassen, für Publikationen der Partei den Titel ‚links‘ zu verwenden“.¹²⁶

Trotzkisten

Einige frühere Solidarność-Unterstützer hielten am Sozialismus auf eine andere Weise fest: Sie schlossen sich der SED-Nachfolgepartei PDS (Partei des demokratischen Sozialismus) an. Interessanterweise waren diese Personen zumeist ehemalige Trotzkisten, also radikale Linke, die den Regimes im sowjetischen Machtbereich äußerst kritisch gegenübergestanden hatten. Ein Beispiel ist Harald Wolf. Zunächst trotzkistisch orientiert, hatte er Anfang der 1980er Jahre dem Bundesvorstand der SPD-Linksabspaltung „Demokratische Sozialisten“ angehört. Später war er zur West-Berliner Alternativen Liste gestoßen, für die er 1989/90 den grünen Perestrojka-Kongress mitorganisiert hatte.¹²⁷ Wenig später schloss er sich

¹²⁴ Oskar Negt: Ein „einig Vaterland“ schafft neue Mauern und Teilungen, in: FR vom 17. 03. 1990, S. 12.

¹²⁵ Oskar Negt: Das anstößige Jahr '68 und das Problem einer Neubestimmung von Sozialismus, in: Karin Benz-Overhage/Wolfgang Jüttner/Horst Peter (Hg.): Zwischen Rätesozialismus und Reformprojekt Lesebuch zum 70. Geburtstag von Peter von Oertzen, Köln 1994, S. 47–57, hier S. 57 (Hervorhebung im Original).

¹²⁶ HIS, SB 001, Erklärung des PDS-Parteivorstands (Gregor Gysi), dat. 03.12. 1990: „Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) erklärt, es zu unterlassen, für Publikationen der Partei den Titel ‚links‘ zu verwenden. Für den Fall der Zuwiderhandlung gegen diese Unterlassungserklärung verpflichten wir uns, eine Vertragsstrafe zu zahlen, deren Höhe in das Ermessen des zuständigen Gerichts gestellt wird“.

¹²⁷ Siehe oben, S. 112.

der PDS an, für die er bereits 1991 sein erstes öffentliches Mandat im Berliner Abgeordnetenhaus erhielt. Zeitweise war er dort Fraktionsvorsitzender und wurde Wirtschaftsminister in der rot-roten Koalition von Klaus Wowereit.¹²⁸ Wolfs Wechsel von der Alternativen Liste zur Partei der Postkommunisten bedeute insofern Wandel und Kontinuität zugleich. Denn indem er zur PDS stieß, hielt der Ex-Trotzkist am Sozialismus schon qua Parteibuch fest.

Wolf schlug damit einen ähnlichen Weg ein wie zwei weitere trotzkistische Solidarność-Unterstützer der frühen 1980er Jahre. Jakob Moneta, der Mitinitiator der Initiative *Solidarität mit Solidarność*, war Mitte der 1980er Jahre zur Vereinigten Sozialistischen Partei gestoßen, die Trotzkisten und Maoisten zusammenführte. Nach 1989 trat er ebenfalls der SED-Nachfolgepartei PDS bei. Dem Schritt lag Sebastian Voigt zufolge das Anliegen zugrunde, die Einheit der Arbeiterklasse zu fördern, statt in Kleinst- und Splittergruppen zu arbeiten.¹²⁹ (Doch nicht nur Trotzkisten wechselten zu den Postkommunisten. Mit Stefan Heym zog auch ein Ostdeutscher auf den Listen der PDS ins Parlament ein, der sich Anfang der 1980er Jahre an der westdeutschen Solidarność-Hilfe beteiligt hatte.¹³⁰ Und mit Oskar Lafontaine wurde Anfang der 2000er Jahre ein früherer Sozialdemokrat Vorsitzender der PDS-Nachfolgerin Die Linke, der sich ebenfalls für Solidarność eingesetzt hatte.¹³¹)

Ebenfalls auf den offenen Listen der PDS zog der Trotzkist und frühere Solidarność-Unterstützer Winfried Wolf Anfang der 1990er Jahre in den Bundestag ein.¹³² Wie schon bei seinem Namensvetter Harald Wolf, zeigt sich auch bei Winfried Wolf eine Mischung aus Erwartungswandel und -kontinuität. Der „Sieg des Westens über die Sowjetunion“ erschien ihm als eine „Niederlage der Linken insgesamt“, die einer „großen Verschiebung des [...] Kräfteverhältnisses zugunsten von Bürgertum und Imperialismus“ gleichkomme. In einem *konkret*-Artikel schrieb er, dass „[n]ur auf Grundlage einer solchen Analyse [...] der notwendige Neuanfang im Engagement für gesellschaftliche Emanzipation und Internationalismus stattfinden und die gebührende Antwort auf die [...] Frage ‚What is red?‘ gegeben werden“¹³³ könne. Der Ex-Trotzkist sah also nach dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ die Linke in einer veränderten Situation. Gleichzeitig hielt er jedoch am Sozialismus schon mit der Wahl der PDS als seiner neuen Heimat fest.

¹²⁸ Vgl. Harald Wolf: Rot-Rot in Berlin 2002 bis 2011. Eine (selbst-)kritische Bilanz, Hamburg 2016.

¹²⁹ Zur Biografie Monetas Sebastian Voigt: Das bewegte Leben eines jüdischen Gewerkschafters. Eine biografische Skizze zu Jakob Moneta, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau (2015), Nr. 70, S. 84–100.

¹³⁰ Heym findet sich als Mitwirkender der Zentralen Friedensveranstaltung der DGB-Jugend am Karfreitag 1982, die ein „Benefiz-Konzert [Biermanns] für Solidarność“ umfasste und deren Erlös an *Solidarität mit Solidarność* ging, vermerkt (FSO, HA-PL: dok, Solidarität mit Solidarność, Plakat „Ostern ’82: Für Frieden durch Abrüstung, Solidarität mit allen unterdrückten Völkern, und deshalb auch: Solidarität mit Polen“).

¹³¹ Siehe oben, Kap. II.

¹³² Siehe ebd.

¹³³ Winfried Wolf, *Tertium datur*, in: konkret 10/1991, S. 16 f., hier S. 17.

Der Titel seines Artikels macht zudem deutlich, dass er die Suche nach Alternativen zum westlichen Kapitalismus und zum untergegangenen Sowjetkommunismus nicht aufgab: „Tertium datur“, lautete die Überschrift.

Grüne

Die Position Winfried Wolfs erinnert nicht zufällig an den Aufruf des Grünen Ralf Fücks während der Vorbereitungen für den Perestrojka-Kongress 1989/90, sich dem „tertium non datur“ der dualen Logik¹³⁴ des Kalten Krieges entgegenzustellen. Schließlich hatte die *Solidarität mit Solidarność*, für die sich Wolf und Fücks Anfang der 1980er Jahre engagiert hatten, eben der Suche nach Alternativen zu den Verhältnissen in Ost und West gegolten. Anfang der 1990er Jahre jedoch hatte Fücks sein Plädoyer für einen „dritten Weg“ allerdings, anders als Wolf, bereits widerrufen. Hieran lässt sich eine Erwartungstransformation ablesen, die bei zahlreichen Grünen aus der früheren *Solidarność*-Hilfe zu beobachten ist.

Die Partei befand sich Anfang der 1990er Jahre in einer Umbruchphase. Wie die genannten Trotzlisten wechselten auch zahlreiche Grüne zur PDS.¹³⁵ Es handelte sich primär um Vertreter des fundamentalistischen und ökosozialistischen Flügels; frühere *Solidarność*-Unterstützer waren kaum darunter. (Der oben erwähnte Ex-Trotzkist Harald Wolf ist insofern eine Ausnahme.) Die meisten Grünen unter den früheren *Solidarność*-Unterstützern blieben Mitglieder der Partei. Dies gilt etwa für Ralf Fücks, Antje Vollmer und Joschka Fischer, aber auch für Ludger Volmer und Renate Damus. Doch nicht nur personell wandelte sich die Partei. Das Verschwinden des Ostblocks veränderte die Grünen auch inhaltlich. Hatte in den 1970er Jahren der „Rechts/Links-Code“¹³⁶ die westdeutsche Politik bestimmt, war die Partei Anfang der 1980er Jahre unter dem Motto „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“ auf die politische Bühne getreten. Im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz hatte sie sich zu einer eher linken Reformpartei gewandelt.¹³⁷ Mit dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ geriet dies jedoch wiederum in die Kritik. Zahlreiche Grünen-Politiker gemahnten nun wieder an das Gründungsmotto ihrer Partei: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Dies gilt gerade für einstige Unterstützer von *Solidarität mit Solidarność*.

Joschka Fischer hatte bereits Anfang 1989 ein Buch vorgelegt, in dem er erklärte: „Der Kapitalismus hat gewonnen, der Sozialismus hat verloren.“¹³⁸ Anfang der

¹³⁴ AGG, B.II.3, 1035, Rundschreiben von Ralf Fücks, 12. 12. 1989.

¹³⁵ AGG, B.I.9, 1, Dokumentation und Diskussionspapiere zu den Austritten und Übertritten GRÜNER PolitikerInnen. Vgl. auch Regina Wick: Die Mauer muss weg – die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012, S. 282–286.

¹³⁶ Mergel, Zeit des Streits, S. 225.

¹³⁷ Vgl. Silke Mende: Von der „Anti-Parteien-Partei“ zur „ökologischen Reformpartei“. Die Grünen und der Wandel des Politischen, in: Maik Woyke (Hg.): Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre, Bonn 2013, S. 277–319.

¹³⁸ Joschka Fischer: Der Umbau der Industriegesellschaft. Plädoyer wider die herrschende Umweltlüge, Frankfurt am Main 1989, S. 58.

1990er Jahre veröffentlichte er dann ein weiteres Buch mit dem Titel *Die Linke nach dem Sozialismus*, das als „Antibiotikum gegen die Immunschwäche der Träumeri“¹³⁹ aufgefasst wurde. Darin wiederholte er seine Feststellung und plädierte für eine ökologische Reformpolitik innerhalb des gegebenen Kapitalismus. Zahlreiche Beobachter monierten sogar, der „Linksbegriff“ auf dem Titel passe wenig zum Inhalt des Buches, weshalb Fischer erwog, bei einer möglichen Neuauflage die Frage: „Was heißt in diesem Buch eigentlich links“, noch genauer zu klären.¹⁴⁰

Auch Ralf Fücks proklamierte Anfang der 1990er Jahre die „europaweite Götterdämmerung des Sozialismus als *Gesellschaftsalternative*“ und konstatierte: „Die linke Transzendenz ist futsch.“ Anders als für die SPD-Grundwertekommission war für ihn mit dem Ostblock „nicht nur die Fehlentwicklung einer ‚eigentlich‘ schönen, guten und allzeit gültigen Idee“¹⁴¹ untergegangen. Schon kurz nach dem Vollzug der deutschen Einheit hatte Fücks in Auseinandersetzung mit den Übertritten prominenter Grüner zur PDS erklärt, dass „[m]it der DDR und dem ganzen Verlauf der ‚Perestroika‘ in Mitteleuropa) [...] zugleich die Illusion einer ökologisch-demokratischen Erneuerung des Sozialismus baden gegangen“¹⁴² sei. Doch nicht nur dem Sozialismus, dem er Anfang der 1980er Jahre in der Solidarność-Solidarität noch das Wort geredet hatte, erteilte er nun eine Absage. Auch die „Kopfgeburt des ‚Dritten Weges‘“ verwarf er jetzt, die er im Vorjahr noch bei den Vorbereitungen zum grünen Perestrojka-Kongress ins Zentrum gestellt hatte. Seiner Partei empfahl er eine Rückbesinnung auf ihr Gründungsmotto „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“ und eine Neupositionierung als ökologische Bürgerrechtspartei. Dabei verwendete er den Begriff „zivile Gesellschaft“, der als Surrogat geschwundener Utopien in Kapitel V.2 behandelt wird.¹⁴³

Nicht alle früheren Solidarność-Unterstützer wollten bei den Grünen wollten solche Erwartungstransformationen vollziehen. Renate Damus erklärte nach dem Ausscheiden ihrer Partei aus dem Bundestag ebenfalls, die „Links-Rechts-Brille“ aus der Zeit des „ideologischen Ost-West-Gegensatzes“ taue nicht mehr. Sie erklärte sich selbst allerdings für unfähig, diese Brille komplett abzulegen: „Ganz persönlich gesprochen, ich möchte meine politische Sozialisation nicht missen, aber ich befürchte, daß ihre emotionellen Altlasten mir noch anhängen.“ Sie forderte deshalb einen „Generationenwechsel“ in ihrer Partei.¹⁴⁴

¹³⁹ Peter Glotz: Zum Jenseits geht's nach links, in: Die Welt vom 29. 09. 1992, S. XIII.

¹⁴⁰ So ein Mitarbeiter seines Verlages, der ihn daran erinnerte (AGG, A Joschka Fischer, 233, Hubertus Rabe an Fischer, 09. 12. 1992).

¹⁴¹ Ralf Fücks: Ökologie und Bürgerrechte. Plädoyer für eine neue Allianz, in: Ralf Fücks (Hg.): Sind die Grünen noch zu retten? Anstöße von Ulrich Beck, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 33–43, hier S. 34 (Hervorhebung im Original).

¹⁴² AGG, B.I.9, 1, Dokumentation und Diskussionspapiere zu den Austritten und Übertritten GRÜNER PolitikerInnen, hier Ralf Fücks, Die Linke zwischen Grünen und PDS, S. 3.

¹⁴³ Fücks, Ökologie und Bürgerrechte, S. 33, 41 u. 43.

¹⁴⁴ Renate Damus: Wir kommen nicht wieder, wir bleiben da. Zur Zukunft des grünen Projekts, in: Ralf Fücks (Hg.): Sind die Grünen noch zu retten? Anstöße von Ulrich Beck, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 44–57, hier S. 46 f.

2. „Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft“¹⁴⁵ – das *Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder*

Differierten die Positionen früherer Solidarność-Unterstützer in der Sozialismusdebatte erheblich, fanden doch viele von ihnen in einer gemeinsamen Initiative zusammen, die dem DDR-Umbruch und der deutschen Einheit trotz aller Kritik etwas Positives abzugewinnen suchte. Im *Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder* engagierten sie sich für eine neue Verfassung des vereinten Deutschland, die zentrale Erfahrungen des ostdeutschen Umbruchs aufnehmen sollte. Damit knüpften sie einerseits an Initiativen an, die bereits während des deutsch-deutschen Umbruchs auf den Impuls der DDR-„Revolution“ aufzunehmen und für Veränderungen in der Bundesrepublik zu nutzen (s. Kap. IV). Andererseits lässt ihr Einsatz für eine neue Verfassung auch bedeutende Erwartungstransformationen und -verlagerungen erkennen, die im Folgenden genauer analysiert werden sollen. Dies geschieht zum einen anhand der Aktivitäten des Kuratoriums selbst, zum anderen – ausführlicher – im Blick auf die historische Semantik des Zivilgesellschaftsbegriffs, der in der Arbeit des Kuratoriums eine wichtige Rolle spielte. Die Verfassungsdebatte, die sich im Kontext der deutschen Einheit Anfang der 1990er Jahre entspann und deren Teil das Kuratorium war, ist bereits recht gut dokumentiert¹⁴⁶ und untersucht.¹⁴⁷ Es soll deshalb im Weiteren nicht darum gehen, andernorts bereits Dargelegtes zu wiederholen. Vielmehr kommt es darauf an, die Beteiligung und die handlungsleitenden Erwartungen ehemaliger Solidarność-Unterstützer in der Verfassungsdiskussion auszuleuchten.

2.1 Personelle Verbindungslinien und Erwartungsverlagerungen

In netzwerkanalytischer Perspektive fällt zunächst auf, dass fünf Erstunterzeichner des ostdeutschen Aufrufs *Für unser Land*, der Ende 1989 für eine eigenständige DDR als „sozialistische Alternative zur Bundesrepublik“ eingetreten war, das Ku-

¹⁴⁵ Ulrich K. Preuß: Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft, in: *Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder* (Hg.): In freier Selbstbestimmung. Für eine gesamtdeutsche Verfassung mit Volksentscheid, Berlin/Köln/Leipzig 1990, S. 46–52.

¹⁴⁶ Bernd Guggenberger/Ulrich K. Preuß/Wolfgang Ullmann (Hg.): Eine Verfassung für Deutschland. Manifest, Text, Plädoyers, München 1991.

¹⁴⁷ Vgl. zuletzt Christopher Banditt: Das „Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder“ in der Verfassungsdiskussion der Wiedervereinigung (2014), <http://www.bpb.de/193078> [19.01.2016]. Vgl. ausführlicher (allerdings aus politikwissenschaftlicher Sicht) Peter Fischer: Reform statt Revolution. Die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat, München 1995. Für die Bilanz einer zentralen Beteiligten vgl. Tine Stein: „Verfassung mit Volksentscheid“. Die Verfassungsdiskussion im Jahr der deutschen Einheit zwischen „Neuanfang“ und „Weiter so“, in: Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten (Hg.): Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, Köln 2009, S. 182–202.

ratorium unterstützten. Darunter befand sich auch Ulrike Poppe, die gemeinsam mit früheren Solidarność-Unterstützern aus der Bundesrepublik Mitte der 1980er Jahre die blockübergreifende *Erklärung für den Frieden* unterschrieben hatte. Ferner fallen enge personelle Verflechtungen zwischen dem Kuratorium und den westdeutschen Aufrufen *Für euer Land* (Kap. IV) und *Wo bleibt das Volk?* aus dem deutsch-deutschen Umbruch auf (s. Anhang Abb. 11): Neun spätere Kuratoriumsunterstützer hatten den Aufruf *Für euer Land* unterzeichnet, der für die DDR einen eigenständigen „Weg sozialistischer Demokratie“ gefordert hatte. Dazu zählten Andreas Buro und Wolf-Dieter Narr vom Sozialistischen Büro sowie Heinrich Albertz vom linken Flügel der SPD und Ossip K. Flechtheim von den Grünen. Weitere sieben Kuratoriumsmitglieder hatten im Frühjahr 1990 den Aufruf *Wo bleibt das Volk?* unterschrieben, der für eine Vereinigung nach Art. 146 GG unter Ausarbeitung einer neuen Verfassung plädiert hatte.¹⁴⁸ Unter ihnen befanden sich Jürgen Seifert, Jürgen Habermas, Claus Offe und Ulrich K. Preuß. Gleich beide Aufrufe waren vom Kuratoriumsmitglied Joachim Perels unterstützt worden. Damit lassen sich im Schnittfeld der drei genannten Initiativen insgesamt 17 Personen identifizieren.

Allen drei Initiativen lassen sich zudem zahlreiche frühere Solidarność-Unterstützer zuordnen. Allein 13 Kuratoriumsmitglieder hatten sich Anfang der 1980er Jahre für *Solidarität mit Solidarność* engagiert, so Petra Kelly, Ralf Fücks, Ossip K. Flechtheim und Rudolf Bahro (alle damals, zeitweilig oder inzwischen bei den Grünen), Gert Weisskirchen und Peter Brandt (inzwischen beide bei der SPD), aber auch Ulrich K. Preuß, Antje Vollmer und Wolf Biermann. Neun weitere Kuratoriumsmitglieder hatten sich im *Friedensmanifest* '82 hinter die unabhängige Gewerkschaft gestellt, darunter Heinrich Albertz, Gert Bastian, Klaus Vack und vom Arbeitsausschuss Wolf-Dieter Narr. Die Kuratoriumsmitglieder Dorothee Sölle, Petra Kelly und Andreas Buro waren sogar am Friedensmanifest und bei *Solidarität mit Solidarność* beteiligt gewesen; Letzterer zudem an den 2 *Erklärungen zu Polen*. Flechtheim markiert die Verbindung zum Appell *Wiederherstellung der errungenen Freiheiten* aus den Reihen der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus. Ferner hatte Günter Grass als wohl prominentes Kuratoriumsmitglied mit seinen Kollegen von der Zeitschrift *L'80* in einem offenen Brief an General Jaruzelski auf die Wiedenzulassung der unabhängigen Gewerkschaft gedrängt. Insgesamt lassen sich damit 23 Mitglieder des Kuratoriums ausmachen, die an unterschiedlichen Initiativen der Solidarność-Solidarität mitgewirkt hatten. Davon hatten neun zudem den Aufruf *Für euer Land* und oder den Aufruf *Wo bleibt das Volk?* unterschrieben. Unter den Unterzeichnern der beiden Aufrufe finden sich zudem 12 weitere Personen, die Solidarność unterstützt hatten (s. Kap. IV). Alles in allem ergibt sich (s. Anhang Abb. 12) eine Zahl von 35 Personen (grau) im Schnittfeld der drei eng verschränkten Initiativen (blau) einerseits und der Solidarność-Solidarität (rot) andererseits.

¹⁴⁸ [o. V.:] „Wo bleibt das Volk?“ Plädoyer für eine verfassungsgebende Versammlung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/1990, S. 633 f.

Innerhalb des Kuratoriums arbeiteten damit zahlreiche frühere Solidarność-Unterstützer mit einer Reihe ehemaliger DDR-Dissidenten zusammen. Wie prominente Mitglieder betonten, ging es in der Tat auch darum, den Impuls der ostdeutschen „Revolution“ aufzunehmen und im vereinten Deutschland zur Geltung zu bringen. Hierbei spielte insbesondere das Vorbild des Runden Tisches der DDR und seines Verfassungsentwurfs eine Rolle. Dies markiert eine inhaltliche Verbindung zu den Unterstützungsbemühungen für eine eigenständige DDR, hatte doch mit Christa Wolf eine Unterzeichnerin des Aufrufs *Für unser Land* die Präambel des Verfassungsentwurfs verfasst.¹⁴⁹ Auf der westdeutschen Seite kannten sich zahlreiche Kuratoriumsunterstützer aus dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, so Wolf-Dieter Narr, Klaus Vack, Andreas Buro, Ute Gerhard und Michael Th. Greven.¹⁵⁰

An den Netzwerkbeziehungen, die sich zwischen dem Verfassungskuratorium und früheren Initiativen wie *Solidarität mit Solidarność* oder dem Aufruf *Für euer Land* zeigen, lässt sich ablesen, wie Erwartungen verlagert werden konnten. Die „Linke, sollte nicht die verlorenen Schlachten der Vergangenheit schlagen“,¹⁵¹ beschrieb Arbeitsausschussmitglied Ulrich K. Preuß aus der früheren Solidarność-Solidarität den Grundgedanken der Initiative. Doch war die unmittelbare Vergangenheit der ostdeutschen „Revolution“ und der Niederlage der Bürgerbewegung bei den Volkskammerwahlen durchaus präsent und prägte den Blick auf die Zukunft. Klaus Hartung, selbst Kuratoriumsunterstützer, berichtete über „Wehmut und viele Erwartungen“,¹⁵² als er die Gründungsveranstaltung in der *taz* beschrieb. Und auch wenn Preuß „den polemisch gemeinten Vorwurf einer ‚Linksverschiebung‘ auf dem Wege der Verfassungsreform nicht gelten“ lassen wolle, sei doch „eine gravierende Veränderung der politischen Kultur im neuen Deutschland [...] intendiert“. ¹⁵³ Angestrebt sei „keine andere Demokratie, sondern mehr Demokratie und weniger Obrigkeit“¹⁵⁴ stellte Jürgen Seifert klar, einer der wenigen positiven Rückmelder auf Peter von Oertzens *Plädoyer für einen dritten Weg* im November 1989. Doch blieben diese Erwartungen weitgehend uneingelöst: eine breite gesellschaftliche Debatte, wie es sie wünschte, konnte das Kuratorium nicht entfachen, und in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bund und Ländern, die der Bundestag einsetzte, konnten sich die Vorstellungen des Kuratoriums kaum durchsetzen. Anfang 1993 stellte das Kuratorium seine Arbeit schließlich ein. Tilman Evers, einer der prominenteren Unterstützer, schrieb an seine Mitstreiter, „den Auflösungs-Beschluß nicht ruhen [zu] lassen“, und das Ende der Arbeit mache ihn „traurig, auch zornig“. ¹⁵⁵

¹⁴⁹ Vgl. Stein, „Verfassung mit Volksentscheid“, S. 189.

¹⁵⁰ Klaus Vack: Komitee-Tätigkeitsbericht 1985/1986, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Informationen, Nr. 2/1987, o. P. (überliefert in IfZ, Sign. Dn 378).

¹⁵¹ Zit. nach Klaus Hartung: Verfassungsinitiative institutionalisiert, in: *taz* vom 18. 06. 1990, S. 7.

¹⁵² Ebd.

¹⁵³ Matthias Geis: Ein Entwurf wird perfektioniert, in: *taz* vom 17. 06. 1991, S. 3.

¹⁵⁴ Zit. nach ebd.

¹⁵⁵ AGG, E.02 Kuratorium 3, Tilman Evers an Angela von Bandemer, 28. 02. 1993.

2.2 Die Konjunktur des Zivilgesellschaftsbegriffs als Ausdruck von Erwartungstransformationen

Dem Anspruch, den Impuls der DDR-„Revolution“ und des Runden Tisches aufzunehmen, entsprach auch ein Begriff, den einige – wenn auch nicht alle (s. u.) – Kuratoriumsunterstützer verwendeten, und der „den Wegweiser für die verpaßten Chancen in diesem Einigungsprozeß“¹⁵⁶ markieren sollte: „Zivilgesellschaft“.¹⁵⁷ Dieser Terminus soll im Folgenden im Blick auf seine historische Semantik untersucht werden. Er interessiert hier also nicht als aktuelles Forschungskonzept.¹⁵⁸ In begriffsgeschichtlicher Sicht lassen sich das lateinische *societas civilis* und sein deutsches Äquivalent *bürgerliche Gesellschaft* über die Aufklärung bis in die Antike zurückverfolgen. Doch wird die rezente Konjunktur, die die „civil society“ bzw. „Zivilgesellschaft“ seit den 1990er Jahren – auch als wissenschaftliche Kategorie – erlebt(e), primär auf die Umbrüche im zerfallenden Ostblock zurückgeführt.¹⁵⁹ Dies ist keine neue Entwicklung. Schon Jürgen Habermas bezog sich, als er den Begriff 1990 in die Neuauflage seiner Habilitationsschrift aufnahm, auf jene „Kritik, die vor allem Dissidenten aus staatssozialistischen Gesellschaften an der totalitären Vernichtung der politischen Öffentlichkeit geübt haben“.¹⁶⁰ Zudem bemerk-

¹⁵⁶ Max Thomas Mehr: Gibt es eine postsozialistische Linke?, in: taz vom 26. 10. 1990, S. 13.

¹⁵⁷ Vgl. etwa Preuß, Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft; Tilman Evers: Volkssouveränität im Verfahren. Zur Verfassungsdiskussion über direkte Demokratie, in: APuZ 23/1991, S. 3–15, hier S. 3. Evers bezieht sich beim Gebrauch des Zivilgesellschaftsbegriffs auf Habermas, einen weiteren Unterzeichner des Gründungsaufrufs des Kuratoriums. Zu Habermas' Verständnis von Zivilgesellschaft s. u.

¹⁵⁸ Beides ist jedoch nicht ganz voneinander zu trennen, wie auch Jürgen Kocka (Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, in: Ralph Jessen/Sven Reichardt/Ansgar Klein [Hg.]: Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2004, S. 29–42, hier S. 31 f.) anmerkt.

¹⁵⁹ Vgl. Christopher Treiblmayr: Zivilgesellschaft, in: Friedrich Jaeger (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 15, Stuttgart 2012, Sp. 505–511, hier Sp. 505; Kocka, Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, S. 30 f. Lisa Bonn vertritt dagegen die Auffassung, der Verweis auf 1989 als Grund für die rezente Konjunktur des Begriffs sei ungenügend (Lisa Bonn: Begriffskonjunktur Zivilgesellschaft. Zur missverständlichen Interpretation dissidentischer Bewegungen in Osteuropa, in: Lino Klevesath/Holger Zapf [Hg.]: Demokratie – Kultur – Moderne. Perspektiven der politischen Theorie, S. 121–131, hier S. 129).

¹⁶⁰ Habermas, Jürgen: Vorwort, in: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main 1990, S. 11–50, hier S. 47. Außer in diesem neuen Vorwort kommt der Zivilgesellschaftsbegriff in der (zuerst 1962 veröffentlichten) Habilitationsschrift nicht vor. Habermas vertrat jedoch die Ansicht, dass unter diesem Begriff die „zentrale Fragestellung des Buches“ nun neuerlich aufgenommen werde (S. 45). Dabei verwies er gerade auf Cohen und Arato, die sich bei ihrer Adaption des Zivilgesellschaftsbegriffs seiner Theorie kommunikativen Handels bedient hatten (vgl. S. 48). Ausführlicher stellte Habermas einen Zusammenhang zwischen seiner Philosophie und dem Zivilgesellschaftsbegriff wenig später her (Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main 1992, S. 399–467). Dieter Rucht kritisiert allerdings, Habermas kläre das Verhältnis zwischen beiden hier nicht hinreichend (Dieter Rucht: Civil Society and Civility in Twentieth-Century Theorising, in: European Review of History. Revue européenne d'histoire 18 [2011], Nr. 3, S. 387–407, hier S. 401, Anm. 28). Zur Stellung des Buches im Gesamtwerk vgl. Walter Reese-Schäfer: Jürgen Habermas, 3., vollständig überarb. Aufl., Frankfurt [am Main] 2001, S. 100 f.

ten bereits die Zeitgenossen nach 1989 eine regelrechte „Beschwörung der *civil society*“¹⁶¹ (gerade) auch im Westen. Dieser Eindruck lässt sich, was die Bundesrepublik angeht, stichprobenartig an den *Blättern für deutsche und internationale Politik* erhärten. Im Jahresregister findet sich der Begriff für 1989 noch nicht, für 1990 und 1991 aber verweist er dann gleich auf mehrere Beiträge. Fast alle der Beiträge stammten von Autoren mit Verbindungen zum *Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder*.¹⁶²

Der Ursprung dieser rezenten Konjunktur des Zivilgesellschaftsbegriffs wird jedoch etwa ein Jahrzehnt früher verortet. Am Beginn stand, so Jörg Hackmann, ein „Zusammenspiel zwischen osteuropäischen Dissidenten und Intellektuellen im westlichen Europa“¹⁶³ an der Wende zu den 1980er Jahren. Insofern passt es, dass das Verfassungskuratorium den Begriff aufgriff. Schließlich war das Kuratorium selbst stark von ehemaligen DDR-Bürgerrechtlern auf der einen und westdeutschen Intellektuellen auf der anderen Seite geprägt. Zudem werden als mittelosteuropäische Vertreter der Zivilgesellschaftsdebatte gerade solche Dissidenten genannt, die mit zahlreichen späteren Kuratoriumsmitgliedern in Kontakt standen. Zu nennen sind vor allem Adam Michnik und György Konrád. Durch die Charta 77-Solidarität bzw. die *Erklärung für den Frieden* waren sie mit Wolf Biermann, Ulrike Poppe und weiteren Erstunterzeichnern des Kuratoriumsaufrufs verbunden (s. Anhang Abb. 1 und 4).

Im Blick auf die historische Semantik ist jedoch anzumerken, dass die Rede von Zivilgesellschaft bei mittelosteuropäischen Dissidenten neueren Forschungen zufolge die „Aneignung einer Fremdzuschreibung“¹⁶⁴ darstellte. Sie ist zudem allenfalls als blockübergreifende „Schlagwort-Kommunikation“¹⁶⁵ zu sehen, der kein gemeinsames Begriffsverständnis zugrunde lag. Als Schöpfer dieser Fremdzuschreibung werden einige westliche Beobachter genannt, die um 1979 die Begriffe *société civile*, *civil society* und *Zivilgesellschaft* erstmals auf die ostmitteleuropäische Dissidenz bezogen.¹⁶⁶ Demgegenüber spielte der Zivilgesellschaftsbegriff in den polnischen Oppositionsdiskursen, in denen häufig sein Ursprung erblickt

¹⁶¹ Charles Taylor: Die Beschwörung der Civil Society, in: Krzysztof Michalski (Hg.): Europa und die Civil Society. Castelgandolfo-Gespräche 1989, Stuttgart 1991, S. 52–81, hier S. 52 (Hervorhebung im Original).

¹⁶² Dies ist insofern verständlich, als die Zeitschrift mit dem Verfassungskuratorium personell verflochten war. Ende 1990 gehörten ihrem Herausgeberkreis fünf Unterzeichner von dessen Gründungsauftrag an (vgl. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/1990, S. 1).

¹⁶³ Jörg Hackmann: Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart – einführende Bemerkungen zur Forschungsdiskussion, in: Jörg Hackmann (Hg.): Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart, München 2011, S. 9–27, hier S. 11.

¹⁶⁴ Gregor Feindt: Auf der Suche nach politischer Gemeinschaft. Oppositionelles Denken zur Nation im ostmitteleuropäischen Samizdat 1976–1992, Berlin/Boston 2015, S. 303.

¹⁶⁵ Bonn, Begriffskonjunktur Zivilgesellschaft, S. 121.

¹⁶⁶ Paweł Stefan Załęski: *Self-governing Republic* in the Thought of the Solidarity Movement in Poland. Why Solidarity was not a Civil Society, Working Papers on the Solidarity Movement 07/2013, <http://solidarnosc.collegium.edu.pl/wp-content/uploads/2013/12/WPSM-7.pdf> [31.01.2016], S. 3 f.

wird, lange kaum eine Rolle. Dass ostmitteleuropäische und speziell polnische Dissidenten ab 1968 primär für eine „Zivilgesellschaft“ gekämpft hätten, muss demnach als „Mythos“¹⁶⁷ gelten. Agnes Arndt zufolge haben erst im Kontakt mit westlichen Intellektuellen auf gemeinsamen Konferenzen um 1989 polnische Oppositionelle verstärkt von *civil society* gesprochen. In früheren Texten sei der Begriff, so Arndt, dagegen kaum zu finden.¹⁶⁸ Tatsächlich hatte Adam Michnik zuvor von *społeczeństwo obywatelskie* allenfalls in Anführungsstrichen gesprochen. Dies wurde von Helga Hirsch aus der Solidarność-Solidarität in der deutschen Übertragung noch mit „société civile“ (ebenfalls in Anführungsstrichen) übersetzt, nicht mit dem deutschen Neologismus „Zivilgesellschaft“, der offenbar noch nicht sehr verbreitet war.¹⁶⁹ Wenn mittelosteuropäischen Autoren von Parallelgesellschaft (Václav Benda), Antipolitik (Görgy Konrád) und Selbstorganisation (Jacek Kuroń) geschrieben hätten, bedeute dies nicht schon, dass die Betroffenen damit auf das Konzept der Zivilgesellschaft rekurriert hätten, so auch Lisa Bonn.¹⁷⁰

Entsprechend ist davon auszugehen, dass der Ursprung der rezenten Begriffskonjunktur eher auf der westlichen Seite der genannten blockübergreifenden Schlagwort-Kommunikation zu suchen sein dürfte. So memoriert der polnische Emigrant Aleksander Smolar, erst durch den Kontakt mit westlichen Intellektuellen sei der Begriff in die mittelosteuropäische Diskussion eingegangen. Dieses Zeugnis ist von besonderer Bedeutung. Denn Smolar war es gewesen, der Ende der 1970er Jahre im Pariser Exil einen Sammelband übersetzter Dissidententexte aus Ostmitteleuropa vorgelegt und in der Einleitung von *société civile* geschrieben hatte.¹⁷¹ Dies dürfte das erste Mal gewesen sein, dass der Begriff auf die osteuropäische Opposition bezogen wurde. Als der (Mit-)Verfasser der ersten großen Monografie zur Zivilgesellschaft, Andrew Arato, den englischen Begriff „civil society“ erstmals Anfang der 1980er Jahre – im Blick auf Solidarność – auf Mitteleuropa anwendete, führte er diesen jedenfalls auf Smolars französisches Buch zurück.¹⁷²

¹⁶⁷ So Rainer Eckert über die Ergebnisse Arndts (Andreas Eckert: Rezension zu Agnes Arndt: Intellektuelle in der Opposition. Diskurse zur Zivilgesellschaft in der Volksrepublik Polen, Frankfurt am Main 2007, in: H-Soz-Kult, 15. 10. 2007, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2007-4-042.pdf> [31. 01. 2016]).

¹⁶⁸ Vgl. Agnes Arndt: Semantisches Missverständnis. Der Begriff „Zivilgesellschaft“ spielte in Polen keine zentrale Rolle, in: WZB-Mitteilungen (2007), Nr. 118, S. 11–13; ausführlich dies.: Intellektuelle in der Opposition. Diskurse zur Zivilgesellschaft in der Volksrepublik Polen, Frankfurt am Main/New York 2007, besonders S. 71.

¹⁶⁹ Adam Michnik: Ein Jahr Solidarność [19.08.1981], in: Polnischer Frieden. Aufsätze zur Konzeption des Widerstands, hg. v. Helga Hirsch, Berlin 1985, S. 55–62, hier S. 55. Vgl. dazu Bonn, Begriffskonjunktur Zivilgesellschaft, S. 122.

¹⁷⁰ Vgl. Bonn, Begriffskonjunktur Zivilgesellschaft, S. 122. Für die DDR-Opposition merkt Konrad Jarausch an, dass der Zivilgesellschaftsbegriff sich dort „erst relativ spät“ finde (Konrad Hugo Jarausch: Kollaps des Kommunismus oder Aufbruch der Zivilgesellschaft? Zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989, in: Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten [Hg.]: Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, Köln 2009, S. 25–45, hier S. 27).

¹⁷¹ Vgl. Bonn, Begriffskonjunktur Zivilgesellschaft, S. 122.

¹⁷² Vgl. Andrew Arato: „Civil Society“ gegen den Staat. Der Fall Polen 1980/81, in: Reinhard Fenchel/Anna Jutta Pietsch (Hg.): Polen 1980–82. Gesellschaft gegen den Staat, Hannover 1982, S. 46–87, hier S. 46.

Bei dessen Abfassung hatte Smolar bereits gut ein Jahrzehnt im westlichen Ausland gelebt.¹⁷³ Er ist mit seiner Einordnung folglich weniger als Stimme der polnischen Opposition, denn als Mittler zwischen osteuropäischen Dissidenten und westlichen Intellektuellen zu verstehen, der sich mit seine Rede von *société civile* an ein französisches Publikum richtete. Gleichzeitig sprachen die übrigen Quellenstellen, die Andrew Arato ins Feld führte, zwar von gesellschaftlicher Autonomie in Abgrenzung von einem totalitären Staat, nicht jedoch von *civil society*.¹⁷⁴ Lediglich ein Zitat der westdeutschen Autoren Reinhard Fenchel und Hans-Willi Weis aus der Zeitung des Sozialistischen Büros, *links*, enthielt den Begriff *Zivilgesellschaft*.¹⁷⁵ Arato vermerkte dies ausdrücklich als begriffliche Neuschöpfung.¹⁷⁶

Dieser Entstehungskontext ist in zweifacher Hinsicht bemerkenswert. Erstens ist festzustellen, dass sich die Schöpfer jener Fremdzuschreibung, der sich die rezente Konjunktur des Zivilgesellschaftsbegriffs verdankt, in dem oder um das in dieser Arbeit untersuchte Akteursnetzwerk bewegten: Smolar gehörte zum Team von Młynář, Arato stand mit Mitarbeitern Młynářs in Kontakt, und Fenchel gehörte zu *Solidarität mit Solidarność*. Von dort aus ging der Begriff später in Werke linker Theoretiker wie Jürgen Habermas und Helmut Dubiel über¹⁷⁷ und wurde

¹⁷³ Vgl. Bonn, Begriffskonjunktur Zivilgesellschaft, S. 122.

¹⁷⁴ Für die englische Form verwies Arato lediglich auf Literatur, in der sich *civil society* ebenfalls nicht als Quellenbegriff findet. Es handelt sich um Jacques Rupnik: Dissent in Poland, 1968–78. The End of Revisionism and the Rebirth of the Civil Society, in: Rudolf L. Tökés (Hg.): Opposition in Eastern Europe, London 1979, S. 60–112, und ein älteres Buch des amerikanischen Politologen Moshe Lewin, der sowjetische Diskurse über Wirtschaftsreformen unter dem Titel „Civil Society‘ Recovering“ besprochen hatte (Moshe Lewin: Political Undercurrents in Soviet Economic Debates. From Bukharin to the Modern Reformers, Princeton 1974, S. 249–277). Bezogen auf Lewin vermerkte Arato selbst das Fehlen einer „hinreichende[n] Begründung“ für die Begriffsverwendung (Arato, „Civil Society“ gegen den Staat, S. 82, Anm. 4).

¹⁷⁵ Es handelt sich um Reinhard Fenchel/Hans-Willi Weis: Staat, Partei, Gewerkschaft. Thesen zur Krisenentwicklung in Polen, in: links 12 (1980), Nr. 128, S. 17 f. (der Zivilgesellschaftsbegriff dort auf S. 17).

¹⁷⁶ Andrew Arato: Civil Society against the State: Poland 1980–81, in: Telos (1981), Nr. 47, S. 23–47, hier S. 23: „In describing the 1980 events, Fenchel and Weis are forced to coin a German term, *Zivilgesellschaft*, to designate something no longer captured by bürgerliche Gesellschaft (today the equivalent of ‘bourgeois society’), i. e., the organization of plurality of interests outside the state in an increasingly independent social sphere.“ Dem folgt auch Załęski, Self-Governing Republic in the Thought of the Solidarity Movement in Poland, S. 4.

¹⁷⁷ Für den deutschen Neologismus „Zivilgesellschaft“ ist allerdings unklar, ob sich spätere Autoren auf die Ersterwähnung bei Fenchel und Weis bezogen, oder ob der Begriffsimport über englischsprachige Texte, etwa von Arato, lief. Winfried Thaa stellte noch 1996 fest, Zivilgesellschaft sei als Forschungsansatz in der Bundesrepublik kaum aufgenommen worden (vgl. Winfried Thaa: Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989, Wiesbaden 1996, S. 37 u. 158, Anm. 151). Thaa immerhin verwies aber (ebd., S. 37, Anm. 35) als eine „frühe Ausnahme“ just auf Reinhard Fenchel/Anna Jutta Pietsch (Hg.): Polen 1980–82. Gesellschaft gegen den Staat, Hannover 1982. Thaa und Fenchel hatten bereits vor Erscheinen dieses Bands unter dem Pseudonym „Reinhard Fried“ (vgl. Thaa, Die Wiedergeburt des Politischen, S. 361) als Koautoren zusammengearbeitet (vgl. Reinhard [Pseudonym von Reinhard Fenchel und Winfried Thaa] Fried: Ansätze gesellschaftlicher Veränderung in Ungarn, in: links 13 [1982], Nr. 134, S. 20 f.).

schließlich von Arato und seiner Frau Jean L. Cohen Anfang der 1990er Jahre in der ersten großen Monografie zum Thema ausgearbeitet, die noch heute als Standardwerk¹⁷⁸ gilt (s. Anhang Abb. 13). Dies bedeutet, zweitens, dass die (rezente) Begriffskonjunktur im Kreise linker Aktivisten und Emigranten ihren Anfang nahm. Entsprechend war er von seinem Entstehungskontext her mit *sozialistischen* Erwartungshorizonten verknüpft (erinnert sei an das Engagement der Initiative *Solidarität mit Solidarność* für eine „sozialistische Demokratie“). Dieser zweite Punkt soll im Folgenden noch genauer betrachtet werden.

Gut ablesen lassen sich die genannten sozialistischen Erwartungshorizonte an einer weiteren Publikation Reinhard Fenchels. Fenchel nahm Aratos Text, der ihn mit der Prägung des Neologismus „Zivilgesellschaft“ zitierte, seinerseits in einen Sammelband auf, den er nach Verhängung des polnischen Kriegsrechts mitverantwortete. Er und seine Mitherausgeber fügten dabei eine editorische Anmerkung hinzu, in der der Neologismus ausführlich als semantische Innovation begründet wurde. Darin hieß es:

„Der englische Begriff der ‚civil society‘ war ursprünglich identisch mit dem deutschen Begriff ‚bürgerliche Gesellschaft‘ und meinte die sich im Laufe der bürgerlichen Revolution an der gesellschaftlichen Basis sich herausbildenden demokratischen Strukturen und Kultur. Da heute, wenn von bürgerlicher Gesellschaft, vor allem im Zusammenhang mit ihrer Transformation in eine sozialistische die Rede ist, so wird darunter in erster Linie die ökonomische Struktur und die dieser entsprechende staatliche Verfaßtheit des kapitalistischen Systems verstanden – im Englischen ‚bourgeois society‘. Wir meinen, daß es sinnvoll ist[,] diese begriffliche Trennung auch in die deutsche Diskussion zu übernehmen, um mit den Begriff der ‚civil society‘ oder ‚Zivilgesellschaft‘ jene gesellschaftlichen Beziehungen zu kennzeichnen, die mit der Überwindung des Kapitalismus keineswegs abzuschaffen, sondern positiv in einer sozialistischen ‚civil society‘ aufzuheben sind.“¹⁷⁹

Dass die erste nachweisbare Verwendung des Begriffs just im Kontext der Solidarność-Solidarität erfolgte, ist inhaltlich in zweifacher Hinsicht bedeutsam. Zum einen fand hier ein Transfer, also eine Übersetzung statt – jedoch nicht etwa vom Polnischen, sondern vom Englischen ins Deutsche. Dies verdeutlicht einmal mehr, dass der Zivilgesellschaftsbegriff entstehungsgeschichtlich eine Fremdzuschreibung darstellt – stammend von Akteuren, die sich mit der Dissidenz im östlichen Europa solidarisierten. Zum anderen ist in dem zitierten Text der Versuch zu erkennen, die *civil society* für Linke anschlussfähig zu machen, indem sie vom Marx’schen Verständnis bürgerlicher Gesellschaft als einem Signum des Kapitalismus abgelöst wurde.¹⁸⁰ Die Bedeutung dieses Vorgangs erkennt man daran, dass er sich noch bei Habermas Anfang der 1990er Jahre in *Faktizität und Geltung* (wieder-)findet. Auch hier wird „Zivilgesellschaft“ explizit von „bürgerlicher Gesellschaft“ unterschieden. Zur Begründung heißt es, der Zivilgesellschaftsbegriff spare im Vergleich zum

¹⁷⁸ Vgl. Rucht, *Civil Society and Civility in Twentieth-Century Theorising*, S. 401, Anm. 26 (dort heißt es, das Werk sei „widely cited“).

¹⁷⁹ Arato, „Civil Society“ gegen den Staat, S. 82, Anm. 0 [= Anm. des Hg.].

¹⁸⁰ Dies ist umso bedeutender, als die kommunistische Ideologie von einem „Haß auf das Bürgertum“ geprägt war, wie François Furet betont (Furet, *Das Ende der Illusion*, S. 16).

Marx'schen Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft die Sphäre der Ökonomie aus.¹⁸¹ Dies läuft ebenfalls auf eine Ablösung der *civil society* vom wirtschaftlichen System des Kapitalismus hinaus.

Dass sich die Neuschöpfung „Zivilgesellschaft“ explizit gegen die bürgerliche Gesellschaft richtete, lässt zudem die Erwartungen erkennen, die dem Neologismus bei seiner Entstehung Anfang der 1980er Jahre zugrunde lagen. Löste man das Konzept der *civil society* vom Kapitalismus ab, so konnte „Zivilgesellschaft“ zum Charakteristikum auch einer sozialistischen Gesellschaft werden, wie sie die *Solidarność*-Unterstützer, die den Begriff schufen, weiterhin erhofften – ihre Rede von einer „Überwindung des Kapitalismus“ und einer „sozialistische[n] Transformation“ verdeutlicht dies (s. o.). Der Zivilgesellschaftsbegriff markiert insofern zunächst einmal grundsätzliche Zielpersistenz (was den Sozialismus angeht), lässt aber auch eine tiefgreifende Erwartungstransformation erkennen: einige Charakteristika der bürgerlichen Gesellschaft und damit des kapitalistischen Zeitalters – wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit – sollten keineswegs mehr abgeschafft werden. Sie seien vielmehr, so die Autoren, „positiv in einer sozialistischen ‚civil society‘ aufzuheben“ (s. o.). Dies stellt eine deutliche Absage an dogmatisch-sozialistische (Revolutions-)Vorstellungen dar, die in der Bundesrepublik gerade an der Wende zu den 1980er Jahren stark erodierten – erkennbar etwa am Abschied vieler Linker von der Idee einer „Diktatur des Proletariats“.¹⁸² Auch richtete es sich entschieden gegen die Regimes im sowjetischen Machtbereich. Der Zivilgesellschaftsbegriff zielte somit, wie Fenchel und Weis ihn prägten, auf eine Alternative zu den Verhältnissen in Ost und West, gerade wie sie die Initiative *Solidarité mit Solidarność* sich erhoffte.¹⁸³

Dies stellt keineswegs eine Ausnahme dar. Vielmehr scheint der Zivilgesellschaftsbegriff am Beginn seiner rezenten Konjunktur typischerweise an den Sozialismus geknüpft gewesen zu sein. Schon Aleksander Smolar, bei dem sich die früheste und später immer wieder zitierte Applizierung des Begriffs *société civile* auf die mittelosteuropäische Dissidenz findet (s. o.), hatte im selben Text auch von Sozialismus gesprochen: Sein folgenreiches Buch wandte sich, wie er schrieb, an „tous ceux qui à l'Ouest, face aux abus et aux gaspillages du capitalisme moderne, cherchent à définir une alternative socialiste“. Gleichzeitig bezog es jedoch gegen das „système totalitaire“¹⁸⁴ im sowjetischen Machtbereich Stellung. Wie der Initiative *Solidarité mit Solidarność* ging es also auch Smolar um Alternativen zu den Verhältnissen in Ost und West, als er den Begriff *société civile* mit Blick auf die Dissidenz im Ostblock einführte.

In diesen Erwartungen lassen sich, wenngleich der Zivilgesellschaft eine (westliche) Fremdzuschreibung darstellt, nun durchaus Verbindungslinien zur Dissidenz

¹⁸¹ Habermas, Faktizität und Geltung, S. 443.

¹⁸² Siehe oben, Kap. II.

¹⁸³ Siehe oben, Kap. III.

¹⁸⁴ Aleksander Smolar: Préface [dat. Okt. 1977], in: Zinaïda Erard/G. M. Zygiel (Hg.): La Pologne, une société en dissidence, Paris 1978, S. 7–16.

im Ostblock erkennen. Denn die „Dissidentendiskurse“, die in der Forschung der Zivilgesellschaftsbegriff zugeordnet werden – und auf die sich auch die zitierten Autoren bezogen –, hatten zum einen davon gehandelt, dass sich im östlichen „Mitteleuropa“ autonome gesellschaftliche Strukturen herausgebildet hätten, die jedoch durch Mächtekonstellation des Kalten Krieges eingeschränkt würden. Zentral waren dabei der Selbstverwaltungsbegriff, der auch bei *Solidarność* eine Rolle gespielt hatte,¹⁸⁵ und der Mitteleuropa-Begriff, den im Westen auch Zdeněk Mlynář verwendete.¹⁸⁶ Zum anderen wollten in der mittelosteuropäischen Diskussion, so Jörg Hackmann, „die Beteiligten jenseits der Dichotomie von Kapitalismus und Sozialismus einen alternativen Weg zu einer neuen Gesellschaftsform entwerfen“.¹⁸⁷ Hierin sind deutliche Parallelen zu den Erwartungen zu erkennen, die sowohl bei *Solidarität mit Solidarność* als auch in den Aufrufen und Initiativen späterer Kuratoriumsmitglieder während des Umbruchs 1989/90 bedeutsam waren.¹⁸⁸ Gleichwohl sind aber auch Differenzen im östlichen und westlichen Begriffsgebrauch zu erkennen, die weiter unten besprochen werden.

Zudem lässt sich die Zivilgesellschaftsdebatte von ihrer Entstehung her als Erscheinung des Postmarxismus in Ost *und* West verstehen. Diese Einordnung nahm zumindest die bereits erwähnte erste große Monografie vor, die in den 1990er Jahren zum Thema erschien und die noch heute als Standardwerk gilt. Die Autoren können selbst als Postmarxisten gelten¹⁸⁹ und waren an der New School of Social Research, die Adam Michnik zum Ehrendoktor machte,¹⁹⁰ Kollegen von Ágnes Heller und Ferenc Fehér aus dem Exilantennetzwerk um Zdenek Mlynář. An der Entstehung des Buches waren als Gesprächspartner und Manuskriptleser die Kuratoriumsmitglieder Jürgen Habermas, Claus Offe und Ulrich K. Preuß beteiligt.¹⁹¹ (Letzterer war, wie erwähnt, im Arbeitsausschuss des Verfassungskuratoriums tätig und früher Unterstützer von *Solidarität mit Solidarność* gewesen. Indes lässt sich zumindest einer der beiden Autoren, die den deutschen Neologismus „Zivilgesellschaft“ geprägt hatten, als – ehemaliger? – Marxist einordnen.¹⁹²)

¹⁸⁵ Siehe oben, Kap. II.

¹⁸⁶ Siehe oben, Kap. III.

¹⁸⁷ Hackmann, Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart – einführende Bemerkungen zur Forschungsdiskussion, S. 12. Der Autor verweist insbesondere auf die „namentlich in Polen breit diskutierte Idee eines ‚neuen Gesellschaftsvertrags‘“ und hier auf Autoren wie Adam Michnik.

¹⁸⁸ Die Bedeutung des „dritten Weges“ betont für die polnische Dissidenz auch Arndt, Semantisches Missverständnis, S. 11.

¹⁸⁹ Dieter Rucht ordnete ihr Buch dagegen kürzlich als ein „example of Left-liberal interpretation“ ein (Rucht, Civil Society and Civility in Twentieth-Century Theorising, S. 401, Anm. 26).

¹⁹⁰ Vgl. Adam Michnik: Der lange Abschied vom Kommunismus, Reinbek bei Hamburg 1992, S. 205.

¹⁹¹ Vgl. Jean L. Cohen/Andrew Arato: Civil Society and Political Theory, Cambridge, Mass. 1992, S. xx–xxi.

¹⁹² Dies lässt zumindest seine Dissertation vermuten (Hans-Willi Weis: Die geschichtliche Struktur der Gegenwart und die begriffliche Bestimmung sozialrevolutionärer Praxis, Marburg, Univ., Diss., 1978). Die Schrift beschäftigt sich intensiv mit Marx und lässt daneben ein frühes Interesse an Fragen der Semantik erkennen.

Bereits dieses frühe Standardwerk verfolgte – wie schon Vorarbeiten der Autoren in den 1980er Jahren¹⁹³ – *societas civilis* und *bürgerliche Gesellschaft* begriffsgeschichtlich in die Antike zurück und von dort aus bis zur Aufklärung weiter.¹⁹⁴ Die Zivilgesellschaftsdebatte der 1990er Jahre betrachtete es jedoch als etwas Neues, das nicht in früheren Jahrhunderten, sondern in den 1970er Jahren wurzele. Seitdem seien weltweit in fünf verschiedenen Kontexten unterschiedliche, aber im Kern doch ähnliche Zivilgesellschaftsdiskurse aufgekommen: bei der polnischen Opposition um Adam Michnik und dann bei Solidarność; unter französischen Linken, die mit Dissidenten im Ostblock sympathisierten; bei den westdeutschen Grünen im Zuge der neuen sozialen Bewegungen; bei der Überwindung der Militärdiktaturen in Lateinamerika; schließlich erneut in Osteuropa Ende der 1980er Jahre. Die in diesen fünf Kontexten entwickelten „projects“ (das heißt Programme und damit desiderativen Erwartungen) ließen trotz zahlreicher Unterschiede eine grenzüberschreitende Diskussion erkennen, die als postmarxistisch einzuordnen sei: Gemeinsames Anliegen sei, angesichts der globalen Krise des Marxismus¹⁹⁵ die bisherige Staatsfixierung und die traditionelle Alternative Reform oder Revolution zu überwinden. Dies sei allerdings weder als Antimarxismus zu verstehen noch mit neoliberalen Konzepten zu verwechseln, betonten die Autoren.

Mit der Fokussierung auf die postmarxistischen Erwartungstransformationen östlicher und westlicher Linker folgten Cohen und Arato allerdings einem realtativ engen Begriffsverständnis. Zivilgesellschaft meinte bei ihnen ein „normatives Projekt“,¹⁹⁶ das andere ideologische Strömungen bewusst ausschloss. So erwähnten sie durchaus die Existenz von Positionen, die sie als „neoconservative, neoliberal, and libertarian“ einordneten. Ihr eigenes Begriffsverständnis hoben sie hiervon jedoch ausdrücklich ab.¹⁹⁷ Dieser Umstand weist auf eine Pluralität von Zivilgesellschaftsvorstellungen in Ost und West hin, die schon im oben zitierten Befund der Schlagwort-Kommunikation zum Ausdruck kam. Hierzu passt es, wenn sich Agnes Arndt zufolge der Zivilgesellschaftsdiskurs der polnischen Dissidenz eher an Karl Popper orientierte, dessen *Offene Gesellschaft und ihre Feinde* Ende der 1980er Jahre in den sogenannten zweiten Umlauf gelangt war.¹⁹⁸ Claus Offe wies

¹⁹³ Vgl. etwa A. Arato/J. Cohen: *Politics and the Reconstruction of the Concept of Civil Society*, in: Axel Honneth/Thomas McCarthy/Claus Offe/Albrecht Wellmer (Hg.): *Zwischenbetrachtungen im Prozess der Aufklärung*. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag, Frankfurt am Main 1989, S. 482–503, hier S. 482–486.

¹⁹⁴ Cohen/Arato, *Civil Society and Political Theory*, S. 83–102. Die Autoren stützten sich dabei u. a. auf Manfred Riedel: *Gesellschaft, bürgerliche*, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 719–800. Riedel spricht abschließend noch das Desiderat an, die Mängel der „liberalen Sozialkonzeption autonomer Individuen“ einerseits und der Marx'schen und marxistischen Kritik der bürgerlichen Gesellschaft andererseits in einer zeitgemäßen Theorie „aufzulösen“ (S. 799 f.).

¹⁹⁵ Cohen/Arato, *Civil Society and Political Theory*, S. 70.

¹⁹⁶ Bonn, *Begriffskonjunktur Zivilgesellschaft*, S. 129.

¹⁹⁷ Cohen/Arato, *Civil Society and Political Theory*, S. 30.

¹⁹⁸ Arndt, Agnes: *Premises and Paradoxes in the Development of the Civil Society Concept in Poland*, in: *Discourses on Civil Society in Poland*, Discussion Paper Nr. SP IV 2008–402,

zudem bereits früh darauf hin, dass „Zivilgesellschaft“ im Westen nicht nur für Post-Marxisten, sondern auch für Neokonservative attraktiv gewesen sei.¹⁹⁹ Auch handelte es sich bei dem ersten (von Arndt ermittelten) Schlüsseltext, in dem ein Solidarność-Vertreter von *civil society* sprach, um einen Vortrag bei den Castalgandolfo-Gesprächen 1989 unter Schirmherrschaft des Papstes.²⁰⁰ Auf westlicher Seite nahmen an dieser Veranstaltung, die sich explizit der *civil society* widmete, keine Mitglieder des hier betrachteten Akteursnetzwerkes teil, sondern Liberale wie Ralf Dahrendorf und Kommunitaristen wie Charles Taylor.²⁰¹ Von Post-Marxismus und einer sozialistischen *civil society*, wie Anfang der 1980er Jahre bei den Schöpfern der Begriffsverwendung, war weder bei ihnen noch bei den polnischen Teilnehmern die Rede. Der Warschauer Soziologe Paweł Stefan Załęski hat zudem argumentiert, dass der Zivilgesellschaftsbegriff Ende der 1980er Jahre – konträr zur gängigen Annahme – nicht von der Dissidenz, sondern von den kommunistischen Machthabern in die polnische Debatte eingeführt wurde. Ziel sei es gewesen, die Gespräche am Runden Tisch (und damit auch die sozialen Härten der Systemtransformation) zu legitimieren und gleichzeitig die Solidarność-Bewegung zu neutralisieren.²⁰² Dazu passt, dass auch der Runde Tisch der DDR häufig als Beispiel zivilgesellschaftlicher Kommunikation genannt wurde und wird.²⁰³ Zivilgesellschaft konnte insofern Vertreter eines kommunistischen Regimes mit einschließen. Dies verdeutlicht, wie sehr sich der Begriffsinhalt bereits pluralisiert hatte, als westdeutsche Linke den Begriff Anfang der 1990er Jahre verstärkt aufgriffen. Wie viel ihr Wortgebrauch noch gemein hatte mit der post-marxistischen Fremdzuschreibung, die den Mythos vom dissidentischen Zivilgesellschaftsdiskurs Anfang der 1980er Jahre begründet hatte, scheint fraglich.

Dass der Zivilgesellschaftsbegriff bereits vor und dann auch während des Umbruchs einen Wandel seines Bedeutungs- und damit auch Erwartungsgehalts erlebt hatte, zeigt sich auch am Wortgebrauch linker Theoretiker. Denn schon während der 1980er Jahre lässt sich beobachten, dass die Begriffe Zivilgesellschaft und Sozialismus, die anfangs eng verknüpft waren, sukzessive auseinandertraten. Für den bundesrepublikanischen Kontext sei dies am Beispiel Claus Offes illustriert. Offe war ein ehemaliges SDS-Mitglied und ein Mitbegründer der Grünen. In den Quellen zur Solidarność-Solidarität taucht er zwar nicht namentlich auf, doch

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2008/iv08-402.pdf>, [30. 01. 2016], S. 1–29, hier S. 3, Anm. 3.

¹⁹⁹ Vgl. Claus Offe: New Social Movements. Challenging the Boundaries of Institutional Politics, in: Social Research 52 (1985), Nr. 4, S. 819–868, hier S. 820.

²⁰⁰ Arndt, Intellektuelle in der Opposition, S. 71.

²⁰¹ Vgl. Krzysztof Michalski (Hg.): Europa und die Civil Society. Castalgandolfo-Gespräche 1989, Stuttgart 1991.

²⁰² Vgl. Załęski, Self-Governing Republic in the Thought of the Solidarity Movement in Poland, S. 8, sowie dazu auch Bonn, Begriffskonjunktur Zivilgesellschaft, S. 128.

²⁰³ Vgl. für eine derartige zeitgenössische Deutung Preuß, Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft. Für eine aktuelle geschichtswissenschaftliche Interpretation des Runden Tisches als zivilgesellschaftliche Institution vgl. Jarausch, Kollaps des Kommunismus oder Aufbruch der Zivilgesellschaft?.

hatte er in den 1970er Jahren den Brief an Adam Michnik mitunterzeichnet, von dem viele Verbindungslinien zur (Bahro- und) Solidarność-Solidarität führen (s. Anhang Abb. 4). Cohen und Arato galt Offe als einer der wichtigsten westdeutschen Autoren zur Zivilgesellschaft.²⁰⁴ Diese war für ihn zunächst, wie für Smolar, Fenchel und andere, eng mit dem Sozialismus verknüpft. Bereits 1978 hatte Offe in einem Vortrag im kanadischen Montréal von „civil society“ als „non-statist socialist strategy“ bzw. „non-statist strategy of socialist transformation“²⁰⁵ gesprochen. Mitte der 1980er Jahre schrieb er dann von „civil society“ als einem Konzept, das die Neuen Sozialen Bewegungen im Westen zur Emanzipation von einem übermächtig gewordenen Staat und zur Wiedergewinnung einer von Regulierung, Kontrolle und Intervention geschützten Sphäre nutzten. Den Sozialismusbegriff verwendete er hierbei aber schon nicht mehr.²⁰⁶ 1989 dann stellte er fest, „daß der Begriff des ‚Sozialismus‘ als eine umfassende Strukturformel für eine Gesellschaftsordnung verwirklichter Emanzipation (und nicht erst *seit* heute) operativ leer“ sei.²⁰⁷ Offes Schriften lassen insofern bereits im Lauf der 1980er Jahre eine semantische Loslösung der Zivilgesellschaft vom Sozialismus erkennen, nachdem diese doch am Beginn des Jahrzehnts erst vom Kapitalismus getrennt worden war.

Eine solche Trennung des Zivilgesellschafts- vom Sozialismusbegriff war jedoch Ende der 1980er Jahre keineswegs konkurrenzlos. So zeigt das Agieren des Komitees für Grundrechte und Demokratie im DDR-Umbruch, dass beide Begriffe noch 1989 ausdrücklich verknüpft werden konnten.²⁰⁸

Dass die Begriffe Zivilgesellschaft und Sozialismus jedoch Anfang der 1990er Jahre im breiten Verständnis auseinandergetreten (oder nie miteinander verknüpft worden) waren, lässt sich auch daran erkennen, dass sie sich nach dem Ende des Ostblocks gegeneinander stellen und in ein Enttäuschungsnarrativ fügen ließen. Dies sei am Beispiel des Kuratoriums- und früheren Solidarność-Unterstützers Gert Weisskirchen (SPD) verdeutlicht. Während der Exiltscheche Jan Pauer die Zivilgesellschaftsdiskussion auf das sozialistische Reformexperiment des Prager Frühlings zurückführt,²⁰⁹ stellte Weisskirchen beide Phänomene kontrastierend nebeneinander. 1992 erklärte er in einem Vortrag in Budapest zunächst:

„1968 ging es auch um einen Traum, der realisiert werden wollte. Es war der Traum – damals noch – von wirklicher Demokratie und der Verbindung zwischen Sozialismus und Demokratie. Das Wort Sozialismus hat nach 1989 einen ganz anderen Klang. Aber 1968 ging es noch um die Verknüpfung zwischen Demokratie und Sozialismus. Man darf den Traum seiner eigenen Jugend nicht vergessen.“

²⁰⁴ Cohen/Arato, *Civil Society and Political Theory*, S. 42–47.

²⁰⁵ Offe, Claus: *European Socialism and the Role of the State*, in: *Contradictions of the Welfare State*, London u. a. 1984, S. 239–251, hier S. 248 u. 250.

²⁰⁶ Vgl. Offe, *New Social Movements*, S. 820 u. 858.

²⁰⁷ Claus Offe: *Bindung, Fessel, Bremse. Die Unübersichtlichkeit von Selbstbeschränkungsformen*, in: Axel Honneth/Thomas McCarthy/Claus Offe/Albrecht Wellmer (Hg.): *Zwischenbetrachtungen im Prozess der Aufklärung*. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag, Frankfurt am Main 1989, S. 739–774, hier S. 746.

²⁰⁸ Siehe oben, S. 150.

²⁰⁹ Gespräch mit Jan Pauer, Hamburg, 23.02.2014.

In seinem autobiografischen Narrativ schilderte er sodann bereits das Jahr 1968 als Enttäuschung, obwohl er selbst noch in den 1970er Jahren im Sozialistischen Osteuropa-Komitee mitgearbeitet hatte und bis heute Vorsitzender des sozialdemokratischen Forum Demokratischer Sozialismus ist.²¹⁰ „Die Desillusionierung dessen, was man Sozialismus nannte und woran viele, auch ich, glaubten im Westen, sie hatte mit dem gewalttätigen Ende des Prager Frühlings begonnen.“ Anschließend kam er auf die mittelosteuropäische Dissidenz und deren postmarxistische Erwartungstransformation zu sprechen, die er (an aktuellen Forschungsergebnissen gemessen: fälschlich) mit dem Zivilgesellschaftsbegriff belegte:

„1989 war [...] nur möglich nach dieser Desillusionierung. Ein anderes kommt hinzu: eine Verschiebung in der gesellschaftlichen Debatte, weil ich zumindest als teilnehmender Beobachter der 80-er Jahre in den verschiedenen Städten Osteuropas, auch hier in Budapest habe empfinden können, daß diese Gesellschaften im Osten Europas auf der Suche waren nach der bürgerlichen Gesellschaft, nach der ‚civil society‘, nach der zivilen Bürgergesellschaft, um es präziser zu sagen. Etwas, was wir im Westen fast geringgeschätzten, war im Osten eine Sehnsucht geworden.“²¹¹

Weisskirchen präsentierte damit Sozialismus und Zivilgesellschaft als konträre Begriffe und aufeinanderfolgende Etappen einer Enttäuschungsgeschichte, statt sie, wie die Schöpfer des deutschen Neologismus, miteinander zu verbinden.

Der sozusagen invertierte Bedeutungsgehalt, der hierin zum Ausdruck kommt, lässt sich auch an der Kritik ablesen, die der Zivilgesellschaftsbegriff in den frühen 1990er Jahren innerhalb der Linken durchaus hervorrief. Diese sei abschließend am Beispiel des Sozialistischen Büros illustriert. Das SB widmete sich in einem Seminar der Frage: „Demokratische Zivilgesellschaft – Abschied von der sozialistischen Demokratie?“ Wie der Titel verdeutlicht, sollte hier zumindest geklärt werden, inwieweit Zivilgesellschaft und Sozialismus gegensätzliche Konzepte sein. In der Diskussion hieß es, der Zivilgesellschaftsbegriff sei „keineswegs originär ein sozialismuskritischer“, jedoch „bricht [er] mit der marxistischen Erlösungsutopie von der ‚wahren‘ Demokratie im Kommunismus“. Die Zivilgesellschaft zum „neuen Schlüsselbegriff linker Identität“²¹² zu erklären, wie ihnen dies der *taz*-Autor Max Thomas Mehr zu tun schien, wenn er ihn als „zukunftsweisend für eine sich entwickelnde nachsozialistische Linke“²¹³ betrachtete, wollten führende SB-Theoretiker aber nicht gelten lassen. Micha Brumlik etwa erblickte in der Diskussion um die Zivilgesellschaft eine „neue [] Form linker Unwahrhaftigkeit“. Sicher gehöre das „Verarbeiten von Enttäuschung [...] zum Schwersten, an dem die Lebenskunst von Individuen sich zu bewähren hat“. Doch dürften Linke im Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ nicht nach „kurzer Trauerpause“ sogleich zu Apologeten des *status quo* werden. Genau dies bedeute jedoch die Adaption des Zivilgesellschaftskonzepts, sofern man dem Begriffsverständnis bspw. Liberalkonservativer

²¹⁰ Siehe oben.

²¹¹ AdsD, Dep. Weisskirchen, Ordner „Tageskopien/12. Wahlperiode“ (o. Sign.; Standort: Raum II, Regal 306, Fach 1, Ordner 14), „1956 – 1968 – 1989“, Rede auf dem Symposium „Revolutionen und Restaurationen“ in Budapest am 24./25. 10. 1992.

²¹² HIS, SB 001, Protokollnotizen zum Seminar „Demokratische Zivilgesellschaft – Abschied von der Idee einer sozialistischen Demokratie?“, undat.

²¹³ Max Thomas Mehr: Gibt es eine postsozialistische Linke?, in: *taz* vom 26. 10. 1990, S. 13.

wie Edward Shils folge (der bei den oben zitierten Castelvandolfo-Gesprächen referiert hatte), wonach Zivilgesellschaft u. a. auf Marktwirtschaft beruhe. Linke würden in diesem Fall zu „Toren“ und „faktisch [zu] Konservativen, zu unwahrhaftig, diesem Umstand ins Auge zu sehen“. Wenn damit jedoch autonome Strukturen gemeint seien, sei Zivilgesellschaft bereits vorhanden und biete durchaus Chancen „für ein linkes, d. h. universalistisches Projekt“. Diese Chancen müssten genutzt werden, wenn nicht „wie schon so oft, die Konservativen das Bestehende für sich vereinnahmen sollen“. Angezeigt sei deshalb die „Suche nach einer Synthese von radikaler Demokratie, wechselseitiger Anerkennung und übersichtlichen, durch Partizipation gekennzeichneten Lebensweisen“.²¹⁴ Auch wenn Brumlik sich nicht vollständig gegen den Begriff sperrte, sah er in der Rede von der Zivilgesellschaft doch die Gefahr einer Erwartungstransformation, die sich von bisherigen Hoffnungen auf eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft, wie sie etwa der Sozialismusbegriff beinhaltet hatte, verabschiedete.

Noch kritischer äußerte sich das SB-Mitglied Wolf-Dieter Narr, der sich auch im Komitee für Grundrechte und Demokratie und im *Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder* engagierte. Narr erblickte in der Zivilgesellschaftsdiskussion einen „Liberalismus der Erschöpften“ und sah eine „politische Moral der Entmachtung“ die Debatte dominieren. Ähnlich wie Brumlik erblickte er die Tendenz, im Zuge postmarxistischer Erwartungstransformationen „die Kapitalismus-Kritik gleich mitzuerledigen“. Narr war der Meinung, berechtigte und notwendige Kritik an Marx dürfe nicht, wie etwa bei Ulrich K. Preuß (ebenfalls ein Kuratoriumsmitglied), zu einer Apotheose des Marktes führen. Sein Plädoyer lautete vielmehr: „Menschenrechte und Demokratie verlangen gerade auch angesichts der insgesamt schlimmen Erfahrungen mit dem ‚realen Sozialismus‘ nicht ein Weniger, sie verlangen unter ihnen geschichtlich-gegenwärtig nicht zuarbeitenden Bedingungen ein Mehr an nüchterner Radikalität.“²¹⁵ Ähnlich wie etwa Peter von Oertzen, sprach auch Narr sich gegen eine – ihm opportunistisch scheinende – Anpassung an die veränderten Bedingungen aus, die er als „verhängnisvolle neue Bescheidenheit“ ablehnte. Er bestand stattdessen auf die Gültigkeit bisheriger Prämissen und suchte bisherige Erwartungen an eine Verbindung von „Demokratie und Sozialismus“²¹⁶ zu stabilisieren, auch um den Preis einer Marginalisierung. (Dass er dabei nicht auf eine Verknüpfung des Zivilgesellschafts- und Sozialismusbegriffs insistierte, wie sie das Komitee für Grundrechte und Demokratie nur gut ein Jahr zuvor noch vorgenommen hatte, spricht für die nunmehrige Dominanz der Trennung beider.) Wie bereits erwähnt, war das Sozialistische Büro

²¹⁴ Micha Brumlik: Was heißt „Zivile Gesellschaft“? Versuch, den Pudding an die Wand zu nageln, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1991, S. 987–993, hier S. 987 f., 990 u. 993.

²¹⁵ Wolf-Dieter Narr: Liberalismus der Erschöpften, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1991, S. 216–227, hier S. 216, 220 f. u. 227.

²¹⁶ Wolf-Dieter Narr/Roland Roth: Wider die verhängnisvolle neue Bescheidenheit: Kapitalismus ohne Alternative. Am „Ende der Utopie“ gilt: Demokratie und Sozialismus, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 25 (1995), Nr. 3, S. 431–455.

mit solchen Positionen nicht sehr erfolgreich. Ähnlich wie von Oertzen erlebte es eine (weitere) Marginalisierung und löste sich 1997 auf.

Insgesamt ergibt sich mit Blick auf die Unterstützer des Kuratoriums ein uneinheitliches Bild. Manche (wie Preuß, Evers und Habermas) verwendeten den Zivilgesellschaftsbegriff zur Kennzeichnung einer neuen Zielperspektive im vereinten Deutschland. Sie bewegten sich damit innerhalb eines politischen und wissenschaftlichen Trends, der sich dem Umbruch im östlichen Europa verdankte und unter veränderten Bedingungen neue Erwartungen zu formulieren erlaubte. Wie Philipp Ther herausgearbeitet hat, entfaltete dieser Trend besonders bei Sozialdemokraten und Grünen Wirkung und lässt sich als Teil einer „Kotransformation“ der Bundesrepublik im Zeichen neoliberaler Reformen im postkommunistischen Ostmitteleuropa interpretieren.²¹⁷ Andere Kuratoriumsunterstützer, wie Brumlik, betrachteten die Debatte kritisch oder lehnten den Zivilgesellschaftsbegriff, wie Narr, als Ausdruck einer Erwartungsdämpfung und als Affirmation des *status quo* ab. Sie kritisierten gerade jene semantische Nähe von Zivilgesellschaft und Kapitalismus, die Anfang der 1980er Jahre bei der Prägung des deutschen Neologismus in Abgrenzung zum Begriff „bürgerliche Gesellschaft“ aufgehoben worden war. Wenn nach dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ Jürgen Kocka in einer SPD-Publikation über das „Programm“ der Zivilgesellschaft bemerkte: „Wer linke Utopien sucht, in diesem Umkreis sind sie zu finden“,²¹⁸ dann ist festzustellen: Manche, aber nicht alle Kuratoriumsunterstützer handelten nach dieser Maxime und gebrauchten das Zivilgesellschaftskonzept als Surrogat früherer Erwartungen. Andere dagegen lehnten gerade die in der Konjunktur des Zivilgesellschaftsbegriffs zum Ausdruck kommenden Erwartungstransformationen ab.

3. „Hoffungsmodell gegen Hilflosigkeit“:²¹⁹

Landkommunen westdeutscher Linker in Ostdeutschland

Erwartungsverlagerungen lassen sich auch an den Landkommunen ablesen, die nach 1989 unter Beteiligung westdeutscher Linker auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gegründet wurden. Besonders bekannt sind die drei Kommunen Sieben

²¹⁷ Vgl. Philipp Ther: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014, S. 290–297. Zum Begriff des Neoliberalismus vgl. auch Andreas Rödder: 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2015, S. 47 ff. James Mark und Tobias Rupprecht (Europe's "1989" in Global Context, in: Juliane Fürst/Silvio Pons/Mark Selden [Hg.]: Endgames? Late Communism in Global Perspective, 1968 to the Present, Cambridge 2017, S. 224–249) deuten 1989 gar als „Neoliberal Revolution“, denn sie „contributed to the ongoing circulation and political implementation of neoliberal economic ideas“, während sie, was Demokratisierung angeht, global gesehen weniger erfolgreich und dies auch nicht immer nachhaltig gewesen sei (S. 247).

²¹⁸ Erinnerung als Ressource. Geschichte und Utopie im vereinigten Deutschland, in: SPD-Bundestagsfraktion (Hg.), Rück-Sicht auf Deutschland. Beiträge zur Geschichte der DDR und zur Deutschlandpolitik der SPD, Bonn 1993, S. 67–71, hier S. 71.

²¹⁹ AGG, PKA, 1905, Schreiben von Elisabeth Voß an Petra Kelly, dat. März 1990, Eingangsstempel 03.04.1990 (Anschieben).

Linden in Sachsen-Anhalt, LebensGut bei Bautzen und ÖkoLeA bei Berlin, die alle bis heute bestehen. Anstoßgeber oder Initiatoren bei der Gründung waren Rudolf Bahro²²⁰ bzw. Fritz Vilmar. Die Landkommunenbewegung²²¹ verknüpft sich somit ebenfalls mit bekannten Intellektuellen, die sich Anfang der 1980er Jahre für die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Polen eingesetzt hatten – Bahro als Unterstützer von *Solidarität mit Solidarność*, Vilmar mit dem Aufruf *Wiederherstellung der errungenen Freiheiten*²²² und im publizistischen Kampf gegen die DKP und gegen deren Haltung zu Polen.²²³

Erwartungsverlagerungen lassen sich an solchen Kommunegründungen²²⁴ deshalb ablesen, weil hier die Suche nach grundsätzlichen Alternativen beibehalten, mit dem absehbaren Ende der DDR jedoch in alltägliche Lebenspraxis umgesetzt wurde. Fritz Vilmar erklärte dazu 1993 in einem Interview: „Man darf nicht auf den Staat warten [...] also nicht eine neue Staatsutopie – ich glaube damit sind wir wirklich gescheitert [...] Also wir brauchen weniger ‚die große Utopie‘, als viele Utopien mittlerer Reichweite und auch mittlerer Größenordnung.“²²⁵

²²⁰ Rudolf Bahro wird hier – wie schon oben (s. besonders Kap. III) – als Teil der westdeutschen Linken betrachtet, wenngleich sich seine Bedeutung hierin nicht erschöpft.

²²¹ In der Verwendung des Begriffs „Landkommunenbewegung“ wird hier Vico Leuchte (Landkommunen in Ostdeutschland. Lebensgeschichten, Identitätsentfaltung und Sozialwelt, Opladen 2011, S. 13 u. passim.) gefolgt. Der Begriff „Kommunebewegung“ wird und wurde von den Akteuren selbst verwendet (vgl. etwa Uwe Kurzbein: Schrittweise. Geschichte der Kommunebewegung aus persönlicher Sicht, in: Kollektiv KommuneBuch [Hg.]: Das KommuneBuch. Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie, Göttingen 1996, S. 38–68). Sven Reichardt (Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014, S. 461) verwendet den Bewegungsbegriff mit Blick auf die (westdeutschen) Landkommunen nicht, weist aber auf Verbindungslinien zu den sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen hin. In politologischen Studien zum Thema ist teils von „kommunitären Gemeinschaften“ die Rede (vgl. die bei Fritz Vilmar vorgelegten Arbeiten: Dirk Roeske: Kommunitäre Gemeinschaften in Deutschland und ihre ideellen Grundlagen. Das Beispiel der „ÖkoLeA“ in Klosterdorf, Berlin, Freie Univ., Diplomarbeit 1997; Detlev Bansamir: Zur Situation Kommunitärer Gemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, Freie Univ., Diplomarbeit 1996; Sabine Kaszemeik: Kommunitäre Gemeinschaften im Vergleich. Die Beispiele Kommune Niederkaufungen und „ÖkoLeA“, Berlin, Freie Univ., Diplomarbeit 1996).

²²² Siehe Anhang, Abb. 3.

²²³ Vgl. Fritz Vilmar/Wolfgang Rudzio/Manfred Wilke: Was heißt hier kommunistische Unterwanderung? Eine notwendige Analyse, und wie die Linke darauf reagiert, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1981. Die Autoren bezeichneten es als „Skandal“, dass die DGB-Delegierten auf dem 2. Weltjugendtreffen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften Ende August 1981 es teils mit Bravo-Rufen kommentierten, dass 20 Solidarność-Mitglieder von der polnischen Regierung an der Ausreise und damit an der Kongressteilnahme gehindert worden waren (vgl. S. 195 f., Zitat: S. 195). Ebenso wurde beanstandet, dass auf dieser Konferenz der Antrag abgelehnt worden war, die Führungen von USA und UdSSR zur Achtung der territorialen Integrität Polens aufzufordern (vgl. S. 197 f.). Vilmar und seine Mitautoren nahmen dies zum Beleg, dass auf der Konferenz die Mehrheit der DGB-Delegation eine „sowjetkommunistisch orientierte Friedens- und Abrüstungspolitik durchpeitschte“ (S. 195).

²²⁴ Reichardt (Authentizität und Gemeinschaft, S. 459 ff.) folgend, ist im Weiteren von „Landkommunen“ und „Kommunen“ synonym die Rede; gemeint sind stets Landkommunen.

²²⁵ Zit. nach Klaus-Jürgen Scherer/Ulrike C. Wasmuht: Vorwort, in: Klaus-Jürgen Scherer/Ulrike C. Wasmuht (Hg.): Mut zur Utopie! Festschrift für Fritz Vilmar, Münster 1994, S. 9–14, hier S. 13.

3.1 Der Kontext und die Keimzelle: Die Initiative *Ökologische Siedlung Ost-West*

Landkommunen besaßen in Westdeutschland bereits eine lange Tradition.²²⁶ 1971 gab *Der Spiegel* ihre Zahl mit ca. 60 an; 1977 sollen bereits etwa 200 existiert haben.²²⁷ Zu den Vorbildern zählten US-Kommunen und europäische Hippie-gemeinden wie Christiania in Kopenhagen. Anknüpfungspunkte bot aber auch die Landreformbewegung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Manche Gemeinschaften orientierten sich an israelischen Kibbuzim.²²⁸ Auch in Gestalt und Anspruch unterschieden sich die Kommunen stark. Sven Reichardt differenziert grob fünf „Ausrichtungen“, auch wenn eine „genaue Typologisierung unterschiedlicher Formen nicht möglich“ sei: „erstens ökologische Kommunen, zweitens Kommunen, in denen in möglichst machtfreien und ganzheitlichen Beziehungen kollektiv gearbeitet wurde, drittens gruppendynamisch-spirituell angehauchte Kommunen, viertens Musikkommunen und fünftens einige wenige Sexkommunen“.²²⁹

Auch für Bahro und Vilmar waren Landkommunen nichts, mit dem sie sich erst seit 1989 beschäftigten. Im Gegenteil: Bahro hatte bereits seit Beginn der 1980er Jahre für Kommunen geworben und im rheinland-pfälzischen Niederstadtfeld eine kleine Gemeinschaft Gleichgesinnter aufgebaut.²³⁰ Vilmar hatte schon seit den 1970er Jahren mit der Kibbuz-Bewegung sympathisiert und war Ende der achtziger nach Israel gereist, um das Kibbuzleben vor Ort zu studieren.²³¹

Das Ende der DDR und die deutsche Vereinigung gaben allerdings der Landkommunenbewegung – so auch Bahros und Vilmars Aktivitäten – einen neuen Impuls, wofür mehrere Faktoren verantwortlich zu machen sind: Die vergleichsweise dünn besiedelten Gebiete Ostdeutschlands boten mehr Raum für alternative Lebensformen, und der vereinigungsbedingte Wirtschaftseinbruch sorgte für relativ niedrige Immobilienpreise.²³² Gerade für größere Vorhaben bedeutete 1989 deshalb einen Schub – die ersten Ökodörfer entstanden überhaupt erst in den

²²⁶ Die Geschichte „kommunitäre[r] Zusammenschlüsse“ lässt sich bis ins Frühmittelalter zurückverfolgen (vgl. Guntolf Herzberg/Kurt Seifert: Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie, Berlin 2002, S. 377).

²²⁷ Vgl. Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 459–498, die Zahlen S. 466.

²²⁸ Vgl. ebd., S. 459 f. und 464 f.

²²⁹ Ebd., S. 469.

²³⁰ Vgl. Herzberg/Seifert, Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare, S. 438 ff.

²³¹ Vgl. Intensivinterview mit Fritz Vilmar – Teil 1 [01.07.1997], in: Stefan Grümbel: Fritz Vilmars Demokratietheorie als konstruktive Philosophie und Reformtheorie (Berlin, Freie Univ., Hausarbeit, 1997), <http://www.grin.com/de/e-book/4238/fritz-vilmars-demokratietheorie-als-konstruktive-philosophie-und-reformtheorie> [22.03.2016] o. P.; Vilmar, Fritz: Die rettende Kraft der Utopie. Zur Einführung, in: Die rettende Kraft der Utopie. Deutsche Juden gründen den Kibbuz Hasorea, Frankfurt am Main 1990, S. 7–12.

²³² Reichardt (Authentizität und Gemeinschaft, S. 466) bemerkt, dass schon in den 1970er Jahren die preisgünstigen Standorte oft in den Zonenrandgebieten, also an der westdeutschen Peripherie im Grenzland zur DDR oder Tschechoslowakei, lagen.

1990er Jahren,²³³ obwohl es bereits früher Pläne gegeben hatte.²³⁴ Auch stießen (ehemalige) DDR-Bürger als Mitstreiter hinzu – für sie brachte der deutsch-deutsche Umbruch einerseits neue Möglichkeiten, andererseits mochte er, etwa im Falle von Erwerbslosigkeit, auch die Suche nach Alternativen zum (Arbeits-)Markt stimulieren.²³⁵ Rudolf Bahro hatte bereits Anfang 1990 bei einer Veranstaltung im Rathaus Schöneberg und später wiederholt auf die Chancen verwiesen, die sich durch den Umbruch für Landkommunen in Ostdeutschland ergäben.²³⁶ Ähnlich bemerkte ein westdeutscher Kommunarde: „Die unklaren Grundstücksverhältnisse, die desolate Infrastruktur, die geringe Besiedlungsdichte und die ramponierten, heruntergekommenen Gebäude scheinen für Kommune- und Gemeinschaftsgründungen ideal zu sein.“²³⁷ In der (Ex-)DDR gebe es „viel Platz (leerstehende Gutshäuser, stillgelegte Landwirtschaftsflächen) es gibt eine Reihe staatlicher Förderprogramme (ökologische Umgestaltung, Arbeitsbeschaffung usw.), und die Entscheidungsträger sind oft so hilflos, daß sie alternative Konzepte dankbar annehmen, wenn sie ihnen behutsam nahegebracht werden“, schrieb eine andere Aktivistin.²³⁸ Tatsächlich sollten diverse Kommunen in den 1990er Jahren auf staatliche Mittel zurückgreifen, so Sieben Linden²³⁹ und das LebensGut.²⁴⁰ Dies wiederum passt ins Muster der westdeutschen Alternativbewegung, deren Projekte sich ebenfalls vielfach auf Fördergelder und Sozialleistungen gestützt hatten.²⁴¹ Jedenfalls lassen all die genannten Faktoren verstehen, warum es durch 1989/90 zu einer regelrechten „Welle von Gemeinschaftsgründungen“ kam.²⁴²

Im Verständnis der Akteure bot die Gründung von Landkommunen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR eine Chance, der staatlichen Vereinigung Deutschlands eine Alternative ‚von unten‘ entgegenzusetzen. Deutlich wird dies insbeson-

²³³ Vgl. Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft*, S. 465.

²³⁴ Siehe unten, S. 212.

²³⁵ Rudolf Bahro sah in der abzusehenden Massenarbeitslosigkeit zudem die Chance, dass der Staat eher gewillt sein könne, Zuschüsse für alternative Projekte zu geben, statt auf Dauer Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, vgl. Elisabeth Voß: 4 Tage Kommune-Atmosphäre, in: *Contraste* 7 (1990), Nr. 70/71, S. 8 (überliefert in ASB, BRD 13, o. Sign.). In diesem Sinne erbat er vom sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf eine „Starthilfe für Leute, die in dem offiziellen Beschäftigungssystem keine Arbeit finden“ (Biedenkopf, Kurt/Bahro, Rudolf: Gespräch, in: *Bleibt mir der Erde treu! Apokalypse oder Geist einer neuen Zeit*, Berlin 1995, S. 168–172, hier S. 170).

²³⁶ Vgl. Voß, 4 Tage Kommune-Atmosphäre.

²³⁷ Kurzbein, *Schrittweise*, S. 62. Der Autor verband diese Diagnose allerdings mit einer kritischen Haltung gegenüber Kommunegründungen seitens Westdeutscher in Ostdeutschland (s. u., Kap. V.3.2).

²³⁸ Elisabeth Voß: Ein Ort – irgendwo, in: *Contraste* 8 (1991), Nr. 81, S. 1 (überliefert in ASB, BRD 13, o. Sign.).

²³⁹ Vgl. Marcus Andreas: *Vom neuen guten Leben. Ethnographie eines Ökodorfes*, Bielefeld 2015, S. 44 f.

²⁴⁰ Vgl. Herzberg/Seifert, Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare, S. 536 ff. u. 542.

²⁴¹ Vgl. Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft*, S. 341 (zur Alternativökonomie allgemein) und S. 477 f. (speziell zu den Landkommunen, deren Bewohner sich häufig über Sozialleistungen finanzierten).

²⁴² Leuchte, *Landkommunen in Ostdeutschland*, S. 32.

dere an der frühen Initiative *Ökologische Siedlung Ost–West*. Es handelte sich um eine Arbeitsgruppe innerhalb des West-Berliner Informationsdienstes des Vereins Ökodorf e. V. (IDÖF), der selbst in Westdeutschland ansässig war und schon seit einigen Jahren einen Standort für eine autarke Lebensgemeinschaft suchte.²⁴³ Rudolf Bahro und Fritz Vilmar zählten zu den Erstunterstützern der Initiative, die durchweg westdeutscher Provenienz waren.²⁴⁴

Dieser Initiative ging es zunächst darum, in der noch bestehenden DDR bei der Flächennutzungsplanung größere Areale als „ökologische Siedlungsgebiete“ ausweisen zu lassen. Hiermit waren hohe Erwartungen verbunden, in denen auch die Idee von einem „dritten Weg“ fortlebte. So hieß es zur Begründung: „Menschen aus Ost und West könnten dort eine Vereinigung von unten, auf menschlicher Ebene, leben und Hoffungsmodelle für eine Zukunftsgestaltung im Herzen Europas schaffen, weitgehend jenseits von kapitalistischer Marktwirtschaft und zentralistischer Planwirtschaft.“²⁴⁵ Die Dringlichkeit dieses Anliegens unterstrichen die Aktivisten, indem sie die Dynamik des staatlichen Vereinigungsprozesses als Enttäuschung schilderten. Zu diesem Zweck kontrastierten sie frühere positive mit jetzigen negativen Erwartungen:

„[A]us den Hoffnungen, die durch die Veränderungen in der DDR hervorgerufen wurden, und den Ängsten, die der Einzug der Marktwirtschaft in diesem Land erweckt, ist der Wunsch entstanden, hier vor der endgültigen Privatisierung aller Lebensbereiche Freiräume zu sichern, in denen exemplarisch verschiedene Formen sozialen und ökologischen Lebens und Arbeitens aufgebaut werden können.“²⁴⁶

Auf die Enttäuschung über den Verlauf des deutsch-deutschen Umbruchs verweisend, begriff sich die Initiative als Angebot, überhaupt noch positive Erwartungen zu formulieren. Elisabeth Voß vom IDÖF empfahl das Vorhaben gegenüber Petra Kelly, die aus ihrer Enttäuschung im Vereinigungsprozess keinen Hehl machte,²⁴⁷ als „Hoffungsmodell gegen die Hilflosigkeit, die ich bei Deinen Äußerungen zur ‚Deutsch-deutschen Visionssuche‘ gespürt habe“.²⁴⁸ Die Initiative offerierte somit angesichts eines rasanten Erwartungsabfalls eine erneute Erwartungshebung.

²⁴³ Vgl. Voß, 4 Tage Kommune-Atmosphäre. Zu Ökodörfern als Zweig der Landkommunenbewegung vgl. Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 466.

²⁴⁴ AGG, PKA, 1905, Schreiben von Elisabeth Voß an Petra Kelly, dat. März 1990, Eingangsstempel 03. 04. 1990, Anlage „Initiative ‚Ökologische Siedlung Ost–West““. Die Materialien der Initiative geben ein rein westdeutsches Bild ab. Lediglich Bahro war in ihnen – bereits an der Humboldt-Universität tätig – unter „Berlin (Ost)“ verzeichnet. Jedoch trug der Briefkopf neben einer West-Berliner auch eine Ost-Berliner Adresse.

²⁴⁵ AGG, PKA, 1905, Schreiben von Elisabeth Voß an Petra Kelly, dat. März 1990, Eingangsstempel 03. 04. 1990, Anlage „Initiative ‚Ökologische Siedlung Ost–West““. Andreas, Vom neuen guten Leben, zitiert einen der Aktivisten, der schon in der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung aktiv gewesen war und später in das sachsen-anhaltinische Ökodorf Sieben Linden zog, mit den Worten, durch den Umbruch 1989/90 habe sich ein „dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ eröffnet.

²⁴⁶ AGG, PKA, 1905, Schreiben von Elisabeth Voß an Petra Kelly, dat. März 1990, Eingangsstempel 03. 04. 1990 (Anschieben).

²⁴⁷ Siehe oben, Kap. IV.

²⁴⁸ AGG, PKA, 1905, Schreiben von Elisabeth Voß an Petra Kelly, dat. März 1990, Eingangsstempel 03. 04. 1990 (Anschieben).

Ein „Höhepunkt“²⁴⁹ dieses Erwartungsmanagements war Mitte 1990 eine mehrtägige *Ost-West-Begegnung* in Kleinmachnow bei Berlin, an der mehrere hundert Menschen teilnahmen.²⁵⁰ Petra Kelly gehörte nun tatsächlich zu den prominenten Unterstützern. Zudem war „der Untergrund, [...] die Parallelgesellschaft im Osten und die West-Gemeinschaften und die Theoretiker, Rainer Langhans, also die ganze [westdeutsche] Kommune-Geschichte“²⁵¹ anwesend. Aus der Bundesrepublik waren 15 Gruppen vertreten, darunter viele Landkommunen und – teils sozialistische, teils spiritualistische – Lebensgemeinschaften. Hinzu kamen zahlreiche Einzelpersonen. Das Eröffnungsreferat hielt Fritz Vilmar. Er sprach als Sozialist, als der er sich nach wie vor definierte, über den „Durchmarsch des Kapitalismus in der DDR“. Kurz zuvor hatte Vilmar noch vor einer schnellen Wirtschafts- und Währungsunion der beiden deutschen Staaten gewarnt (s. Kap. IV). Entsprechend beklagte auch er nun den Kurs, den die Entwicklung inzwischen genommen hatte.

Die Suche nach Utopien gab Vilmar jedoch nicht auf. „Der Staatssozialismus ist tot – es gibt Alternativen“, so lautete der Titel seines Referats.²⁵² Allerdings riet Vilmar dazu, „nicht auf die große Revolution“ zu warten. Damit spielte er unverkennbar auf die Erwartungen vieler Linker an, die sich in den 1970er Jahren als Revolutionäre verstanden und noch kürzlich von einer „Revolution“ in der DDR gesprochen hatten.²⁵³ Vilmars Empfehlung lautete, den Weg „zu einer klassenlosen und herrschaftsfreien Gesellschaft“ in „Gemeinschaftsprojekten, die die große Utopie in kleinem Rahmen leben“,²⁵⁴ zu beschreiten. Er plädierte somit für eine Verlagerung unverändert beizubehaltender Erwartungen von der Gesellschaft auf die Gemeinschaft. Gleichzeitig verkürzte er den Zeithorizont, soweit diese Erwartungen nicht erst in einer fernen Zeit, sondern bereits im Hier und Jetzt eingelöst werden sollten.

Auch Rudolf Bahro hielt ein Referat. Er vertrat die Auffassung, kommunitäre Gemeinschaften sollten exemplarisch antizipieren, wie die Menschheit auf der Erde leben und überleben könne. Wie Vilmar sprach er zudem über die zu erwartende wirtschaftliche Entwicklung in der DDR. Aus den schlechten Aussichten

²⁴⁹ Elisabeth Voß: Wege, Umwege, Irrwege, in: Kollektiv KommuneBuch (Hg.): Das Kommune-Buch. Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie, Göttingen 1996, S. 69–98, hier S. 74.

²⁵⁰ Die Angaben der Teilnehmerzahlen differieren. Andreas, Vom neuen guten Leben, S. 40, spricht von rund 400 „Beteiligten“; Voß, 4 Tage Kommune-Atmosphäre, schreibt von über 400 Teilnehmern. An anderer Stelle ist von „[u]ngefähr 500 Menschen“ die Rede (AGG, A Rudolf Bahro 59, undat. Flyer des Ökodorf Liebenberg bei Berlin, vermutlich 1990 oder 1991).

²⁵¹ So die Erinnerung des Aktivisten Dieter Halbach, zit. nach Andreas, Vom neuen guten Leben, S. 40 f. Die Anwesenheit Rainer Langhans' ist auch zeitgenössisch belegt bei Voß, 4 Tage Kommune-Atmosphäre.

²⁵² Zit. nach Plutonia Plarre: Die Landkommune muß im Herzen wachsen, in: taz vom 20. 06. 1990, S. 7.

²⁵³ Siehe das Beispiel Antje Vollmers in Kap. IV.1, S. 126 ff.

²⁵⁴ So die Widergabe bei Voß, 4 Tage Kommune-Atmosphäre.

leitete er umso bessere Möglichkeiten für Kommune Gründungen ab. Mit diesem Erwartungsmanagement fand er großen Anklang. Eine ZuhörerIn äußerte gegenüber der linksalternativen *taz*: „Mir ist es wie Schuppen von den Augen gefallen, als er sagte, die kommende Arbeitslosigkeit in der DDR ist auch eine Gunst der Stunde, um sich freizumachen für den subsistenzwirtschaftlichen Weg. Die großen Brachflächen sind doch da, die will keiner mehr haben. Wir müssen sie uns nur nehmen.“²⁵⁵

Die geweckten Erwartungen besaßen auch eine emotionale Qualität. „Good vibrations“ für Ökopia“²⁵⁶ titelte nach der Zusammenkunft die Zeitschrift *Contraste*, eine westdeutsche *Monatszeitung für Selbstverwaltung* (deren Redaktion übrigens auch Iring Fetscher angehörte²⁵⁷). Der Erwartungsweckung und der Herstellung von Gemeinschaft diente ein Emotionsmanagement, bei dem – wie schon in der Solidarność-Solidarität – Musik eine wichtige Rolle spielte. Eine „Mischung aus Folkfestival, Selbsterfahrung, großen Ideen und kleinen Schritten“²⁵⁸ sei das Treffen gewesen, hieß es in *Contraste*. Das gemeinsame Musizieren und Tanzen vermittelte „4 Tage Kommune-Atmosphäre“²⁵⁹ und diente der Überschreitung von Grenzen und Hervorbringung von Gemeinschaftsgefühl. Über die Erfahrungen der Teilnehmer berichtete die *taz*: „Harald aus Dresden kämpfte mit den Tränen, als einer von vielen durchs Mikrofon sagte: ‚Ich habe mich im Prinzip noch nie so glücklich gefühlt wie in diesem Rahmen. Ich bin viel lockerer geworden. Beim Reigentanz am Anfang, da habe ich mich richtig überwinden müssen.‘“²⁶⁰ Die durch gemeinsame musikalische Praxis vermittelten Emotionen wurden also auch in Gruppengesprächen ausgetauscht. Dieses kommunikative Emotionsmanagement mochte über den Moment der Zusammenkunft hinausweisen und die geweckten Erwartungen stabilisieren. So berichtete ein westdeutscher Teilnehmer, er sei durch „viele kleine Dinge bereichert worden“ wurden und zu der Einsicht gelangt, dass „Kommune im Herzen wachsen muß“.²⁶¹

Durch soziale Praktiken wie Musik konstituierte das Treffen somit auch eine konkurrierende *gefühlte Gemeinschaft*, welche die staatliche Vereinigung von Bundesrepublik und DDR kontrapunktierte. Umso mehr, als die Veranstaltung „kurioserweise“ mit dem (altbundesrepublikanischen) Tag der deutschen Einheit am 17. Juni zusammenfiel. Diese Terminwahl dürfte kaum unbedacht erfolgt sein, lässt sie sich doch als Symbol für das Anliegen auffassen, dem administrativen Vereinigungsprozess Alternativen entgegensetzen. Dabei war allerdings die „Rollenverteilung zwischen Ost und West“ asymmetrisch: „Die westdeutschen

²⁵⁵ Zit. nach Plarre, Die Landkommune muß im Herzen wachsen, in: *taz* vom 20. 06. 1990.

²⁵⁶ Waldemar Schindowski: „Good vibrations“ für Ökopia, in: *Contraste* 7 (1990), Nr. 70/71, S. 1 (überliefert in ASB, BRD 13, o. Sign.).

²⁵⁷ Siehe Iring Fetscher: Stunde der Genossenschaften?, in: *Contraste* (Juni 1990), S. 12 (überschrieben mit „Iring Fetscher, Redaktion Genossenschaften“).

²⁵⁸ Schindowski, „Good vibrations“ für Ökopia.

²⁵⁹ Voß, 4 Tage Kommune-Atmosphäre.

²⁶⁰ Plarre, Die Landkommune muß im Herzen wachsen, in: *taz* vom 20. 06. 1990.

²⁶¹ Zit. nach ebd.

Gruppen und Einzelpersonen stellten sich, mit einer zwanzigjährigen Erfahrung von gemeinschaftlichen Projekten im Rücken, einem erwartungsvollen DDR-Publikum vor.“²⁶² Eine Aktivistin erinnerte sich Mitte der 1990er Jahre:

„Inspiriert durch Rudolf Bahro, der hoffte, dass im Gebiet der DDR ein anderes, neues Deutschland mit regionalökonomisch-ökologischen Strukturen entstehen könnte, als Alternative zum Mensch und Natur zerstörenden Kapitalismus, versuchten wir, die Erfahrungen selbstorganisierter Lebensgemeinschaften des Westens den Suchenden des Ostens näherzubringen.“²⁶³

3.2 Transfers in West-Ost-Richtung als Verlagerung, aber auch Bruch von Erwartungen

Ein solcher Export westdeutscher Erfahrungen und Erwartungen war jedoch innerhalb der Kommunebewegung keineswegs unumstritten. Bereits im Vorfeld der *Ost-West-Begegnung* war es zu Auseinandersetzungen gekommen. Scharfe Kritik am Veranstaltungskonzept kam etwa von Uwe Kurzbein aus der anarchistischen Kommune Lutter in Niedersachsen. Einer Übertragung der Kommuneidee auf Ostdeutschland gegenüber hatte Kurzbein sich von Beginn an skeptisch geäußert. Zwar teilte er mit den Initiatoren des Treffens viele Prämissen. So schilderte auch er die Entwicklung in der (Ex-)DDR als Enttäuschung. Schon im Frühjahr 1990 hatte er beklagt, nach dem Aufbruch vom Herbst sei „die Utopie [...] sogleich wieder verflogen“ und prognostiziert: „Die aufflackernde Freiheit dürfte mit der ersten Wahl nach der Revolution wieder dahin sein.“ Doch sprach sich Kurzbein wiederholt dagegen aus, in dieser enttäuschenden Situation von der Bundesrepublik aus Kommune Gründungen in Ostdeutschland anzustoßen: „Eine offene propagandistische, unser Lebensmodell politisch anzupreisen oder durchzusetzen, paßt nicht in unser Weltbild. Und ich bin auch der Auffassung, daß das gut so ist.“

Deutlich wird hieran, dass die Verkürzung des Zeithorizonts, die als Charakteristikum der Kommunebewegung bereits bei Fritz Vilmar auffiel, einen hohen Erwartungsdruck mit sich brachte. Denn schon der Prozess der Kommune Gründung musste jenen Idealen entsprechen, die das zu erreichende Ziel konstituierten. Jeder Schritt auf dem Weg dorthin barg damit bereits ein hohes Enttäuschungspotenzial. Wenngleich er konzedierte, dass es auch ihm und anderen in der gegenwärtigen Situation „in den Fingern juckt“, vertrat Kurzbein deshalb die Auffassung, ein Export westdeutscher Erfahrungen und Erwartungen sei mit diesen selbst nicht zu vereinbaren: „Kommunen von Westlern zu initiieren, in dem Sinne: hier habt ihr eine lohnende Lebensform, eine Antwort auf die kapitalistische und auf die real-kommunistische Welt, ist zwar inhaltlich richtig, aber gerade diese Lebensart verbietet es, auf andere missionarisch einzuwirken.“ Obwohl Kurzbein Kommunen als einen dritten Weg im Kleinen verstand (genau wie die Initiatoren der *Ost-West-Begegnung*), war er doch skeptisch, diesen den DDR-Bürgern anzuempfehlen.²⁶⁴

²⁶² Schindowski, „Good vibrations“ für Ökotopia.

²⁶³ Voß, Wege, Umwege, Irrwege, S. 74.

²⁶⁴ Uwe Kurzbein: Wir sind weder Missionare noch Propagandisten, in: *Contraste* 7 (1990), Nr. 66, S. 9 (überliefert in ASB, BRD 13, o. Sign.).

Zum Vorbereitungstreffen für die *Ost-West-Begegnung* in Kleinmachnow fuhr Kurzbein deshalb „mit gemischten Gefühlen“, ²⁶⁵ wie er später memorierte. Vor Ort stellte sich dann heraus, dass auf diesem Vorbereitungstreffen keine einzige Ost-Kommune vertreten war. Schnell kam es zum „Eklat“, und die anwesenden Beobachter aus den westdeutschen Kommunen Lutter, Niederkaufungen und Riedmühle waren entschlossen, vorzeitig abzureisen. Die Idee der Organisatoren, Grundstücke auf DDR-Gebiet mit Kauf- oder Pachtoptionen belegen zu lassen, fanden sie laut Kurzbein „ungeheuerlich“. Mitte der 1990er Jahre, als bereits Westdeutsche in Kommunen auf dem Gebiet der Ex-DDR lebten (s. u.), parallelisierte Kurzbein deren Verhalten mit jenem westdeutscher Investoren: „Was wirtschaftlich von der westdeutschen Industrie und den westdeutschen Hausbesitzern praktiziert wird, nämlich das Land unter sich aufzuteilen, wird politisch auf einer niederen Ebene offensichtlich von [kommunitären] Gemeinschaften wiederholt.“ ²⁶⁶ In Kurzbeins Augen hatten die westdeutschen Linken, die im Osten Deutschlands Kommunen gründeten, die Erwartungen der Kommunebewegung enttäuscht. Ihr Handeln widersprach dem eigenen Anspruch, für Alternativen nicht nur zu streiten, sondern im Hier und Jetzt bereits alternativ zu leben. Von Westdeutschland aus Gemeinschaften in Ostdeutschland zu gründen und damit die Erwartungen der bundesrepublikanischen Kommunebewegung auf die neuen Bundesländer zu verlagern, war für ihn ein Bruch mit den Erwartungen an das Verhalten von Kommunarden. ²⁶⁷

Eine andere Position vertrat Elisabeth Voß vom Informationsdienst Ökodorf e. V., der die *Ost-West-Begegnung* mitinitiiert hatte. Die von Kurzbein aufgeworfene Frage: „Sind wir ‚Missionare und Propagandisten‘?“, beantwortete sie so:

„Wenn nun das Kapital massiv in die DDR und die anderen osteuropäischen Staaten eindringt und damit weltweit fast unangefochten das Wirtschaftsleben dominiert, was eine massive Bedrohung auch der letzten ökologischen und kulturellen Ressourcen bedeutet, ist es eigentlich höchste Zeit, dem im Rahmen unserer Möglichkeiten etwas entgegenzusetzen. Und da reicht es meiner Meinung nach nicht, aus kommune-individuellen Kuschelecken das Geschehen zu betrachten.“

Was auch Kurzbein als Enttäuschung geschildert hatte, nämlich der Verlauf und die Ergebnisse des Umbruchs 1989/90, diente hier zur Rechtfertigung des eigenen Handelns. Im Grunde wurden in diesem Narrativ zwei Enttäuschungen gegeneinander aufgewogen: die Enttäuschung der Erwartungen an das eigene Verhalten (die eine Landnahme in Ostdeutschland eigentlich ausschlossen) einerseits und die Enttäuschung über die übergeordnete politisch-gesellschaftliche Entwicklung andererseits.

²⁶⁵ Ebd.

²⁶⁶ Kurzbein, *Schrittweise*, S. 62 ff. (Zitate: S. 62–64).

²⁶⁷ Ähnliche Konflikte gab es in der Umbruchszeit auch in der Berliner Hausbesetzerzene, die sich ebenfalls als Teil der Kommunebewegung (vgl. Uwe Schneider: *Kommunen und Autonomie. Was haben beide miteinander zu tun?*, in: Kollektiv *KommuneBuch* [Hg.]: *Das Kommune-Buch. Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie*, Göttingen 1996, S. 158–176; Kurzbein, *Schrittweise*, S. 47–59) aber auch der Autonomen (vgl. A. G. Grauwacke [Hg.]: *Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren*, Berlin 2004, S. 247–262) verstand.

Aus dieser letzteren Enttäuschung leitete Voß sogar eine besondere Dringlichkeit ab:

„Die Hoffnungen eines humanen Sozialismus in der DDR sind längst von der Realität überholt. Die Kaputtsanierung einer ganzen Gesellschaft bestätigt all das, was wir schon immer über den Kapitalismus wußten – aber diese Einsicht hilft so wenig, und umfassende Gegenentwürfe sind nicht in Sicht. Umso wichtiger werden die kleinen Hoffnungsschimmer – die Versuche gegen den Strom zu schwimmen, und jetzt erst recht das Leben in die eigene Hand zu nehmen.“

Die Enttäuschung über den DDR-Umbruch machte es in dieser Sicht umso wichtiger, Kontrapunkte zu setzen. „Einerseits ist die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in der Ex-DDR ein einziger Horror, andererseits gibt es dort gerade jetzt auch Chancen für selbstorganisierte Projekte“.²⁶⁸

Drei Landkommunen, die aus der Initiative *Ökologische Siedlung Ost–West* hervorgingen, werden im Folgenden kurz vorgestellt.

Das Ökodorf Sieben Linden

Noch auf der *Ost-West-Begegnung* fassten einige Teilnehmer den Entschluss, ein weiteres Treffen zu veranstalten. Dieter Halbach, einer der Organisatoren, resümierte: „Es wurde die Energie spürbar, vom Reden zum Handeln kommen zu wollen“.²⁶⁹ Es formierte sich eine Gruppe Interessierter, die sich auf die Suche nach einem Objekt für eine Kommunegründung begab. Letztlich fiel die Wahl auf das sachsen-anhaltinische Beetzendorf, wo die Gemeinschaft Sieben Linden entstand. Der Entstehungsprozess dieses Ökodorfs ist jüngst bereits ausführlich dargestellt worden.²⁷⁰ Hier soll deshalb nur kurz diskutiert werden, inwiefern bei dieser Kommunegründung Erwartungsverlagerungen festzustellen sind. Ein Dokument aus der Phase der Objektsuche kann Aufschluss darüber geben. Halbach, ein „hippiebewegter Jung-68er“, der sich in der Anti-Atomkraft-Bewegung engagiert in den Achtzigerjahren und als „Selbstversorger“ in Italien gelebt hatte,²⁷¹ betonte darin die Suche nach Alternativen zu den vergangenen bzw. bestehenden Verhältnissen in Ost und West: „Hier im Herzen Europas – im Vakuum zwischen real gescheiterter ‚Planwirtschaft‘ und unreal wachsender ‚Marktwirtschaft‘ – wollen wir für uns und im Kleinen einen möglichen dritten Weg suchen. In diesen könnten auch die unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen aus Ost und West in einer ‚Vereinigung von unten‘ einfließen.“²⁷² Wie schon bei der *Ost-West-Begegnung* wurde auch hier die im deutschen Vereinigungsprozess gescheiterte Suche nach einem „dritten Weg“ in der Kommune fortgesetzt. Deutlich ablesbar wird hieran eine Erwartungsverlagerung von der Gesellschaft auf die Gemeinschaft –

²⁶⁸ Voß, Ein Ort – irgendwo.

²⁶⁹ AGG, A Bahro, 59, Flyer des Ökodorfs Liebenberg (undat.).

²⁷⁰ Andreas, Vom neuen guten Leben, bes. S. 39 ff.

²⁷¹ Dieter Halbach: [Selbstdarstellung], <http://gemeinschaftsberatung.de/dieter-halbach/> [26. 03. 2016]. Die Schreibweise dort lautet „hippiebewegter-Jung 68er“ und wurde der besseren Lesbarkeit angepasst.

²⁷² AGG, A Bahro, 59, Flyer des Ökodorfs Liebenberg (undat.).

bei grundsätzlicher Beibehaltung, wenn durchaus auch Verkleinerung früherer Erwartungen.

Fritz Vilmars ÖkoLeA in Klosterdorf

Doch nicht nur die Initiative *Ökologische Siedlung Ost-West* und damit das Ökodorf Sieben Linden verdankten sich dem deutsch-deutschen Umbruch. Auch die Ökologische Lebens- und Arbeitsgemeinschaft (ÖkoLeA) bei Berlin ist von ihrer Genese her deutlich im Kontext des Vereinigungsprozesses zu sehen. Ihre Entstehung ist bislang kaum untersucht²⁷³ und soll deshalb ausführlicher geschildert werden. Hatte Vilmar den Vereinigungsprozess scharf kritisiert²⁷⁴ und als „Kolonialisierung der DDR“²⁷⁵ bezeichnet, sah er in einem Brief an Peter von Oertzen die „andere Seite dieser düsteren Medaille“ darin, dass „keine linke Gruppierung mit einigermaßen konsistenten Alternativkonzepten dagegen aufgetreten ist (von der SPD ganz zu schweigen)“. Die ÖkoLeA sollte als „Minikibbuz“ in dieser Situation einen Kontrapunkt darstellen.²⁷⁶

Dies wird schon am Auftakt des Projekts deutlich: Das initiale Treffen fand wenige Wochen nach der Volkskammerwahl 1990, die den zügigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik besiegelte, in Berlin statt. Eingeladen hatte Vilmar, der sich bereits seit den 1970er Jahren mit israelischen Kibbuzim beschäftigt hatte (s. o.). Ende der 1980er Jahre hatte er den Kibbuz Hasorea besucht und dort eine Zeit lang als „Spätvoluntär“,²⁷⁷ als Freiwilliger fortgeschrittenen Alters, gearbeitet. Zu diesem Kibbuz hatte auch Robert Jungk, wie Vilmar ein früherer Solidarność-Unterstützer, Kontakte.²⁷⁸

Der Titel des initialen Treffens lautete „Kommune wagen“²⁷⁹ – ein Slogan, der sich auch bei Rudolf Bahro findet.²⁸⁰ Auf dem Einladungsplakat waren die Grundprinzipien des Projekts angegeben, die dauerhaft Gültigkeit behalten sollten: eine undogmatisch-linke Orientierung; möglichst viel Gemeinschaft, auch bei den Finanzen; dabei jedoch „klare Anerkennung eines privaten Lebens- und Arbeitsbereichs“; schließlich mehr Lust und weniger Zwang als in der „besitzindividualis-

²⁷³ Die umfassendsten Einblicke geben zwei bei Vilmar vorgelegte Diplomarbeiten: Roeske, *Kommunitäre Gemeinschaften in Deutschland und ihre ideellen Grundlagen*; Kaszemeik, *Kommunitäre Gemeinschaften im Vergleich*.

²⁷⁴ Siehe S. 213.

²⁷⁵ Wolfgang Dümcke/Fritz Vilmar: *Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses*, Münster ³1996.

²⁷⁶ LUH, Akz. 2009/09, Sign. 50/5, Fritz Vilmar an Peter von Oertzen, 09. 09. 1995. Vilmar übersandte mit dem Schreiben eine Informationsbroschüre der ÖkoLeA.

²⁷⁷ Intensivinterview, o. P.

²⁷⁸ Godenschweger, Walter: *Auf der Suche nach den Anfängen. Wie es zu dieser „oral history“ kam*, in: *Die rettende Kraft der Utopie. Deutsche Juden gründen den Kibbuz Hasorea*, Frankfurt am Main 1990, S. 13–16, hier S. 16.

²⁷⁹ Vgl. Roeske, *Kommunitäre Gemeinschaften in Deutschland und ihre ideellen Grundlagen*, S. 48.

²⁸⁰ Herzberg/Seifert, Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare.

tischen Konsumwelt“.²⁸¹ Rund zwanzig Teilnehmer zeigten sich auf der Veranstaltung interessiert, weiter zusammenzuarbeiten. In der Folge gab es monatliche Zusammenkünfte. Am 1. November 1990 wurde die ÖkoLeA als Verein gegründet.²⁸² Wenige Tage später erschien eine Anzeige im *Tagesspiegel* (einer hauptsächlich in West-Berlin verbreiteten Tageszeitung), mit der man weitere Mitstreiter gewinnen wollte. Gesucht waren „aktive ‚Einsteiger‘“, die „wie wir anstelle der isolierten, besitzindividualistischen Lebensform ein kommunitäres Miteinander anstreben, bei dem der persönliche Lebensbereich für jede/n gewährleistet ist, aber gemeinsames Tun eine wesentliche Rolle spielt: beim ökolog. Haus(aus)bau, Kochen/Essen, Kindererziehen, biol. Gartenbau, Musizieren ...“²⁸³ Daraufhin meldeten sich etwa 100 weitere Interessierte. Vom Sommer 1990 bis Winter 1991 fanden zahlreiche Wochenendseminare statt, darunter Lichtbildvorträge von Fritz Vilmar über kommunitäres Leben in Israel und in den USA sowie eine „Zukunftswerkstatt“ nach Robert Jungk.²⁸⁴

Die Suche nach einem Standort beschränkte sich auf das Berliner Umland, da die Mehrheit der Interessenten dies präferierte.²⁸⁵ Im Frühsommer 1992 fiel die Wahl auf einen ehemaligen LPG-Hof im brandenburgischen Klosterdorf, wo die Kommune bis heute besteht.²⁸⁶ Ihr Standort liegt damit innerhalb des Berliner S-Bahn-Bereichs. Die ÖkoLeA war und ist nach eigenen Angaben seit ihrer Gründung eine „westlastige Kommune“, obwohl auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gelegen. Gegenwärtig wie schon in den 1990er Jahren stammen bzw. stammten etwa drei Viertel der Mitglieder aus den alten Bundesländern, nur ein Viertel aus den neuen. Die Ost-West-Differenz war und ist dabei für die Aktivisten durchaus von Bedeutung: „[E]s gab und gibt immer noch kulturelle Unterschiede, die auch immer mal wieder Thema sind“, teilt eine Bewohnerin auf Nachfrage hin mit.²⁸⁷

An das Leben in der ÖkoLeA waren hohe Erwartungen geknüpft. Ende der 1990er Jahre resümierte eine akademische Studie: „Kommune wagen“, das war und ist die große Hoffnung, über eine kommunitäre Lebens- und Arbeitsgemein-

²⁸¹ [o. V.:] „Kommune wagen?“, Einladungsplakat zum Treffen am 10.05.1990, Faksimile abgedruckt in: Die ÖkoLeA. Prinzipien, Entwicklung und Pläne der Ökologischen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft (gemeinnütziger Verein), Berlin 1993 (überliefert in Privatarchiv Sziedat), Rückumschlag.

²⁸² Vgl. [o. V.:] Tätigkeitsbericht 1990/1992, in: Die ÖkoLeA. Prinzipien, Entwicklung und Pläne der Ökologischen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft (gemeinnütziger Verein), Berlin 1992 (überliefert in Privatarchiv Sziedat), S. 9–12, hier S. 9.

²⁸³ Aktive „Einsteiger“ gesucht, in: Der Tagesspiegel vom 03. 11. 1990, S. 30. Bei Friederike Habermann (Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag, Königstein/Taunus 2009, S. 114) ist abweichend – vermutlich fälschlich – von einer Anzeige in der *taz* die Rede.

²⁸⁴ Vgl. Roeske, Kommunitäre Gemeinschaften in Deutschland und ihre ideellen Grundlagen, S. 48 f. Zu den Zukunftswerkstätten Robert Jungks vgl. Elke Seefried: Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980, Berlin [u. a.] 2015, S. 151 ff.

²⁸⁵ Vgl. Roeske, Kommunitäre Gemeinschaften in Deutschland und ihre ideellen Grundlagen, S. 56.

²⁸⁶ Vgl. ebd., S. 49 f.

²⁸⁷ Auskunft von Kerstin Denkena (ÖkoLeA), per Mail, 23. 11. 2015.

schaft den Zugang zu einer solidarischen, von Herrschaft befreiten Gesellschaft zu finden und dies nicht nur für sich, sondern auch in einem Wechselspiel mit der Gesellschaft, insbesondere mit der Gemeinde Klosterdorf“. ²⁸⁸ Diese Erwartungen speisten sich aus mehreren Quellen. Anknüpfungspunkte waren neben den israelischen Kibbuzim auch die Genossenschaftsbewegung mit ihrer Tradition direkter Demokratie und gemeinsamer Produktion und Konsumtion sowie die Alternativbewegung. ²⁸⁹ In erster Linie ging es darum, die Veränderung der Verhältnisse in die eigenen Hände zu nehmen: „Ich versuche [...] mit ein paar Leuten einen kleinen Kibbuz in der Nähe von Berlin aufzubauen, weil ich glaube, daß Utopien eben auch von Menschen selbst entwickelt und realisiert werden müssen“, erklärte Fritz Vilmar in der Gründungsphase. „Was wir brauchen, sind Utopien mit Augenmaß, Realutopien. [...] Und Utopien, die auch für einzelne Menschen und Gruppen faßbar sind und nicht immer bei der Totalveränderung des Ganzen ansetzen.“ ²⁹⁰ Das Ziel einer gesamtgesellschaftlichen Umwälzung wurde damit auf die Gemeinschaft übertragen. Es ist insofern von einer Erwartungsverlagerung zu sprechen.

Rudolf Bahros LebensGut in Pommritz

Hohe Erwartungen waren auch mit Rudolf Bahros Kommuneprojekt im ostsächsischen Pommritz verbunden. Bahro ging es darum, im Kleinen für die aus seiner Sicht drohende gesellschaftliche und ökologische Katastrophe vorzubauen. Im rheinland-pfälzischen Niederfeldstetten hatte er bereits in den 1980er Jahren eine Lernwerkstatt gegründet. Zu Gast war dort auch Rainer Langhans gewesen; Robert Jungk hatte eine „Zukunftswerkstatt“ veranstaltet. ²⁹¹ Mit dem deutsch-deutschen Umbruch eröffneten sich neue Möglichkeiten. Entsprechend verschob sich für Bahro der regionale Schwerpunkt. Wie oben erwähnt, rief er dazu auf, die absehbare wirtschaftliche Krise in den neuen Bundesländern zu nutzen, um in großem Maßstab Landkommunen auf Subsistenzgrundlage zu gründen. Der *Stern* zog die damit verknüpften Erwartungen ins Lächerliche: „Den überfälligen ‚Exodus aus dem Industriesystem‘, der mit den Grünen im Westen nicht zu machen war, hat sich Bahro jetzt in der DDR vorgenommen. Ein ‚sozial-ökologischer Sektor‘ soll dort entstehen. Ein gelobtes Land für wenigstens eine halbe Million Menschen. Bahro an der Spitze der Pilgerväter.“ ²⁹²

Zwar erreichte Bahros Projekt bei weitem nicht diese Größenordnung, doch gelang es ihm, im in der Nähe von Bautzen die Kommune LebensGut ins Leben zu rufen, die bis heute besteht. Mit Kurt Biedenkopf konnte Bahro einen wichtigen Unterstützer gewinnen. Schon in den 1980er Jahren hatte er in Biedenkopf einen

²⁸⁸ Roeske, *Kommunitäre Gemeinschaften in Deutschland und ihre ideellen Grundlagen*, S. 55.

²⁸⁹ Vgl. ebd., S. 25 ff., 30 ff. u. 43 ff.

²⁹⁰ Fritz Vilmar, zit. nach Scherer/Wasmuht, Vorwort, S. 13.

²⁹¹ Herzberg/Seifert, *Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare*, S. 531 f. Zum Format der Zukunftswerkstatt vgl. Seefried, *Zukünfte*, S. 151 ff.

²⁹² *Stern* 25/1990 (Zeitungsausschnitt in AGG, A Bahro, 71).

Verbündeten in der Suche nach ökologischen Alternativen gesehen.²⁹³ Der CDU-Politiker, inzwischen zum sächsischen Ministerpräsidenten avanciert und politisch weit von Bahro entfernt,²⁹⁴ bezeichnete das LebensGut immerhin als „gemeinsames Projekt“. In einem persönlichen Schreiben versicherte er: „Wie Sie empfinde auch ich ein Stück Mitverantwortung für die Menschen, die den wichtigen Versuch unternehmen, nach Wegen zu suchen, wie unsere Kultur und Zivilisation überleben kann.“ Für die Expo 2000 in Hannover wurde die Kommune als eines von drei ostdeutschen Projekten ausgewählt.²⁹⁵

Auch wenn sich, wie das Beispiel Biedenkopfs zeigt, das LebensGut auf Verbindungen stützte, die Rudolf Bahro bereits vor 1989 in der Bundesrepublik geknüpft hatte, lebte in dieser Kommune – anders als in Sieben Linden und in der ÖkoLeA – lediglich ein Westdeutscher: Dieter Federlein, der heute in Sieben Linden, also weiterhin in Ostdeutschland, wohnt.²⁹⁶ Wie schon derjenige Dieter Halbachs (s. o.), so spiegelt auch Federleins Lebenslauf – wie er ihn selbst notiert – den Konnex zwischen der Landkommunen- und der Studentenbewegung wider, den schon die Anwesenheit Rainer Langhans' in Niederfeldstetten und bei der *Ost-West-Begegnung* 1990 signalisierte. Im Zentrum steht dabei bezeichnenderweise ein autobiografisches Enttäuschungsnarrativ. Denn Federlein berichtet, dass ihn die Studentenproteste 1968 mit der „Idee einer sozialistischen Revolution“ „infiziert []“ hätten, worauf er beschlossen habe, als Lehrer „den ‚Marsch durch die Institution‘ (a la Rudi Dutschke)“ anzutreten. Aus seiner Stellung im öffentlichen Dienst hätten sich jedoch Konflikte ergeben:

„Die Rolle als ein ‚staatstreuer Beamter‘ in den herrschenden Schulsystemen, die die Kinder mehr dressieren als bilden, damit sie brauchbar sind für eine ausbeuterische Industriegesellschaft, löste Leiden und Rebellion in mir aus. Ich bot meinen Schüler/innen einen sehr freien Unterricht, was zur Androhung eines Disziplinarverfahrens führte. Letztlich gab ich freiwillig meinen Beamtenstatus auf und wurde Kommunarde in verschiedensten Gemeinschaftsprojekten und Ökodörfern. Ich folgte dem Ruf von Rudolf Bahro ‚Kommune wagen!‘ und wollte Ökodörfer aufbauen, die eine Kulturrevolution anzetteln sollten, damit spätestens nach dem Zusammenbruch der großen ‚Megamaschine‘ die Öko- und Gemeinschafts-Dörfer wie Rettungsboote die ‚Überlebenden‘ auffangen können.“²⁹⁷

Markiert in dieser Narration das Ausscheiden aus dem Berufsleben und die Hinwendung zur Kommunebewegung einen deutlichen biografischen Einschnitt, stellt Federlein dennoch das eine als die logische Fortführung des anderen dar. Die eigene Biografie wird so zwar als gebrochen präsentiert. Jedoch sind deutlich „Kontinuitätsbemühungen im Modus autobiografischen Erzählens“²⁹⁸ zu erken-

²⁹³ Vgl. Herzberg/Seifert, Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare, S. 536 f.

²⁹⁴ Siehe etwa Biedenkopfs Rolle in den semantischen Auseinandersetzungen der 1970er Jahre (oben, S. 181).

²⁹⁵ AGG, A Bahro, 71, Kurt Biedkopf an Rudolf Bahro, 17. 06. 1997.

²⁹⁶ Auskunft von Maik Hosang, per Telefon, 22. 07. 2015.

²⁹⁷ Dieter Federlein: Wer bin ich (o. Dat.), <http://www.netz-vier.de/Wer-bin-ich-als-Sancho-Dieter-Federlein.pdf> [15. 12. 2015].

²⁹⁸ Volker Depkat: Lebenswenden und Zeitenwenden. Deutsche Politiker und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, München 2007, S. 513.

nen, wie sie Volker Depkat zufolge bei der Verarbeitung lebensgeschichtlicher Zäsuren häufig auftreten. So verweist der Begriff der „Kulturrevolution“, den nicht erst die bundesdeutschen Maoisten, sondern schon Rudi Dutschke verwendet hatte,²⁹⁹ zurück auf die Studentenbewegung. Die Applizierung dieses Begriffs auf die Kommunebewegung lässt in dieser den revolutionär-sozialistischen Impuls des Jahres 1968 fortleben. Verantwortlich für den Wechsel vom Schuldienst in die Kommunebewegung war in dieser Erzählung nicht ein Bewusstseinswandel, sondern es waren die gesellschaftlichen Strukturen, denen zu entsprechen Federlein sich verweigert hatte. Die ausgedrückte Enttäuschung über diese Strukturen bildet dabei die Legitimation für den eigenen Verhaltenswandel. In jedem Fall stellt auch Federlein, wie die Initiative *Ökologische Siedlung Ost-West*, Landkommunen als eine Art „Hoffungsmodell gegen Hilflosigkeit“ (s. o.) dar. Auch findet sich in seiner lebensgeschichtlichen Selbsterzählung jene Erwartungsverlagerung wieder, die bereits in Fritz Vilmar's Plädoyer für „Realutopien“ aufschien.

4. Zwischenfazit

In diesem Kapitel wurde an drei Fallbeispielen untersucht, wie westdeutsche Linke aus der früheren *Solidarność*-Solidarität auf das Ende der DDR und des „real existierenden Sozialismus“ reagierten. *Erstens* ging es um die Diskussionen um den Sozialismusbegriff, die sich sie Anfang der 1990er Jahre auch bei SPD und Grünen entspannen. Hier zeigte sich ein gemischtes Bild. Die betrachteten Sozialdemokraten verteidigten durchweg den Begriff des Sozialismus, und die meisten von ihnen waren nicht bereit, die mit ihm verknüpften Erwartungen aufzugeben. Wie das Beispiel Peter von Oertzens zeigt, gingen sie damit jedoch das Risiko ein, marginalisiert zu werden und ihren politischen Einfluss weitgehend einzubüßen. Manche Sozialdemokraten verknüpften die Verteidigung des Sozialismusbegriffs demgegenüber mit der Empfehlung, statt seiner zukünftig verstärkt den Begriff der „Sozialen Demokratie“ zu verwenden. Dies tat die SPD letztlich auch, weshalb vom Sozialismus aktuell zwar noch in der Langfassung des Grundsatzprogramms, nicht mehr jedoch in der Kurzfassung die Rede ist. Statt einer handlungsleitenden Funktion ist dem Begriff damit Bedeutung nur mehr im Kontext der Traditionspflege zu attestieren. Bei den Grünen wiederum riefen primär solche Politiker das Ende des Sozialismus aus, die sich bereits Ende der 1980er Jahre vom Sozialismusbegriff gelöst hatten, so Ralf Fücks von der Aufbruch-Gruppe. Fücks nutzte nach der verlorenen Bundestagswahl die Gelegenheit, sich auch vom Begriff des „dritten Weges“ zu verabschieden, den er kurz zuvor noch propagiert hatte. Hierin ist

²⁹⁹ Von der Liberalisierung zur Demokratisierung. Ein Interview mit Rudi Dutschke, in: Vladimir Kokočka: Demokratischer Sozialismus. Ein authentisches Modell. Und ein Interview mit Rudi Dutschke, Hamburg 1968, S. 5–13, hier S. 8.

nach seiner Adaption des „dritten Weges“ an der Wende zu den 1980er Jahren und seiner Loslösung vom Sozialismusbegriff eine dritte Erwartungstransformation zu erblicken, die Fücks nun zum Fürsprecher einer „zivile[n] Gesellschaft“ machte.

Der Begriff der Zivilgesellschaft spielte, *zweitens*, auch in der Verfassungsinitiative des *Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder* eine wichtige Rolle. Fücks war hier selbst beteiligt, ebenso wie zahlreiche weitere frühere Solidarność-Unterstützer. An der Arbeit des Verfassungskuratoriums zeigt sich zunächst einmal schon personell eine Verlagerung von Erwartungen vom Erhalt einer eigenständigen DDR hin zu einer Veränderung des vereinten Deutschland. Denn viele der Kuratoriumsunterstützer hatten sich zuvor im deutsch-deutschen Umbruch für den Erhalt der Zweistaatlichkeit eingesetzt und einige explizit für die DDR als sozialistische Alternative zur Bundesrepublik geworben. Die Verfassungsinitiative ist damit einerseits als Fortsetzung des Bestrebens zu sehen, den „revolutionären“ Impuls des DDR-Umbruchs gegen eine Vereinigung nach Art. 23 zu schützen und stattdessen nach Westdeutschland zu importieren. Andererseits lassen sich an ihr auch Erwartungstransformationen ablesen. Dies zeigt sich besonders an der Rolle des Zivilgesellschaftsbegriffs in der Arbeit des Kuratoriums. Der Begriff stammt, wie gezeigt werden konnte, gerade aus der Solidarność-Solidarität der frühen 1980er Jahre. Dort war er als Neologismus geprägt worden, um die *civil society* (im Deutschen bis dato als „bürgerliche Gesellschaft“ übersetzt) vom Begriff des Kapitalismus loszulösen. Diese Loslösung ermöglichte es die *civil society* stattdessen mit dem Sozialismusbegriff zu verknüpfen. Hierin lag Anfang der 1980er Jahre eine Erwartungstransformation deshalb, weil westdeutsche Linke damit Elemente der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft (etwa die Meinungs- und Versammlungsfreiheit) in ihre Erwartungen an eine kommende sozialistische Gesellschaft integrieren konnten, soweit dies noch nicht geschehen war. Auch signalisiert der Neologismus eine Emanzipation vom Werk Karl Marx'. Im Laufe der 1980er Jahre und verstärkt seit 1989 löste sich der Zivilgesellschaftsbegriff jedoch von dem des Sozialismus. Die Erwartungstransformation, die hierin zum Ausdruck kommt, lässt sich auch an der Kritik ablesen, die das Zivilgesellschaftskonzept nun teilweise ausgesetzt war, so vom früheren Solidarność-Unterstützer Wolf-Dieter Narr, der am Sozialismus erklärtermaßen festhalten wollte.

Drittens zeigt sich an den Kommune Gründungen westdeutscher Linker in den neuen Bundesländern eine Verlagerung von Erwartungen von der Gesellschaft auf die Gemeinschaft, die aus dem linksalternativen Milieu in der Bundesrepublik bereits aus früherer Zeit bekannt ist. Schon in den 1970er Jahren waren westdeutsche Linke dazu übergegangen, „ihren Protest in (Lebens-)Praxis umzusetzen“ und sich damit vom politischen Engagement im engeren Sinne zurückzuziehen.³⁰⁰ Der

³⁰⁰ Michael März: Linker Protest nach dem Deutschen Herbst. Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des „starken Staates“, 1977–1979, Bielefeld 2012, S. 241 u. 383.

deutsch-deutsche Umbruch 1989/90 bedeute hier einen weiteren Impuls. Denn auf dem Gebiet der ehemaligen DDR boten sich neue Möglichkeiten, Landkommunen zu gründen. Günstige Bedingungen schufen etwa niedrige Grundstückspreise und die Verfügbarkeit öffentlicher Gelder. Westdeutsche Linke, die in Ostdeutschland Landkommunen gründeten, verknüpften damit unterschiedliche Anliegen. Gemeinsam war ihnen jedoch, frühere Erwartungen in veränderter Form weiterzupflegen, so die Suche nach einem „dritten Weg“, die mit dem Ende der DDR im gesellschaftlichen Rahmen gescheitert schien, oder die Realisierung sozialistischer bzw. kommunistischer Ideale, die nun in Form von „Realutopien“ im Kleinen erfolgen sollte.